

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis halbjährlich 1,10 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

erschient täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine englische Debatte über äußere Politik.

London, 4. August.

Am 1. d. M. verhandelte das britische Unterhaus über verschiedene Fragen der äußeren Politik: Ägypten, Persien, englisch-russisches Einverständnis, Kongostaat, Mazedonien, Brüsseler Zuckerkonvention und die Haager Friedens- oder richtiger Kriegskonferenz. Einige der besten Kenner dieser Fragen ergriffen das Wort und der Minister des Aeußern, Sir Edward Grey, schloß die Diskussion mit einer längeren Rede, in der er alle berührten Fragen vom Standpunkte der Regierung behandelte.

Ägypten ist seit 25 Jahren unter britischer Verwaltung und hat sich unter ihrem Schutze wirtschaftlich gut entwickelt. Der Ackerbau wurde durch die Nildämme neu belebt; die Fellahin (Bauern) wurden von den alten Hörigkeitslasten befreit und gehören jetzt zu den wohlhabenden Schichten des Landes. In die ägyptischen Finanzen wurde Ordnung gebracht, trotz der großen Schwierigkeiten, die sich aus der internationalen Verwaltung der ägyptischen Schulden ergaben. Die europäischen Finanzunternehmen wurden zurückgedrängt, um den Bauernstand vor Spekulantentum zu schützen. Die ägyptische Bevölkerung hat sich im letzten Vierteljahrhundert bedeutend vermehrt; ebenso ist der ägyptische Außenhandel stark gewachsen. Diesen Errungenschaften gegenüber wird behauptet, daß die britische Verwaltung das geistige Leben der Ägypter hemme, die arabische Sprache zurückdränge, die national-ägyptische Bewegung niederhalte und an der Anglisierung des Landes arbeite. Dem wird auf die Denschau-Affäre hingewiesen, die zu rücksichtslosen Verhaftungen einiger Bauern geführt hat.

Die nationalistische Bewegung in Ägypten verlangt die Unabhängigkeit von England. Im Grunde genommen ist die nationalistische Bewegung in Ägypten nur ein Teil jener großen asiatischen Bewegung, die jetzt vom Mittelmeer bis zum Stillen Ozean reicht und auf die Bildung von Nationalstaaten, also auf die Abschüttelung des europäischen Joches ausgeht. Die Siege Japans haben diese Bewegung nicht herporgerufen, wohl aber gefördert. Der Respekt des Asiaten vor der „blonden Bestie“, der Glaube an die Ueberlegenheit des weißen Mannes hat einen Riß erhalten.

Ferner kommen Persien und das englisch-russische Einverständnis in Betracht. In einer Korrespondenz vom 6. Juni 1906 haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die liberale Regierung ein englisch-russisches Einverständnis zustande zu bringen sucht. Jetzt stehen wir vor der Unterzeichnung dieses Einverständnisses. Angesichts der innerpolitischen Zustände in Rußland ist der linke Flügel der liberalen Partei vom Erfolge der Diplomatie wenig erbauet. Die Radikalen (entschiedenen englischen Liberalen) sind sich klar darüber, daß die russische Regierung durch dieses Einverständnis an Festigkeit und Ansehen gewinnt, während der russische Liberalismus dadurch geschwächt wird.

Ein großer Teil des englisch-russischen Einverständnisses bezieht sich auf Persien, womit auch über die Endstation der Bagdadbahn ein endgültiges Wort gesprochen werden dürfte. Nun ist aber die Lage in Persien die: Es gibt dort eine weite konstitutionelle Bewegung, der sich bedeutende Schichten des persischen Volkes angeschlossen haben; ihre Parole ist: Freiheit und Verfassung. Seit langem hat Persien nicht mehr eine so gute Gelegenheit gehabt, sich zu erneuern und sich dem modernen Leben anzuschließen. Aber gerade jetzt kommen England und Rußland überein, Persien zu teilen: Nordpersien an Rußland, Südpersien an England. Das Schicksal Persiens erinnert lebhaft an die dritte Teilung Polens, die zeitlich mit der Entstehung einer konstitutionellen Bewegung in Polen zusammenfiel. Den englischen Liberalen ist deshalb dieser diplomatische Erfolg ihrer Regierung nicht angenehm.

Ueber die Zustände im Kongostaat ist die Welt jetzt wohl unterrichtet. Er ist bekanntlich eine internationale Schöpfung, deren Aufgabe die Generalakte der Berliner Konferenz vom 26. Februar 1885 unter anderem wie folgt formulierte: „Im Namen des allmächtigen Gottes! Seine Majestät der deutsche Kaiser usw. . . . auf Mittel zur Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften, noch von der Handelsfreiheit fremder Nationen keine Rede. Der König von Belgien schaltet und waltet dort wie ein Despot. Erst die Agitation in England, über die wir im vorigen Jahre berichteten, veranlaßte das belgische Parlament, sich mit den Kongozuständen zu beschäftigen.“

In Mazedonien hat das Würstberger Abkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland (1903) nichts an den bitteren Kämpfen der Bulgaren, Griechen und Türken geändert; die auf Grund dieses Abkommens getroffenen Reformregeln

haben die Zustände nicht im geringsten gebessert. Um die Steuerlasten Mazedoniens zu erleichtern, gab England seine Zustimmung zur Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle von 8 auf 11 Proz., über deren Bedeutung im „Vorwärts“ vom 6. Juni 1906 näheres mitgeteilt wurde.

Was die Brüsseler Zuckerkonvention betrifft, so hat das britische Auswärtige Amt zu Anfang Juni dieses Jahres erklärt, daß England nicht länger gewillt sei, nach Artikel 4 der Brüsseler Zuckerkonvention (5. März 1902) zu handeln. Dieser Artikel besagt: „Die hohen Kontrahenten verpflichten sich, Zucker, der aus Ländern stammt, welche für die Erzeugung oder die Ausfuhr Prämien bewilligen, bei der Einfuhr in ihr Gebiet mit einem besonderen Zoll zu belegen“. Dieser Artikel bedeutete den Ausschluß des Prämienzuckers aus England. Die Ursache der Kündigung war die Agitation der Freihändler, die eben freie Einfuhr wollen, sowie der Zuckerverwerksfabrikanten, die billigen Zucker verlangen.

Schließlich kam die Haager Friedenskonferenz zur Sprache, die gegenwärtig ihre Sitzungen abhält, deren Geschichte wohl bekannt ist.

Dies waren die Punkte, über welche das britische Unterhaus am 1. August debattierte.

Dr. Rutherford verlangte, daß die wegen der Denschau-Affäre zu hohen Gefängnisstrafen verurteilten Ägypter begnadigt werden. In Ägypten soll eine Universität und in den ägyptischen Gemeinden sollen öffentliche Lesehallen errichtet werden. Es wäre auch gut, den Ägyptern die parlamentarische Regierungsweise zu geben, die schließlich zur Selbstständigkeit in allen inneren Angelegenheiten führen soll.

Sir G. Parker machte der Regierung Vorwürfe darüber, daß sie viel zu vorsichtig gegen die schreienden Uebelstände im Kongostaat vorgehe. Die Eingeborenen sollen zu freien Bürgern gemacht werden. Jeder Engländer würde sich freuen, wenn das belgische Parlament die Verantwortlichkeit für die Zustände am Kongo übernehmen möchte.

Sir Charles Dilke hielt eine längere Rede. Er meinte, England werde Ägypten nie räumen. Auch Gladstone erklärte im Jahre 1893, von einer Räumung Ägyptens könne keine Rede sein. Was Mazedonien betreffe, so habe England bereits manches durch seinen diplomatischen Einfluß geleistet, aber es müsse den eigentlichen Interessenten nicht vorgreifen. Auch für die Ausgestaltung der Haager Friedenskonferenz habe England das Beste gewollt; es habe die Beschränkung der militärischen Rüstungen verwirklichen wollen. Mit der Kritik gegen die Zustände im Kongo sei er einverstanden. England wolle nur, daß diejenige Macht, die die Verwaltung des Kongostaates übernehme, auch die Pflichten übernehmen solle, die in der Berliner Generalakte formuliert wurden.

Mr. Mc Lean (irischer Nationalist) ergriff dann das Wort, um König Leopold zu verteidigen.

Mr. Lynch, der die mazedonischen Zustände sehr gut kennt, fordert die Regierung auf, darauf zu achten, daß die türkische Zollerrhöhung (von 8 auf 11 Prozent) den Mazedoniern zugute kommen soll. England trage den größten Teil dieser neuen Zölle und müsse deshalb darauf sehen, daß das Geld richtig verwendet werde.

Mr. Greenwood sprach ebenfalls zugunsten der Mazedonier. Nicht die Bulgaren, Serben oder Griechen, sondern die Türken seien die Schuldigen. Die türkische Regierung spiele eine Nationalität gegen die andere aus, und durch Verweigerung aller Reformen halte sie das Land in Elend. Sie hat jetzt in Mazedonien eine Armee von nicht weniger als 80 000 Mann, für deren Unterhalt die armen mazedonischen Bauern zu zahlen haben. England soll die Herabsetzung der Truppenzahl verlangen.

Mr. King meinte, England tue nicht genug für den Erfolg der Haager Friedenskonferenz. Er sehe mit Sehnsucht dem Tage entgegen, an dem England seine Delegation nach dem Haag schickt, um dort zu erklären, daß das ganze miserable Kriegswesen unredt sei, daß England seine Armee und Flotte abgesehen habe zugunsten einer internationalen Polizeitruppe und daß England einzig und allein auf die Gerechtigkeit seiner Sache vertraue und sich auf das Urteil eines internationalen Schiedsgerichts verlasse.

Mr. Bonar Law, einer der Hauptführer der Tarif-reformer (Schutzöllner) griff die Regierung an wegen ihrer Kündigung des Artikels 4 der Brüsseler Zuckerkonvention. Die Konvention sei gut, da sie die Zuckerproduktion in Westindien förderte und vielleicht auch in England zur Zuckerrübenkultur geführt hätte.

Nachdem noch einige Redner über minder wichtige Dinge gesprochen hatten, ergriff Sir Edward Grey das Wort und führte aus:

Wir haben uns gegen Artikel 4 der Brüsseler Konvention aus folgenden Gründen gewendet: Wir sind große Zuckerkonsumenten, aber ganz unbedeutende Zuckerproduzenten, während die Mehrheit der anderen Teilnehmer der Konvention große Produzenten sind. Und da die Mehrheit entscheidet, so setzen wir uns der Gefahr aus, unsere Interessen zu schädigen. Es kann zuweilen das Interesse der Produzenten sein, das Zuckerangebot zu beschränken. Dieser Möglichkeit wollten wir vorbeugen, denn wir dürfen uns in unserer Zuckernachfrage nicht binden lassen. Es ist wohl wahr, daß unsere westindischen Kolonien manchen Nutzen von der Konvention haben, aber der Nutzen mancher Teile des Reiches darf nicht auf Kosten des ganzen Reiches erkaufte werden. Der Unterschied

zwischen der Auffassung der Regierung und der von Bonar Law ist der Unterschied zwischen Freihandel und Schutz Zoll.

Die Denschau-Affäre ist bedauerlich, aber darf man ein alleinstehendes Ereignis als typisch für unsere Verwaltung in Ägypten auffassen? Man muß auch bedenken, daß der ganze Prozeß unter Ausnahmezuständen stattfand. Die Urteile waren streng, aber sobald wir sehen, daß man Begnadigung nicht als Schwäche betrachten wird, dann wird die Begnadigung nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch gute Politik sein.

Das Erziehungs Wesen in Ägypten schreitet fort. Im Jahre 1888 war der Schuletat 70 000 Pf. Sterk., jetzt beträgt er 362 000. Die ägyptische Regierung unterdrückt nicht die arabische Sprache, aber sie will, daß die Schüler auch eine europäische Sprache lernen, sei es französisch, englisch oder irgend eine andere europäische Sprache, da die ägyptischen Verhältnisse dies verlangen. Die ägyptische Bevölkerung, die seit Jahrhunderten nur eine Regierung der Gewalt, der Ungerechtigkeit und der Korruption kannte, ist noch lange nicht reif für Selbstregierung. Unser Volk hat Jahrhunderte gebraucht, ehe es die Fähigkeit erlangte und die Kunst erlernte, sich selbst zu regieren. Das Beste ist vorläufig, ägyptischen Beamten die Gelegenheit zu geben, in die Verwaltung einzutreten, und die Befugnisse der ägyptischen Gemeinden zu erweitern.

Was die Haager Friedenskonferenz betrifft, so können wir nicht den anderen Mächten voraussehen. Mutiges Vorschreiten kann zur Reform führen, aber auch zum Martyrium, und eine ganze Nation darf man nicht zum Märtyrer machen. Wir müssen deshalb mit den übrigen Mächten Schritt halten.

Ueber die Zustände im Kongo läßt sich nichts Neues sagen. Wie jedermann weiß, existiert dort ein System von Zwangsarbeit. Die Kongoregierung nennt das eine Steuer. Andere nennen es Sklaverei. Ich glaube nicht, daß ein solches System unter einer parlamentarischen Regierung bestehen könnte. Es ist nicht gut, viel darüber zu debattieren; sonst könnte der Eindruck entstehen, als ob das belgische Parlament erst von England gezwungen werden müßte, human zu handeln.

Wir haben bereits manches für Mazedonien getan. Wir wünschen in Uebereinstimmung mit den übrigen Mächten zu handeln. Die ganze Angelegenheit ist eine internationale, und wir können nur in diesem Rahmen handeln.

Unsere Verhandlungen mit Rußland gehen darauf aus, die Ursachen, die zu Mißverständnissen und zu Krieg führen können, zu beseitigen. Wird die Beseitigung dieser Ursachen zur Freundschaft führen, so wird der Grad der Freundschaft von der öffentlichen Meinung beider Länder abhängen. Das Auswärtige Amt kann Kriegsurachen beseitigen, aber Freundschaft zu erzeugen, liegt nicht in der Macht des Auswärtigen Amtes; diese hängt vom Volke ab und von der öffentlichen Meinung beider Länder.

Politische Falschspieler!

Auch die heute vorliegenden Aeußerungen der Zentrums- presse liefern wieder einen eigenartigen Beitrag zu der wunder-samen Kaskade, die das Zentrum einschlägt, um für Preußen das Reichstagswahlrecht erkämpfen zu helfen. Denn nach den Veteu-erungen der Zentrumspreffe will ja nunmehr — nach 34-jähriger abso-luter Unstätigkeit! — das Zentrum den seit 1873 abgerissenen „Faden wieder aufnehmen“!

Die führenden Zentrumsblätter gehen der wahrheitsfeindlichen Reaktion dadurch zu Leibe, daß sie mit schamloselndem Wohlge-hen die Auslassungen der konservativen Presse gegen den Freisinn abdrucken! So gibt die „Germania“ einen Passus aus der „Kreuz-Zeitung“ wieder, der dem Freisinn vorwirft, mit seinen Wahl-rechtsforderungen eine „wahre Expresserpolitik“ gegen die Regierung zu betreiben.

Den Vorwurf hat sich das Zentrum allerdings in seiner Preußenpolitik niemals zugezogen! Es hat seine Stellung als ausschlaggebende Partei niemals dazu benutzt, eine Wessche in die preussische Dreiklassenknecht zu legen!

Auch die „Köln. Volksztg.“ druckt die dem Freisinn ge-widmeten Hohnergüsse der „Kreuzztg.“ vergnüglich ab. Ihr wie der „Germania“ verschwindet die ganze Wahlrechtsfrage völlig hinter der heute besorgten, morgen wieder hoffnungsvollen Frage: Was wird aus dem Bloß? Wird er durch das Anstößen der preussischen Wahlrechtsfrage in die Wäcke gehen oder wird schließlich eine Wahlrechtsmogelei die mancherlei Nisse des Bloßs erst recht wieder zusammenfügen?

Aber selbst unter diesem Gesichtswinkel ist die Zentrumsstille so täppisch und unehrlich wie nur möglich! Gibt es doch für das Zentrum kein besseres Mittel, den Bloß zu sprengen, als ein energisches Vorwärtsdrängen des zaghaften und von Aushandelsgeflüsten erfüllten Freisinn!

Sobald der Freisinn gezwungen wird, die Forderung der Ein-führung des Reichstagswahlrechts in Preußen ernsthaft zu erheben und die von der Bismarck-offiziösen „Frankf. Ztg.“ geforderte Karenzzeit der Regierung zu versagen, ist der Bloß gesprengt! Das Zentrum braucht also nur selbst den Wahlrechtskampf kraftvoll aufzunehmen, um dem Freisinn jeden Schleichtweg zu verlegen, jedes Kompromiß unmöglich zu machen.

Freisinn würde das Zentrum sich dadurch — fürs erste wenigstens — selbst der Möglichkeit berauben, an der Stelle des Freisinn in den Bloß einzurücken. Und die Sehnsucht nach seiner

einigen Position an der Seite der konservativen Vork- und Gleich-
wärtiger ist gerade das allbeherrschende Gefühl der geordneten
Reaktionäre! Ob das Proletariat auch künftig in Preußen ent-
scheidet ist, ist dem Zentrum heute genau so gleichgültig, wie es ihm
all die Jahrzehnte hindurch gleichgültig war!

Deshalb begnügt sich das Zentrum mit der platonischen
Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, ohne auch
nur einen Finger für dessen Erämpfung zu rühren. Es will
sich ruhig aufs Abwarten verlegen, um möglichst eine Gelegen-
heit zu erwischen, den Freisinn doch noch aus seiner Position zu ver-
drängen. Durch ein Ueberbieten der freisinnigen Wahlrechts-
forderungen ist das nicht möglich, eher noch durch ein Unter-
bieten! Darum nur sehr unvorsichtiges Festlegen auf klar um-
schriebene Mindestforderungen.

Ein allerliebtestes Spiel, dieser freisinnig-ultramontane Wett-
beiwert um die Gunst der Reaktion. Aber die Sozialdemokratie
wird dafür sorgen, daß dies Spiel sich in jedem Sinne als
Falschspiel erweist!

Zur Frage der Budgetbewilligung.

Auch mehrere Parteiblätter haben sich bereits zur
Budgetbewilligung durch die württembergische
Sozialdemokratie geäußert.

So ließ sich die Frankfurter „Volksstimme“
aus Stuttgart schreiben:

Unsere Genossen im württembergischen Landtage werden sich
wohl hüten, die Ausnahme zur Regel zu machen. Damit würden sie sich auf eine schiefe und schlüpfrige
Ebene begeben, auf der es so leicht kein
Galt mehr gibt. Es muß für einen Sozialdemo-
kraten unmöglich sein, regelmäßig für ein Budget zu
stimmen, welches die Zivilisten, die Anapanen und Kron-
dotationen enthält, in welches das Kultusbudget in einer
direkt verfassungswidrigen Weise aufgenommen ist, in dem die
Deckung fast zu einem Drittel durch indirekte Abgaben vorgesehen
ist und in welchem die Summe der direkten Abgaben durch ein
äußerst unvollkommenes Steuergesetz bestimmt wird. Dazu
kommt noch, daß Württemberg eine Erste Kammer besitzt, die den
Volkswillen auf Scheit und Zeit hemmt. Bei Betrachtung
dieser Verhältnisse wagen wir die Hoffnung auszusprechen, daß
der Jubel der bürgerlichen Presse über die Mauserung der Sozial-
demokratie ein unbegründeter ist. Die württembergische
Landtagsfraktion kann allerdings nicht ganz
von dem Vorwurf freigesprochen werden, Ursache
zu dem Behagen gegeben zu haben, mit der von der
bürgerlichen Presse die Nachricht von der Zustimmung unserer Fraktion
zum Etat aufgenommen wird. Bei der Eröffnung des Landtages
haben unsere neugewählten Genossen auch den höchst über-
flüssigen mittelalterlich-höfischen Formeltram
erstmalig mitgemacht, und unsere Gegner sehen in der Zu-
stimmung zum Etat keinen Ausnahmefall, sondern nur eine kon-
sequente Fortführung einer angeblichen Wandlung. Der Wähler-
Parteitagsbeschluss besteht noch zu Recht. Schlussabstimmung über
den Etat ist für unsere Partei keine inhaltslose Formel,
sondern eine gute Gelegenheit, den grundsätzlichen Gegen-
satz des Proletariats zur kapitalistischen Massentregierung zum
Ausdruck zu bringen.

Diese Anführungen hat sich eine Reihe anderer Partei-
blätter, so die „Frankfurter Tagespost“ und die
Mannheimer „Volksstimme“, zu eigen gemacht.
Die Magdeburger „Volksstimme“ fügte noch
redaktionell hinzu:

Soweit unser Stuttgarter Mitarbeiter. Er plädiert dafür,
die Zustimmung zum Etat als einen Ausnahmefall auf-
zufassen von der Art, wie es in dem Wähler-Vertrag vorgesehen
ist. Seiner Argumentation ist jedoch eines entgegen-
zusetzen: Es liegt im Wesen der Sache begründet,
daß die meisten Einzelpositionen der einzelstaatlichen Etats-
forderungen enthalten, die von der Sozialdemokratie
bewilligt werden müssen; die Positionen, die sie aus prin-
zipiellen Gründen ablehnen müssen, treten demgegenüber weit
zurück. Die Frage, die sich bei dem Streit über die Budgetfrage
erhebt, ist nun die: soll man sich mehr von der
Möglichkeit auf die erstere oder von der auf die
zweite Art der Etatspositionen leiten lassen?
Die württembergischen Genossen haben diesmal die Frage so
entschieden, daß sie sich von den Ausgaben für Kulturzwecke
leiten ließen, und dabei mag ja die Rücksicht auf die Verbesserung
der Beamtengehälter eine große Rolle gespielt haben. Was in
diesem Jahre aber für die Beamten geschieht, wird im
nächsten Jahre vielleicht einer anderen Bevölkerungs-
gruppe zuteil, so daß sich die Frage von neuem erhebt:
Sollen wir für oder gegen den Etat stimmen? Und will es nicht
recht einleuchten, daß sich unsere Genossen im württembergischen
Landtage nicht klar gewesen wären über diese ein-
fache Situation und daß sie sich bei ihrer Abstimmung
lediglich von den Motiven hätten leiten lassen, die unser Stutt-
garter Korrespondent darstellt. Die Erklärung, die unser Kor-
respondent gibt, befriedigt uns nicht.

Das „Offenbacher Abendblatt“ findet, daß die
Bewilligung des Budgets durch unsere württembergischen Ge-
nossen „im Vorwärt“ mit bemerkenswerter Zurückhaltung,
beinahe zustimmend“ behandelt worden sei. Dieser
seltsame Irrtum erklärt sich daraus, daß unser Offenbacher
Parteiorgan völlig übersehen hat, daß die beiden ersten Artikel,
aus denen es diesen Schluss zieht, in einer einleitenden Ver-
merkung der Redaktion deutlich als Darlegungen ihres
Stuttgarter Mitarbeiters gekennzeichnet worden
waren, zu denen sich die Redaktion die anschließende eigene
Stellungnahme ausdrücklich vorbehielt. Ueber diese Stellung-
nahme urteilt beiläufig die „Deutsche Tages-Ztg.“:
„In der Form ist ja diese Kritik verhältnismäßig zahm, in
der Sache aber so scharf wie nur möglich.“

Aus dem Polizeilumpf.

Polizeiminister kommen und gehen, ebenso Polizeiprääsidenten;
sie hinterlassen keine Spur; der einzig feste Punkt in dieser Er-
scheinung flucht ist und bleibt auf dem Alexanderplatz der
Spiegel. Er wird vom Herrn „Hauptmann“ Arnim und von
dem bei seinen Untergebenen so überaus beliebten Wachtmeister
Diener — in seinem Privatverhältnis nebenbei auch noch ein sehr
frommer Diener vor dem Herrn — nach wie vor in die
sozialdemokratischen Vereine, Geschäfte u. dergl. geschickt.

Man hat sich in Parteitreisen schon hier und da gefragt, ob es
nicht besser sei, man behalte die Alexanderplatz-Deputierten einfach
als „faule Kunden“ im Auge, denn mache man den einen un-
schädlich, so komme einfach ein anderer, den herauszufinden immer eine
gewisse Zeit erfordere. Aber von Zeit zu Zeit muß doch ein
Exempel statuieren werden.

Im Grunde ist ja bei den Wählvereinen und ihren Vereins-
und Abteilungsitzungen wirklich nichts auszusperieren, was das
Nicht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte, und wären der preussische
Landtag und der Freisinn als Opposition in demselben politisch nicht
gar so verachtet, wie es sich in den letzten Jahren gezeigt hat, so
hätte der polizeiliche Geheimfonds nicht Jahr für Jahr glatte
Bewilligung finden können. Ein oder der andere freisinnige

Berliner Abgeordnete hätte — in alter freisinniger Tradition —
zwar nicht gegen das System der politischen Polizei losgedonnert,
aber doch gegen die geradezu barmherzige Art, das Geld der Steuer-
zahler zum Fenster hinauszuwerfen, wie es die Berliner Polizei in
bezug auf die Bespitzelung der sozialdemokratischen Bewegung seit
Jahren tut, seine Stimme erhoben.

Sie können heute zu den Reumann, Semler o tutti quanti
einen neuen Kollegen reihen.

A. Palm, Kriminalschuttmann,
Jossenerstr. 25.

hat sich vor einigen Monaten im zweiten Berliner Reichstags-
wahlkreis als

Max Heise, Mechaniker,
Willibald Alexistr. 32, vorn III bei Nö 4

in den Wahlverein aufnehmen lassen. Er gab an, jetzt Musiker zu
sein und abends und Sonntags in Schönhausen zu spielen. In der
Willibald Alexistr. 32 gab Frau Nö 4 bei einer Rücksprache nach
„Max Heise“ an, Herr Heise sei zwar schon weggegangen, aber sein
Instrumentenkasten sei noch da. Am anderen Morgen kam dann
„Heise“ gleich zu dem recherchierenden Genossen gestürzt, um zu er-
fahren, was er von ihm gemollt habe.

Mit dieser Recherche war für die Genossen festgestellt, daß Frau
Nö 4 über die Person des Herrn „Max Heise“ — unter diesem
Namen hatte Palm auch den „Vorwärts“ nach der Willibald Alexi-
straße bestellt — völlig im Klaren und ihm sein Hand-
werk zu erleichtern bemüht sei. Das braucht nicht wunder
zu nehmen. Herr Nö 4 — Postbeamter — ist der Sohn
des Hausbesizers Nö 4, Jossenerstr. 25, wo Herr
Kriminalbeamter A. Palm wohnt!

Herr Max Heise war natürlich im Wahlverein bemüht, sich
als recht eifriger und gestimmungstüchtiger Genosse zu bewähren —
wo immer ein kleiner Streich war, „Genosse Heise“ blies wieder ins
Feuerlein. Speziell der Wählerklub gab ihm Gelegenheit, seinen
Parteieifer bei mehreren Anlässen ins hellste Licht zu rücken. Er
konnte hierbei sein altes und sein neues Handwerk vereinigen,
indem er herausspitzelte, ob Genossen etwa noch Vereit bei
Wählern kauften, die nicht auf der Liste der Bewilligten
standen, und wehe, wenn er so etwas herausfand. Dann zeigte er
sich als tapferen Genossen, der „auch mal eine Lippe riskierte“. Be-
sonders eifrig war er bemüht, zu erfahren, woher „sein“ Abgeord-
neter seine Frühstücksbrötchen bezog; er unterzog sich in uneigen-
nützigster Weise der Mühe, in der Wöckersstraße bei verschiedenen
Wählern nachzufragen, ebenso bei Triebessee in der Lichtenfelder-
straße. Interessant ist es dabei, daß diese stramm freisinnigen
Wählergrößen den Menschen, der sich nach ihren Geschäfts-
beziehungen erkundigte, nicht einfach am Fragen nahmen und an die
frische Luft setzten, sondern ihm — trotz ihres obligaten Geistes
über die angeblich unerträgliche polizeilichen Schnüffeleien beim
Wählereiarbeiterschutzgesetz — submissiv Auskunft gaben. Ja, ja
... der Knecht singt gern ein Freiheitslied des Abends
in der Schänke ...

wenn die Wohlthätige nicht hört.
Schließlich noch

Kriminalschuttmann A. Palm, Jossenerstr. 25.

den Vraten; er kam letzten Mittwoch nicht mehr zum Jahlabend,
obgleich er am Montagabend in der Abteilungsitzung noch tapfer
den eifrigen Genossen herauslehrte, und nicht am Freitag zur Ver-
zichtsbesprechung, wodurch die Genossen um das Vergnügen ge-
bracht wurden, in Gegenwart des überwachenden Polizeileitnants
die melodramatische Verwandlungsszene mitanzusehen, wie der
musikalische

Mechaniker Max Heise,
Willibald Alexistr. 32, vorn III, bei Nö 4,

sich plötzlich in den taubstummen

Kriminalschuttmann A. Palm,
Jossenerstr. 25.

verwandelte. Die Genossen der anderen Berliner Kreise können ja
bei späteren Gelegenheiten das nachholen, wenn er, wieder couragiert
geworden, das alte Spiel von neuem beginnen muß.

Mit Empfindung hat die politische Polizei von jeher erklärt, die
von ihr abgeordneten Beamten und Amtsgeschäftigen hätten den
strengsten Auftrag, sich nur passiv zu verhalten, nicht etwa den
agent provocateur, den „Lodspiegel“ zu spielen. Aus den Anarchisten-
prozessen, aus der Schröder-Haupt-Affäre, aus der Wohl-
gemuth-Geschichte usw. wissen wir, was davon zu halten ist.
Aber vielleicht geben die Vorgesetzten des Herrn Palm Auskunft,
ob sie ihren Beamten angewiesen haben, durch Erregung und
Schürung von Unfrieden und Zänkereien unter den Genossen —
das war Heises Haupttätigkeit — seinen Befähigungsnachweis zu
erbringen.

Im übrigen: Fortsetzung folgt bald wieder!

Die marokkanische Lawine.

Die marokkanisch-französische Affäre entwickelt sich folgerichtig
und dem Programm gemäß, das für kapitalistische Kulturmissionen
üblich ist. Die marokkanische Bevölkerung eines Ortes, gereizt durch
die sich mehrenden Anzeichen der beginnenden ökonomischen Fremd-
herrschaft, schlägt nach Barbarenart um sich, die Franzosen nehmen
blutige Rache, die Kunde von ihren Taten durchläuft das Land und
schleppt die nationalen Leidenschaften; schon drohen an verschiedenen
Plätzen neue Franzosenmattakes, neue Repressalien werden die Ant-
wort sein. Gleich einer Lawine wächst die Affäre an und
gibt der französischen Regierung erwünschte Gelegenheiten, immer mehr
Mittel in die marokkanische Erde zu schlagen, trotz der Marokko-
konferenz und des angeblichen Erfolges, den Deutschland dort erzielt
hat. Schon reden englische Blätter ziemlich unverblümt von der
Notwendigkeit, Marokko erobern und verwalteten zu lassen durch
Mächte, die bereit seien, die Verantwortung zu übernehmen.

Die Tagesmeldungen lauten:

Tanger, 7. August. Ueber die Ereignisse in Casablanca vom
5. August bringt die Agence Havas folgende genaue Dar-
stellung: Auf Verlangen des französischen Konsuls Reubville war
am 4. August im Einverständnis mit dem Vahcha der Stadt Mulch
Arnim und dem Kommandanten des „Gallée“ beschlossen worden,
daß am folgenden Morgen um 5 Uhr das Konsulat geöffnet werden
sollte, um eine Landungskompanie einzulassen, die das Konsulat
besetzen sollte. Als die Kompanie ankam, wurde sie von den
Arabern, unter denen sich zahlreiche Soldaten des Wahghen be-
fanden, mit Gewehrfeuer empfangen. Ein Fähnrich und sechs
Matrosen sind leicht verwundet worden. Nachdem das Tor vom
Feinde gesäubert war, besetzte die Kompanie das Konsulat,
während der Kreuzer „Gallée“ die Stadt beschob, wobei die Häuser
der Europäer gesichert wurden. Der Kreuzer „Du Chahla“, der
vorging, schickte eine Landungskompanie mit dem Kommandanten
Wangliu ab. Daraus begann die Beschließung der von den Marine-
truppen besetzten Stadt, die mehrere Angriffe der Stämme auf die
Stadt zurückzuführen. Der Kreuzer „Du Chahla“ zerstörte den
Feind durch Kleinmitragranaten, durch welche die Araber schwere Ver-
luste erlitten haben müssen. Europäische Bewohner der Stadt sind
nicht verwundet worden.

Tanger, 7. August. Die Matrosen, welche die Stadt Casa-
blanca besetzten, haben mehrere neuerliche Angriffe der Araber
zurückgeschlagen. Die Verluste der Araber sind beträchtlich.

London, 7. August. Nachrichten aus Tanger zufolge hat sich
die Lage in Mazagan weiter verschlechtert. Der französische Gesandte
in Tanger hat beschloffen, ein Rauffahrtsschiff nach Mazagan zu
entsenden, um den Europäern Gelegenheit zur Flucht zu
geben. Auch der Fremden in Rabat hat sich, wie verlautet, eine
große Unruhe bemächtigt. Die Europäer leben ständlich in Erwartung
eines Angriffs der Eingeborenen.

Paris, 7. August. Eine Privatdepesche aus Tanger meldet, daß
die dortige französische Gesandtschaft gestern abend den Dampfer
„Emir“ der Kompanie Nizie gechartert habe mit dem Befehl, sofort
nach Mazagan zu gehen, um die dort ansässigen Franzosen und
die übrigen Europäer an Bord zu nehmen. Die Lage in Mazagan
sei ernst. Unter den Eingeborenen von Tanger herrsche große
Erregung über das Bombardement von Casablanca. Die französische
Kolonie, die Unruhen bestärkte, fordere dringend, daß auch nach
Tanger ein Kriegsschiff geschickt werde.

Tanger, 7. August. (Meldung der Agence Havas.) Die drei
Schiffe der Division Philibert sind heute früh 1 Uhr 20 Min. bei
Kap Spartel gesichtet worden und dürften bald nach Mittag in
Casablanca eintreffen. Kriegsminister Gobas hat die Mannschaften
der hiesigen Garnison, die den Stämmen der Umgebung von Casa-
blanca angehören, entwaffnen lassen. Europäer dürfen die Wacht-
posten außerhalb der Stadt nicht passieren.

Toulon, 7. August. Infolge der Ereignisse in Casablanca heißt
es, die erste Division des Mittelmeergeschwaders unter dem Befehl
des Admirals Touchard werde nach Marokko entsandt werden.

Paris, 7. August. (Meldung der Agence Havas.) In der Mit-
teilung, welche heute den Signatarmächten der Algerias-
akte von den Vertretern Frankreichs überreicht wurde, heißt es in
der Hauptsache, daß die Ereignisse den beschlossenen Maßnahmen,
die den Mächten notifiziert werden sollten, zugekommen
seien. Die Note fügt hinzu, daß eine dringende Not-
wendigkeit es immer mehr gebietet, die Polizei in den Häfen
Marokkos zu organisieren. Sie bekräftigt den Entschluß Frankreichs,
die Autorität des Sultans und die Unabhängigkeit und Unversehr-
heit seines Reiches aufrechtzuerhalten und zu wahren. Die Note
meldet ferner, daß die Ordnung, Sicherheit und Freiheit der
Handelsverkehre in Casablanca garantiert und daß die Urheber der
Niedermetzelungen und der Anschläge der Bestrafung nicht entgehen
werden. Schließlich erklärt die Note ausdrücklich, daß die Polizei in
Casablanca und der Umgebung im Verein mit Spanien organisiert
werden wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. August 1907.

Freisinnige Konzeptionschulzes.

Die „Weser-Zeitung“ polemisiert abermals gegen
Raumann. Sie stimmt ihm darin zu, daß der Freisinn auch
in Preußen das allgemeine Stimmrecht „fordern“ müsse. Die
Einführung des Reichstagswahlrechts bedeute auch keineswegs
für Preußen die Gefahr einer Ueberflutung des
Landtages durch die Sozialdemokratie. „Was wir bekämpft
haben, das ist dieselbe Maßregel für die kleinen
hanseatischen Stadistaaten, weil diese der Gefahr einer
sozialdemokratischen Mehrheit in der Volks-
vertretung in der Tat ausgesetzt sind.“

Ein netter „freisinniger“ Standpunkt! Der Frei-
sinn tritt zwar „grundsätzlich“ für ein demo-
kratisches Wahlrecht ein, aber er gibt diesen „Grund-
satz“ sofort preis, sobald die Demokratie eine
der Kapitalistenklasse unangenehme Wirkung haben könnte!
Auf diesem famosen Standpunkt steht übrigens auch der frei-
sinnig-volksparteiliche Abgeordnete für Bremen, Hornann,
der kürzlich bei einer Abstimmung über einen Wahlrechts-
entwurf in der Bremer Bürgerschaft, wo es Farbe zu bekennen
galt, vorsichtshalber durch Abwesenheit glänzte!

Aber mit dem „grundsätzlichen“ Eintreten des hanseatischen
Freisinns für das Reichstagswahlrecht für Preußen hat es
ebenfalls seinen Haken. Der Freisinn, fordert die „Weser-Ztg.“,
soll hier das allgemeine, gleiche usw. Wahlrecht „fordern“,
aber wenn dadurch der Block gefährdet werden könnte,
doch lieber auf ihre Grundzüge pfeifen. Sehr
hübsch leitet das freisinnige Blatt diese Forderung der Preis-
gabe der „Grundzüge“ mit folgender Darlegung ein:

„In geistig hochstehenden (i) freisinnigen Kreisen macht
man kein Hehl daraus, daß man auf manches verzichten muß,
was einem am Herzen liegt. Dazu gehört vorläufig
der Bruch des Reiches mit der agrarischen Poli-
tik. Der neue Postarat steht fest, auch die meisten Handels-
verträge sind neu geordnet. Es kommt noch darauf an, mit den
vereinigten Staaten und Argentinien zu neuen Verträgen zu
kommen, und wir Liberalen müssen sehen, sie möglichst günstig zu
gestalten. Aber sich an dem festen Eckstein des
Agrarierturns den Schadel einzurennen, kann
unmöglich die Taktik derer sein, die die Blockpolitik unter-
stützen wollen.“

Eine nette Logik! Um die Blockpolitik, die Politik
der Preisgabe aller freisinnigen Grundzüge,
nicht in die Brüche gehen zu lassen, muß der Freisinn auch
seinen Kampf gegen die agrarische Wirtschafts-
politik einstellen! Damit dem Freisinn gnädigst
gestattet wird, nationalliberal zu sein, muß er auch die
agrarischen Elefanten schlucken!

Zur Wahlrechtsfrage selbst sagt dann das Blatt des
hanseatischen Freisinns:

„Die gelagt: es ist selbstverständlich, daß die Freisinnigen
das allgemeine Stimmrecht für Preußen fordern müssen. Aber
die Aussicht, es zu bekommen, ist sehr gering. Es
ist nicht wahrscheinlich, daß die Regierung, das Herrenhaus oder
auch nur das Abgeordnetenhaus darauf eingeht. Was wird
Herr Raumann dann sagen? Wird er dann den Mut
haben, zu erklären: wenn wir nicht das allgemeine Stimmrecht
für Preußen erhalten, dann wollen wir gar nichts, dann
bringen wir die Blockpolitik zum Scheitern, dann ist
uns die Mäßigkeit zur konservativ-ultramontanen
Politik lieber?“

Woh! „fordern“ darf der Freisinn das Reichstags-
wahlrecht, aber nur in der festen Voraussicht
und der heroischen Entschlossenheit, diese
„grundsätzliche“ Forderung gleichwohl fallen zu lassen, sobald
dadurch der Block aus dem Leim zu gehen drohte!

Man weiß also im voraus, was man von den freisinnigen
Wahlrechtskämpfern zu erwarten hat! —

Nachmals die Zeugenqualität des Liebert.

Die „Voss. Ztg.“ veröffentlicht eine Zuschrift des ehemaligen
Gerichtsrats der Zeitschrift „Die Kolonien“, Dr. C. Th.
Förster, der sich ausdrücklich als „Altenbäcker“ und „Kolonial-
freund“ bezeichnet, über die „Unverlässigkeit“ der Zeugenbefragungen
des Herrn Liebert im Münchener Petrosprophet. Herr Dr. Förster,
der schon von einer Informationsreise aus Ostafrika zurückgekehrt
ist, bestreitet ganz entschieden, daß die Charakteristik, die Herr Liebert
von den Eingeborenen gegeben habe, zuträffe. Die Eingeborenen
seien weder Diebe noch Lügner; allerdings sei nichts
leichter, als die Eingeborenen zu jeder gewünschten Aus-
sage zu bringen, da sie sich vor den Weißen fürchteten.

Die Eingeborenen seien auch nicht „träge“, vielmehr bei einem Monatslohn von 4 M. (ohne Verpflegung!) sehr wertvolle Arbeiter!

Herr Dr. Förster erklärt u. a.: „Aus politisch hat Herr v. Liebert das Volk nicht richtig dargestellt. Die verschiedenen Stämme waren immer und ständig, wie die alten Germanen, in Feindschaft und Fehde unter sich und wider die Steppenbewohnenden Masai, die sie eben wegen ihrer Unheimlichkeit nie bezwingen konnten. Es ist eine durchaus unrichtige Darstellung, wenn gesagt wird, die kleine deutsche Expedition des Herrn Dr. Peters hätte 120000 Dschaggaleute zu fürchten gehabt im Jahre 1891. Dr. Peters war verbündet mit Moschi, Marangu, Namba und dem Häuptling Kinabo von Kombo, also mit den Landschafken um seine Marangustation herum, als er im August 1891 gegen einen Teil von Kombo zu Felde zog. . . Auch die Herbeiziehung der v. Wilowischen Niederlage, nachdem Dr. Peters den Berg wieder verlassen hatte, darf nicht gegen die Dschaggas ausgespielt werden, denn tatsächlich hat, nach Aussage glaubwürdiger Leute, v. Wilow jede Friedensverhandlung, aus Anlaß eines Streites zwischen Soldaten und Eingeborenen, seiner Zeit abgelehnt und den wider Willen kämpfenden Rest von Moschi angegriffen.“

Dieser Angriff von v. Wilow war in politischer und auch militärischer Hinsicht ein großer Fehler, schon weil v. Wilow nicht die nötigen Truppen zur Verfügung hatte. Auch Dr. Peters, ohne die Treue der Verbündeten, in deren Land er sah, hätte sich nicht einen Tag halten können. Die Treue des Marale von Marangu aber war ihm ganz sicher, da ja dessen Voten von den Komboleuten, die weit entfernt wohnten, scheußlich ermordet waren, und Marangu Rache forderte mit Dr. Peters' Hülfe. Kombo war es auch, wo später Dr. Bent ermordet, und noch heute ist der äußerste Osten von Kilimandscharo nicht einwandfrei sicher, zumal man die Komboleute unter Benachteiligung des stets treuen Marale von Marangu durch Zuwendungen von einem großen Teil von Marales Vieh noch hochmütiger gemacht hat. Wenn irgendwohin, so gehört noch heute nach Kombo eine Garnison. Deswegen braucht aber „der große Herr“ in Moschi nicht für sein Leben zu fürchten.“

Wortwucherstolz.

Während die Zentrumsarbeiter mehr und mehr erkennen, daß ihnen mit dem neuen Zolltarif Stadtschlage auf den Magen appliziert werden, sieht sich die „Adriatische Volkszeitung“ noch gedrungen, für das Zentrum ausdrücklich den Ruf in Anspruch zu nehmen, an dem Zolltarif eifrig mitgewirkt zu haben! In einer Polemik mit der „Deutschen Tageszeitung“ reklamiert sie ihren Aufmerksamkeitsanteil an dem Raubzug auf die Taschen des Volkes also:

„Die deutsche Landwirtschaft erfreut sich heute eines Zolltarifs, unter dessen Herrschaft ihre Verhältnisse sich wesentlich gebessert haben. Sie verdankt diesen Tarif, soweit dabei die Regierung in Betracht kommt, an erster Stelle dem Grafen Posadowski, der der „Deutschen Tageszeitung“ jezt nicht „staatsmännisch“ genug ist, und soweit die Parteien in Betracht kommen, an erster Stelle dem Zentrum, das jezt unter eifriger Mitwirkung der „Deutschen Tageszeitung“ ausgeschaltet werden soll. Das ist der Dank vom Hause des Bundes!“

Die agrarisch ausgewucherten Zentrumsarbeiter wissen nun wenigstens ganz genau, wem sie in erster Linie die Brot- und Fleischsteuerung zu verdanken haben! —

Christliche Gewerkschaftler und Agrarier.

Die christlichen Gewerkschaftler im Bayerlande, die die fromme Gegend um Regensburg als Tätigkeitsfeld für ihre Organisationsbestrebungen unter den Landarbeitern ausserhalb hatten, sind sehr bald belehrt worden, daß es mit ihrer Spekulation auf das gute Herz der Agrarier nichts war. Sie haben vergebens versichert, daß die Organisation der Landarbeiter den Gutbesitzern einen festen, treuen Stamm von Arbeitern sichern werde, daß die Forderungen der Landarbeiter nur sehr bescheiden und alle Gedanken an einen Ausstand ausgeschlossen seien. Die Agrarier zeigten sich trotzdem so hartnäckig und brutal gegenüber den christlichen Organisationsbestrebungen, wie es nur je in industrieller Scharfmacher-vernunft hat. Im „Bayerischen Kurier“ schildert nun ein christlicher Gewerkschaftsführer das Verhalten der Gutbesitzer im Regensburger Bezirk: „Wir verhandeln nicht! — dieses brutale Wort, das schon in der Industrie so viel Unheil angerichtet, das schon so viele Familien in Not und Elend gestürzt hat, ertönt nun auch in der Landwirtschaft. Man will keinen Frieden. Selbst die leisesten Wünsche der Arbeiter bleiben unberücksichtigt. . . Wir wollten den Frieden, weil wir die Landwirtschaft für notwendig halten, wir wollten sie kräftig erhalten gegenüber dem Auslande. Nun aber macht man uns die Friedensarbeit unmöglich, man will den Krieg!“

Die Aufschrift des christlichen Gewerkschaftsmannes legt dann dar, was sich nun weiter ereignen werde: Die christliche Arbeiterschaft, die bisher für den landwirtschaftlichen Schulzoll eingetreten sei, in der Erwartung, daß davon auch die Landarbeiter in Gestalt höherer Löhne profitierten, würde es sich wohl überlegen müssen, ob sie fernerhin nicht ihre Stellung zur Landwirtschaft revidieren“ werde. Bisher habe ein patriarchalisches Verhältnis auf dem Lande geherrscht, damit werde es nun aus sein; an Stelle des Zutrauens zur Herrschaft werde Mißtrauen, Haß und Jünglimm treten. Die Landarbeiter könnten nun die wahre Bestimmung ihrer Arbeitgeber, die Landwirtschaft müsse für die Zukunft mit denselben kämpfen wie die Industrie rechnen; es werde jezt in Deutschland wohl nicht anders gehen wie in Italien, Ungarn usw. Endlich: „Wir haben bisher vermieden, Mißstände auf dem Lande aufzudecken, in der Hoffnung, dieselben in kürzester Zeit auf friedlichem Wege ohne großes Geschrei zu beseitigen. Unsere Taktik werden wir wohl revidieren müssen, wollen wir überhaupt Hülfe für die Landarbeiter schaffen. Wir haben keinen Grund mehr, der Öffentlichkeit jene Dinge vorzuenthalten, die einer allgemeinen Verurteilung sicher sind.“

Das ist recht christlich. Erst den Ueberbescheldenen spielen und winkeln auf alle Rechte verzichten, und dann den Großmäuligen heraufschrecken und das Kriegsgeheul schwingen. Die Agrarier haben sich durch das Winkeln der Christlichen nicht erschrecken lassen. In dem einen wie dem anderen offenbart sich nichts als die Ohnmacht der Christlichen. —

Eine Ungeheuerlichkeit der reichsindischen Regierung zugunsten des Merkantilismus. Gelegentlich des eucharistischen Kongresses, der in den nächsten Tagen in Reich stattfindet, soll unter großem Gepränge eine Prozession durch die Straßen der Stadt veranstaltet werden. Die Vorbereitungen hierzu sind bereits im vollen Umfange getroffen. Nun heißt es aber in dem heute noch zu Recht bestehenden Gesetz vom 15. Germinal X (ein Gesetz aus der Revolutionszeit) unter § 45: „In den Städten, in welchen sich Kirchen verschiedener Religionsbekenntnisse befinden, ist keine religiöse Feierlichkeit außerhalb der dem katholischen Kultus gewidmeten Gebäude stattzufinden.“ Die Prozession ist also rechtlich unzulässig. Die Regierung aber sieht allen Vorbereitungen schweigend zu und gedenkt offenbar, eine gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes verstoßende Handlung mit zugedrückten Augen zu dulden. Die Kirchenbehörde der Reyer Protestanten hat jedoch gegen die Prozession Protest eingelegt und man darf gespannt sein, was die Regierung, die es mit den Merkantilisten nicht verderben möchte, nun tun wird. Wie aber die Regierung bestrebt ist, dem Volke die Reli-

gion zu erhalten, geht daraus hervor, daß sie die von den Freidenkern geplanten Protestkundgebungen (öffentliche Versammlungen, Maueranschläge) untersagt hat.

Wir haben nichts gegen die Abhaltung von Prozessionen, Umzügen, Versammlungen unter freiem Himmel usw. einzuwenden; aber was der einen Kirchengemeinschaft recht ist, ist der anderen billig.

Verschiedenes Maß.

Wegen angeblicher Beleidigung des Oberkriegsgerichts des I. Armeekorps hatte sich am Dienstag, den 6. d. M., der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Genosse Markwald, vor der sogenannten Schubert-Stroffammer zu verantworten. In Anbetracht des Charakters dieser Kammer war man auf eine Verurteilung zu hoher Strafe gefaßt, insbesondere weil der Angeklagte bereits zehn Vorstrafen auf politischem Gebiete hinter sich hat.

Stroffantrag hatte der kommandierende General des I. Armeekorps gestellt wegen eines Verdicts über eine Oberkriegsgerichts-Verhandlung, in dem behauptet worden war, daß in der Verurteilung des angeklagten Soldaten das Urteil erster Instanz ganz verlesen wurde, während das Urteil gegen einen an der Sache beteiligten Wachtmeister nur zum Teil und seine Vorstrafen gar nicht verlesen worden seien. Der Angeklagte gab ohne weiteres zu, daß der sonst sehr zuverlässige Verdicterstatter, der ihm den Verdict gebracht, sich in dieser Beziehung geirrt hätte, was er auch bereits in einer vom Kriegsgericht verlangten Verichtigung öffentlich zugegeben habe. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt, indem er sehr heftige Angriffe gegen die Person des Angeklagten und gegen unser Parteiorgan richtete, sechs Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Genosse Haase, wies zunächst die verächtliche des Staatsanwalts zurück und widerlegte dessen Behauptung, es handle sich um eine schwere absichtliche Beleidigung, die auch nicht durch die Zurücknahme des Angeklagten gemildert werde. Dann wandte er sich mit den Worten an die Richter: „Nimmt man aber wirklich an, es läge hier eine Beleidigung vor, so kann sie unter den gegebenen Umständen doch unmöglich so sehr ins Gewicht fallen, daß eine solche hohe Strafe gerechtfertigt ist, wenn man bedenkt, daß ein Generalleutnant Liebert gegen eine hohe Behörde schwere Beleidigungen öffentlich ausstößt und diese, ohne daß gegen ihn überhaupt Anklage erhoben wurde, begnügt man sich dort mit einer von ihm abgegebenen Erklärung, dann muß man auch dem Angeklagten glauben, daß er nicht die Absicht hatte zu beleidigen, und kann ihm höchstens eine geringe Geldstrafe auferlegen.“

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 800 M. Geldstrafe mit der Begründung, daß dem Angeklagten zwar gesalbt werden müsse, daß er von der Zuverlässigkeit seines Verdicterstatters überzeugt gewesen sei, bei Abweisung des Strafmaßes aber die Schwere der Beleidigung und die Vorstrafen des Angeklagten in Betracht gekommen wären. —

Die barbarische Härte des Militärstrafrechtes muß wieder ein armer Kerl von Soldat über sich ergehen lassen, der durch die Schändereien der Vorgesetzten und Kameraden zur Flucht aus dem Dienst getrieben wurde. Wegen Fahnenflucht wurde vor dem Kriegsgericht der St. Division in Straßburg gegen den Kanonier August Dalhaus von der 5. Batterie des Feldartillerieregiments Nr. 31 verhandelt. In der Verhandlung stellt sich heraus, daß Dalhaus von einem Gefreiten wegen jeder Kleinigkeit mit dem Reitstock geschlagen worden ist. Einmal wurde ihm absichtlich Wasser ins Ohr geschüttet (!), so daß er einige Tage nicht gut hören konnte. Ein anderes Mal war ihm die Sinnkette abhanden gekommen, wofür er Backpfeifen und wegen anderer Meinungsäußerungen mit Baumzweig und Obergurten erhielt. Ein Feige befandete, daß er Dalhaus mit blutender Wase im Stalle bei alten Leuten habe stehen sehen; auch auf dem Truppenübungsplatz Rünzingen wurde Dalhaus zufällig gesehen, wie er aus Nase und Mund blutend von einem Kameraden weglief. Im allgemeinen hat Dalhaus eine schlechte Behandlung durch ältere Kameraden erdulden müssen.

Auf Grund dieser Feststellungen kam das Gericht nur zu der Annahme der „unerlaubten Entfernung“ (statt Fahnenflucht) und erkannte auf die „milde Strafe“ von 6 Monaten und einem Tag Gefängnis. Der § 66 des Militärstrafgesetzbuches (in Verbindung mit § 84) fordert nämlich, daß, wenn die Abwesenheit von der Treppe durch Verschulden des Abwesenden länger als sieben Tage dauert, auf Gefängnis oder Festungshaft erkannt werden muß, und zwar beträgt die Mindeststrafe 6 Monate.

Frankreich.

Verod, 7. August. Der katholische Pfarrer von Hoiry ist gestern getauft als ein aus dem Pfarrhause ausgewiesener worden. Er hatte sich mit fünf Freunden im Pfarrhause verbarricadiert. Die Polizei mußte die Türen einschlagen, wobei die Besagerten gegen die Beamten Knallbomben schleuderten. Einige anwesende Demonstranten stießen feindliche Rufe gegen die Regierung aus.

Italien.

Der Vorstand der Sozialdemokratie über die antikerikale Agitation.

Rom, 5. August. (Fig. Ver.)

Das Anschwellen der antikerikalen Bewegung als Rückschlag auf die verschiedenen Stände in den kirchlichen Erziehungsanstalten fängt an, die Aufmerksamkeit aller Parteien auf sich zu lenken. Einige Abgeordnete der Rechten ventilieren den Gedanken einer parlamentarischen Konzentration, die sich gegen die antikerikalen Parteien richten soll; eine solche Konzentration besteht eigentlich heute schon, das Merkwürdige ist nur, daß die neue antiministerielle sein soll.

Auch unsere Partei hat zu der heutigen Situation Stellung genommen in einer im „Quanti“ vom 5. d. M. veröffentlichten Tagesordnung des Exekutivkomitees. Der Umstand, daß es in vielen Orten zu Volksdemonstrationen gekommen ist und in Spezia die Polizei bei dieser Gelegenheit ein Blutbad angerichtet hat, machte es dem Exekutivkomitee zur Pflicht, die Stellungnahme der Partei klar zu formulieren. Die Tagesordnung hat folgenden Wortlaut: „Das Exekutivkomitee des Vorstandes der sozialistischen Partei Italiens protestiert gegen den Gebrauch der Waffen, dessen sich die Polizei in Spezia bei den jüngsten Volksdemonstrationen schuldig gemacht hat, und erachtet die Heftigkeit bei diesen Demonstrationen als natürliche Folge des Bekanntheits der zahlreichen Stände in religiösen Erziehungsanstalten, es fordert alle Parteiateilnehmungen auf, dahin zu wirken, dem aufsteigenden Volkswillen eine Richtung auf konkrete Zwecke zu geben, und zwar zunächst in dem Sinne einer Pressen auf die kommunalen, zentralen und richterlichen Behörden, damit alle von Priestern, Mönchen oder Nonnen geleiteten Erziehungs- oder Wohltätigkeitsanstalten einer sofortigen, erschöpfenden und strengen Inspektion unterworfen werden.“

Das Exekutivkomitee beschließt ferner ein Flugblatt zu veröffentlichen, um die Bevölkerung des ganzen Landes an einem gegebenen Tage zu Volksversammlungen einzuberufen, in denen von Lokal- und Zentralregierung die folgenden Reformen zu fordern sind: Strengere Überwachung aller privaten Wohltätigkeits- und Erziehungsanstalten; ausschließliche Verwendung von Laienpersonal in allen direkt oder indirekt von Gemeinde, Provinz oder Staat abhängenden Betrieben; Anwendung des Gesetzes über die geistlichen Orden; neue Gesetzesbestimmungen, die allen, die durch das sogenannte Keuschheitsgelübde oder durch das Kirchengesetz des Pöbels gebunden sind, die Autorisation zur Eröffnung von Erziehungsanstalten, Schulen oder Schulen zu verweigern, da das Keuschheitsgelübde und das obligatorische Pöbel eine Verletzung der höchsten Gesetze der Natur darstellen, denen der menschliche Organismus unterworfen ist, und somit eine besondere Religion zu geschlechtlichen Verbrechen bedingen.“

Niederlande.

Internationaler anarchistischer Kongreß zu Amsterdam.

Amsterdam, 5. August 1907. (Fig. Ver.)

Vom 24. bis 31. August wird im Saale „Plancius“ zu Amsterdam der „Internationale libertäre und kommunistische Kongreß“ stattfinden. Auf seiner Tagesordnung stehen 12 Punkte: 1. Anarchismus und Gewerkschaftsbewegung, Referenten: Pierre Monatte-Paris und John Turner-London; 2. Generalstreik und politischer Massenstreik, Referenten: Dr. Friedeberg-Berlin und G. Malatesta-Italien; 3. Anarchismus und Organisation, Referenten: George Thonar-Lüttich, Amedeo Dumois-Paris und H. Croiset-Amsterdam; 4. Der Anti-Militarismus als Taktik für den Anarchismus, Referenten: M. de Marmande-Paris und Pierre Ramus-London; 5. Allseitiger Unterricht der Jugend, Referent Leon Clement-Paris; 6. Produktiv-assoziierung und Anarchismus; 7. Die Revolution in Rußland; 8. Alkoholismus und Anarchismus; 9. Moderne Literatur und Anarchismus; 10. Die Libertarier und die Weltsprache; 11. Anarchismus im individuellen Leben und Wirken.

Ferner sind die Vormittags-Sitzungen vom Mittwoch, den 28., und Freitag, den 30. August, für die Organisationen und für diejenigen, die eine anarchistische Internationale gründen wollen, reserviert worden. Auf der Tagesordnung dieser beiden Tage stehen: 1. Organisation der libertären Internationale; 2. Festlegung einer Prinzipienklärung der kommunistischen Anarchisten; 3. Gründung eines internationalen Bulletin; 4. Die Aufgabe der neuen Internationale. —

Dänemark.

Die von neuem eingeführte Zensur.

Die Zensur ist in Dänemark durch die Verfassung von 1848 abgeschafft, deren § 86 lautet:

„Jeder ist berechtigt, durch Druckschriften seine Gedanken zu veröffentlichen, doch unter Verantwortlichkeit vor den Gerichten. Zensur und andere vorübergehende Maßregeln können niemals von neuem eingeführt werden.“

Daß hiermit auch für Theater und öffentliche Aufführungen die Zensur abgeschafft war, galt als selbstverständlich, bis bei dem „Systemwechsel“ von 1901 das konservative, einem „liberalen“ Ministerium weichen mußte, und der neue Justizminister Alberti sich sicher fühlte auf seinem Posten. Zunächst suchte er seine eigene wertere Person wie seine Ministerkollegen vor dem Witz der Theaterleute und Reduedichter zu schützen. Früher konnte man in den üblichen „Sommerrevuen“ die konservativen Minister und ihre Tochter nach Herzenslust verspotten. Waren jene Minister dagegen vorgegangen, sie hätten auch die Liberalen im Reichstag gegen sich gehabt und nur noch ärgeren Spott dabongetragen. Aber der liberale Justizminister Alberti duldet derartige Beispiele nicht und hat es nun mit Hilfe seines Zensors, des Obergerichtsamwals Levin, soweit gebracht, daß die politischen Revuen sozusagen verschwunden sind. Im vorigen Jahre mißfielen dem Zensor einige Worte über Arbeitgebermoral in einem Drama aus dem Arbeiterleben; sie wurden gestrichen.

Das Neueste, was sich der Zensor leistete, ist nun, daß er der Direktion des Kasinotheaters in Kopenhagen verbot, ein neuinstudiertes Stück vor Beihnacht aufzuführen. Es handelt sich um eine der in letzter Zeit so beliebten Brecherekomödien. In Alberti's Blatt „Danebrog“ begründete der Zensor sein sonderbares Verfahren mit der Meinung, daß das Kasinopublikum in jenes Theater erst zum Frühjahr wieder eine kleine Dosis Brecherekomödie verdauen könnte, sonst hätte er die Aufführung des Stückes einfach verboten. Es ist also vor allem die Sorge um die Moral des Publikums, das die blühenden Klage befeht, was den Zensor und den hinter ihm stehenden Justizminister zu dieser Maßregel veranlaßt. Daß das aus dem Französischen übersehte Stück, das in Paris unter dem Titel „Maule ta boffe“ 400mal aufgeführt und auch in Stockholm mit großem Erfolg gegeben wurde, vielleicht an sich wertlos ist, gibt der dänischen Justizverwaltung selbstverständlich keinerlei Recht, der Aufführung irgendwelche Hindernisse zu bereiten. Man sieht aber wieder einmal, wie vortrefflich in Dänemark unter dem „liberalen“ Regime die Reaktion geblüht.

Rumänien.

Neue Willkürakte der „liberalen“ Regierung.

Bukarest, 8. August 1907.

Strupplos geht das liberale Regiment den Weg der Gewaltpolitik weiter und jeder Tag bringt eine schamlosere Tat. Das in dem vorigen Bericht erwähnte militärische Reformgericht gegen Genossen Dr. Nicolski hat schließlich stattgefunden und in seiner heutigen Sitzung hatte es unsern Genossen, wegen eines in der „Humanität“ veröffentlichten Briefes, seinen Rang als Militärarzt aberkannt und ihm aus der rumänischen Armee gestrichen. Das ist ja für einen Sozialisten ein erträglicher Schmerz; aber immerhin kennzeichnet es die Heeres- und Parteiverhältnisse im rumänischen Donaulande, wo die Armee sich zum Spielball der politischen Klügel hergibt.

Inzwischen dauern die Arbeiterverfolgungen mit ungeschwächter Härte weiter. Vor ein paar Tagen wurde der Bäckerarbeiter Anton Dallier, ein Kreis von siebzig Jahren, ausgewiesen, weil er sich um die Organisation seiner Gewerbegenossen bemühte.

Hinter Schloß und Miegel schamacht seit Monaten unser Genosse Stephan Georgiu, Mitglied unserer gewerkschaftlichen Generalkommission, ohne daß die Untersuchung bisher stattgefunden hätte! Er wurde eines Tages willkürlich von den Militärbehörden aufgegriffen und eingesperrt und soll über ihn in der nächsten Sitzung des Kriegsgerichts abgeurteilt werden!

Das sind die Zustände, die heutzutage nach 40jähriger Regierung Carols von Hohenzollern in Rumänien herrschen!

Persien.

Teheran, 7. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In bezug auf die kirchlichen Grenzverletzungen durch türkische Truppen wird gemeldet, daß eine kirchliche Abteilung, die fessend und brennend in der Richtung auf Urmia marschierte, das kirchliche Versteck Neivan mit Artillerie beschoss, die Kirche zerstört, gegen 90 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, getötet und zehn Mädchen fortgeführt hätte. In Urmia herrsche Panik, viele geflüchtete Russen seien im Konsulat aufgenommen. Infolge der ersten Lage werde schließlich ein neuer Gouverneur nach Teheran entsandt werden, und zwar der frühere Justizminister Jerman.

Amerika.

In San Francisco ist bekanntlich der Bürgermeister Smith zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er Bestechungsgelder angenommen hat. Die Kapitalisten triumphierten, weil Smith von dem größten Teil der Arbeiterschaft gewählt worden war. Jezt hat der Stadtrat einen Bürgermeister ernannt, einen „Reformer“ natürlich. Alle Mitglieder des Stadtrates stehen aber unter Anklage, bestochene Subjekte zu sein und städtische Interessen für hohe Summen betrogen zu haben. Sie haben den neuen Bürgermeister gewählt auf Wunsch des Sohnes des Bundeskönigs Spreckels, der als Großkapitalist in San Francisco eine Hauptrolle spielt. Er war es, der den Feldzug gegen Smith und die Stadträte einleitete, weil nicht er, sondern seine Konkurrenten die Konzession für eine Straßenbahn erhielten, trotzdem auch er bereit war, Bestechungssummen zu zahlen. Diejenigen, die Smith verurteilten und angreifen, sind also nicht besser wie er. Smith hat einen Vertreter ernannt, der aber nicht anerkannt wird, so daß es gegenwärtig an Bürgermeistern in San Francisco nicht mangelt. Die Gewerkschaften haben sich übrigens längt schon von Smith losgesagt, als er noch in Amt und Würden war, weil sie seine Haltung als Politiker, der seinen eigenen Vorteil nicht zu vergessen schien, entschieden verurteilten, obwohl damals noch keine bestimmten Anklagen erhoben wurden.

Die russische Revolution.

Die Sozialdemokratie beteiligt sich an den Dumawahlen.

Die allrussische Konferenz der sozialdemokratischen Partei hat die Frage der Wahlbeteiligung in positivem Sinne entschieden.

Im Anschluß an den von uns veröffentlichten Entwurf der Wahlplattform, den das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei ausgearbeitet hat, entnehmen wir der Nr. 1 der Nachrichten des Zentralkomitees den Entwurf der Resolution über Wahlabmachungen. In Anbetracht der positiven Entscheidung der Frage der Wahlbeteiligung auf der Parteikonferenz gewinnt dieser Entwurf, der in nachfolgendem wiedergegeben wird, besonderes Interesse.

1. Die Sozialdemokratie tritt auf den Wahlen selbständig hervor, ohne auf der ersten Wahlstufe irgendwelche Abmachungen abzuschließen.

2. Bei Stichwahlen sind Abmachungen mit allen Parteien, die links von den Kadetten stehen, zulässig.

3. Auf der zweiten und den folgenden Wahlstufen sind Abmachungen mit allen revolutionären und oppositionellen Parteien, inklusive die Kadetten (sowie die ihnen nahestehenden Gruppen der Muselmänner, Sozialen usw.) zulässig.

Ann.: Unter Wahlabmachungen werden Verträge verstanden, die bezüglich der Verteilung der Zahl der Wahlmänner und Abgeordneten unter der Sozialdemokratie und den anderen Parteien abgeschlossen werden.

4. Die Sozialdemokratie schließt Wahlabmachungen mit denjenigen oder denjenigen Parteien aus der Zahl der oben erwähnten, die der Sozialdemokratie den größten Vorteil im Sinne der Zahl der Mandate bieten.

5. Bei gleichem Vorteil bevorzugt die Sozialdemokratie die mehr linksstehenden Parteien, wobei die Parteien von diesem Standpunkte aus nachstehende Reihenfolge einnehmen: 1. sozialrevolutionäre Partei, 2. Volkssozialisten, 3. Arbeitsgruppe, 4. Kadettenpartei.

6. Wahlabmachungen werden nach Wahlkreisen und Kurien von den örtlichen Parteiorganisationen unter Kontrolle des Zentralkomitees abgeschlossen.

7. Parteien, mit denen die Sozialdemokratie Wahlabmachungen getroffen hat, dürfen in den betreffenden Wahlkreisen oder Kurien keinerlei Abmachungen mit Parteien abschließen, die rechts von den Kadetten stehen (Kadetten usw.).

8. In der Arbeiterkurie sind keinerlei Abmachungen mit politischen Organisationen, mit Ausnahme nationaler sozialdemokratischer Organisationen, die der sozialdemokratischen Partei nicht angehören, zulässig.

Barische Bluttat.

Petersburg, 7. August. In Mitau wurden zwei Letten wegen Raubüberfalls zum Tode durch den Strang verurteilt, acht andere Letten wurden gehängt, einer vergiftete sich vor der Hinrichtung mit Strohalm. Der älteste Schreiber des Kriegesgerichts ist unter Anklage gestellt worden, weil er die Akten des Kriegesgerichts Reportern für 10 Rubel verkauft hat.

Gewerkschaftliches.

Eine Aussperrung der bayerischen Metallarbeiter in Sicht!

Den Scharfmachern in der bayerischen Metallindustrie, die vor zwei Jahren mit ihrer Generalausperrung und den den Arbeitern vorgelegten berüchtigten Schandverträgen und Schiffbruch erlitten, scheint nun der Kamm wieder anzuschwellen. Die Herrschaften haben mit den dort erzwungenen Vorbeeren noch nicht genug und so stellen sie, wie schon telegraphisch gemeldet, eine Aussperrung sämtlicher organisierter Metallarbeiter in Bayern in Aussicht, wenn bis kommenden Sonnabend der Streik der Holzarbeiter in der Kathgeberschen Waggonfabrik in München nicht aufgehoben sein sollte. In dieser Fabrik stehen nämlich seit Freitag circa 200 Holzarbeiter wegen der 53stündigen Arbeitszeit in Streik. Direktor Schulz wäre bereit gewesen, die Differenzen mit dem Arbeiterausschuß in Güte zu regeln, doch durfte er als Mitglied des bayerischen Industriellenverbandes, der sich der Sache sofort bemächtigte, nicht auf eigene Faust handeln. Die Scharfmacher des Industriellenverbandes traten sofort zu einer Sitzung zusammen, vorher trat jedoch der Direktor mit dem Arbeiterausschuß in Verbindung. Bei dieser Gelegenheit erklärte Direktor Schulz, daß er sich sämtliche Arbeitsordnungen der Staatswerkstätten habe kommen lassen und daraus ersehen habe, daß überall die 9stündige Arbeitszeit eingeführt sei. Da sein Establishment vorwiegend mit Staatsarbeiten beschäftigt sei, sei er bereit, die 9stündige Arbeitszeit (54 Stunden in der Woche) nicht nur für die Holzarbeiter, sondern für alle in der Fabrik beschäftigten Arbeiter einzuführen, wenn die Holzarbeiter ihre Forderung auf Einführung der 53stündigen Arbeitszeit fallen lassen. Der Direktor versicherte, daß er mit aller Macht, die ihm zur Verfügung stehe, in der Sitzung des Metallindustriellenverbandes für die 9stündige Arbeitszeit in seiner Fabrik einzutreten werde, wenn der Arbeiterausschuß ihm die Gewähr geben könnte, daß dadurch die Differenzen beseitigt und der Frieden wieder hergestellt würde. Der Arbeiterausschuß erklärte, daß, wenn es dem Direktor gelingen sollte, auf dieser Basis bei dem Industriellenverband durchzudringen, die Holzarbeiter keinen weiteren Widerstand entgegenzusetzen werden.

Die Sitzung des Industriellenverbandes fand am Montagvormittag statt. Am Dienstagvormittag ließ nun Direktor Schulz den Arbeiterausschuß neuerdings rufen, um ihm das Ergebnis dieser Beratungen mitzuteilen. Der Direktor bedauerte, daß es ihm nicht gelungen sei, mit seinem Vorschlag auf Einführung der 9stündigen Arbeitszeit bei der Ortsgruppe München des Industriellenverbandes durchzudringen. Als die schärfsten Gegner seines Vorschlages seien Baurat Rippel, Nürnberg, Kommerzienrat Buh und Guggenheimer (der frühere Landgerichtsrat) von den Vereinigten Maschinenfabriken Augsburgs aufgetreten. Diese erklärten auf das bestimmteste, daß unter allen Umständen an der 53stündigen Arbeitszeit festgehalten werden müsse und er unter keinen Umständen irgend welche Konzessionen machen dürfe. Die Herren Rippel, Buh und Guggenheimer haben eine Aussperrung sämtlicher organisierter Metallarbeiter in Bayern in Aussicht gestellt, wenn bis Sonnabend die Differenzen nicht beigelegt sein sollten. Er, der Direktor, habe die Herren dann gefragt, ob sie es beantworten können, wegen 200 Tischer eine derartige Aussperrung über ganz Bayern zu provozieren. Er müsse sich diesem Beschlusse fügen, erkläre aber, daß, wenn die Aussperrung bis Sonntag nicht vollzogen sein sollte, er am Montag in seiner Fabrik die 54stündige Arbeitszeit einführen werde.

Der Arbeiterausschuß machte von diesen Reueherungen des Direktors im Appell der Streikenden Mitteilung. Der Situation entsprechend wurden die weiteren zu unternehmenden Schritte

in ruhiger, sachlicher Weise diskutiert. Das Ergebnis dieser Beratung war die einstimmige Annahme dieser Resolution:

„Die heute, den 6. August, beim Appell versammelten streikenden Holzarbeiter der Waggonfabrik von Kathgeber erklären sich mit dem Verhalten der Kommission einverstanden. Die ausständigen Schreiner wären mit dem Vorschlag des Herrn Direktors Schulz, für die Gesamtarbeiterschaft der Kathgeberschen Waggonfabrik die 54stündige Arbeitszeit einzuführen, einverstanden gewesen, um die Hand zum Frieden zu bieten. Nachdem dieser Vorschlag des Direktors wider Erwarten vom Verband der Metallindustriellen abgelehnt wurde, beschließt die heutige Versammlung, mit aller Entschiedenheit an der bisherigen Forderung der 53stündigen Arbeitszeit festzuhalten. Die Holzarbeiter der Firma Kathgeber erklären, hierzu um so mehr berechtigt zu sein, als in der hier in München in Frage kommenden Holzindustrie diese Arbeitszeit seit 14 Jahren eingeführt ist, selbst in den staatlichen Werkstätten die Arbeitszeit auf 9 Stunden verkürzt ist und die Einführung der 9stündigen Arbeitszeit in der Kathgeberschen Waggonfabrik schon vor Jahren von dem damaligen Direktor Schraut in Aussicht gestellt wurde.“

Am Mittwochmittag kamen die Oberscharfmacher in Nürnberg zu einer weiteren Sitzung zusammen. Ob ihnen die Schamröte nicht ins Gesicht steigt, wenn ihnen die Rippel und Konforten den Plan, wegen 200 Holzarbeiter Tausende von braven Arbeitern mit ihren Familien dem Hunger preiszugeben, vorlegen werden? Rippel und Guggenheimer vertrauen bei ihrem Vorgehen jedenfalls auf die Kraft der von ihnen gepflegten gelben Gewerkschaften. Ob sie sich dabei nicht verrechnen, wird die Zukunft lehren.

Berlin und Umgegend.

Gewerkschaftsbibliothek.

Vor uns liegt der neu herausgegebene hübsch ausgestattete Katalog der Zentralbibliothek des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Hahnsche Berlin. Die hierin aufgeführten 7000 Bände, darunter die besten Autoren, wären an und für sich schon ein Stolz des Verbandes. Aber der Verband tut mehr. Er errichtet für seine Mitglieder auch noch acht Vorortbibliotheken, die etwa 8000 gut zusammengestellte Bände aufweisen: vorwiegend gute Unterhaltungsliteratur, Geschichte, Naturgeschichte usw., während die schwerere geistige und bedeutendere Werke der Zentralbibliothek verbleiben.

Eine Neuverung, die besonders hervorgehoben zu werden verdient, ist die 700 Bände starke Jugendbibliothek für die Kinder der Mitglieder. Ausgewählt nach den Verzeichnissen der Jugendschriften-Ausschüsse, enthält diese Abteilung Werke, die den Kindern herzlichste Freude bereiten werden, indem viele von ihnen nicht darauf rechnen können, ein solches Buch ihr eigen zu nennen. Hoffentlich machen die Mitglieder einen recht regen Gebrauch von der ihnen gebotenen Belehrungs- und Bildungsmöglichkeit.

Metallarbeiter. Bei der Firma Franz Schmidt-Forst sind die Metallarbeiter ausständig. Der Fabrikant versuchte durch Aussperrung, um die Erfüllung der Forderung einer Lohnerhöhung herbeizuführen. Zugunsten!

Deutsches Reich.

Als die Tat eines konfuse Menschen erwies sich ein Geschehnis, das hier während des Mauerstreiks von der Scharfmacherpresse fruchtlos diskutiert werden sollte. Man berichtet uns darüber unter dem 7. August aus Halle a. S.:

Gelegentlich des Mauerstreiks, in der Nacht zum 27. Juni, war der 47jährige streikende Mauerer Franz Rechenberg mit einem geladenen Revolver an die Baraden eines Neubaus gegangen, um den dort einquartierten arbeitswilligen italienischen Mauern etwas anzukündigen. Als er dort in der Dunkelheit an einem Bauzaun stand und, wie er vor Gericht angab, die Italiener durch Schreie in die Flucht jagen wollte, kam der Polizeiwachmeister Bräke dort vorbei und rief den nunmehr selbst die Flucht ergreifenden Rechenberg an, stehen zu bleiben. R. lief aber weg und gab auf den Wachmeister, der ihn verfolgte, aus dem mit Vogelkugeln geladenen Revolver vier Schüsse ab. Dem Beamten drangen mehrere Schrotkörner in das Kinn, die glücklicherweise keine dauernden Nachteile hervorriefen. R. wurde durch den Beamten ergriffen und durch drei Säbelstiche über den Kopf kampfunfähig gemacht. Der Täter, der heute vor der Ferienstrassammer wegen Widerstandes und Angriffes mit einer Waffe angeklagt war, erklärte unter Tränen, er wisse nicht, wie er dazu gekommen sei. Der Staatsanwalt bezeichnete R., der bisher unbefristet ist, als einen konfuse Menschen und beantragte neun Monate Gefängnis. Das Urteil lautete dem Straftrage gemäß.

Die phantastischen Kombinationen, die feinerzeit von der Scharfmacherpresse zu dem Fall gemacht wurden, sind durch die Verhandlung zerstört worden.

Der Streik der Klempner und Installateure in Düsseldorf ist beendet. Die Streikenden erzielten einen Teilerfolg. Es wurde bewilligt: die 9stündige Arbeitszeit (bisher 10 Stunden). Ferner eine allgemeine Lohnzulage von 4 Pf. die Stunde sowie die Fixierung der Löhne in der Höhe von 40-50 Pf. die Stunde. Außerdem die Vorkassezahlung der Ueberstunden sowie ein Zuschlag bei schmutzigen und gefährlichen Arbeiten usw. Eine Anzahl Innungsmeister hat sich dem Beschluß der Innung, wonach keine Mahregelungen stattfinden sollen, nicht gefügt, so daß vorläufig noch eine größere Anzahl Streikender arbeitslos ist. Der Zugung ist deshalb nach wie vor von Düsseldorf fernzuhalten.

Vergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Wie kaum anders zu erwarten war, fallen die meisten bürgerlichen Blätter, die sich mit der Sache beschäftigen, wie Wegelagerer über die bedauernswerten Verglarbeiter her. Weil man weiß, daß die Leute, die von frommen Grubenbesitzern ausgebeutet, von der Klippe verdrängt, von den Nationalpolen kauwisch verbeut werden, wahrscheinlich bald wieder zu Kreuze kriechen müssen, höhnt und spottet man ihrer vergeblichen Versuche, ihr Los zu erleichtern. Zum Beweise dafür, wie jämmerlich die Vergarbeiter in Oberschlesien entlohnt werden, setzen wir die letzten amtlichen Lohnangaben hierher. Es betrug der Lohn

Vergarbeiter:	auf eine Schicht		in Summa	
	IV. Viertel	I. Viertel	IV. Viertel	I. Viertel
Oberschlesien . . .	1906	1907	1906	1907
Niederschlesien . . .	3,38	3,30	235	241
Dortmund . . .	3,18	3,20	240	238
Saarbrücken . . .	4,59	4,70	367	373
	3,97	4,01	295	290

Schlesien hat den Ruhm, die schlechtesten Löhne zu zahlen. Dafür beschäftigt man hier aber auch Frauen und Mädchen im Vergbau. Wie die Uebertagearbeiter entlohnt werden, zeigt diese Aufstellung:

Vergarbeiter	Uebertagearbeiter		
	Erwachsene männl.	Jugendliche	Weibliche
Oberschlesien . . .	2,91	1,12	1,21
Niederschlesien . . .	2,92	1,19	1,57
Dortmund . . .	3,77	1,36	—
Saarbrücken . . .	3,53	1,36	—

Weil die armen Teufel für solche Löhne nicht mehr arbeiten wollen, werden sie mit der Klempe verarbeitet und von der bürger-

lichen Presse verhöhnt und verspottet. Auch ein nettes Zeugnis für nationale Würde und preussische Sozialpolitik.

Zabrze, 7. August. Laut Mitteilung der Bergwerksdirektion sind bei der gestrigen Abendsschicht von 5434 Mann 1652 Mann angefahren, 600 Mann mehr als vorgestern. Bei der heutigen Frühlingschicht sind von 2168 Mann 1026, also nahezu die Hälfte, angefahren.

Auf dem Ofelfelde sind bei der gestrigen Mittagschicht von 840 Mann 259 Mann und auf dem Marienschacht von 52 Mann 7 Mann, sämtlich unter Tage, angefahren.

Metallarbeiter. Die Lohnbewegung der Klempner, Hohlleger und Helfer in Wittenberge ist ohne Arbeitseinstellung zugunsten der Arbeiter beendet. Am 6. August haben zwischen einer Kommission der Meister, einer Kommission der Gesellen und dem Bezirksleiter Zernide Verhandlungen über die eingereichten Forderungen stattgefunden. Nach fünfständiger Beratung wurde ein Vertrag abgeschlossen, der eine bedeutende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Gesellen enthält. Der Mindestlohn für Ausgelernte ist im ersten halben Jahre nach beendeter Lehrzeit auf 35 Pf., im zweiten halben Jahre auf 40 Pf., im zweiten Jahre auf 42 Pf. und für längere Zeit Ausgelernte auf nicht unter 48 Pf. pro Stunde festgesetzt. Installateure und Klempner, welche Installation selbständig ausführen, erhalten nicht unter 55 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden werden 5 und 10 Pf. Zuschlag gezahlt. Für Nacht- und Sonntagsarbeit 25 Pf. Zuschlag pro Stunde. Der Mindestlohn für Helfer ist nicht unter 35 Pf. Desgleichen sind die Montagezulagen geregelt worden und sind auch hier Verbesserungen eingeführt. Die Firma Reischer und der Zivilingenieur Appelt haben die Bedingungen noch nicht anerkannt und sind diese beide Firmen noch gesperrt. An unseren Kollegen wird es nun liegen, auf dem angefangenen Wege weiter zu arbeiten, die Versammlungen zu besuchen und endlich daran zu denken, daß nur durch die Organisation Erfolge zu erzielen sind. Oft genug haben wir auch darauf hingewiesen, welche Zeitung unsere Kollegen lesen sollen und lesen müssen. Für die Arbeiter in Wittenberge kann nur die „Brandenburger Zeitung“ oder der „Vorwärts“ in Frage kommen. Es muß deshalb Ehrenpflicht aller unserer Kollegen sein, die Lokal- und Reichspresse aus ihrem Hause zu entfernen und auf die Arbeiterpresse zu abonnieren.

Deutscher Metallarbeiterverband, 3. Bezirk.
H. Zernide.

Der große Bauarbeiterstreik in Chemnitz ist beendet! Die Chemnitzer Bauarbeiter haben durch ihr gemeinschaftliches Zusammengehen einen großen Sieg errungen. Hier galt es, ein brutales Unternehmertum, das den Herrenstandpunkt durchaus nicht verlassen und allein die Lohnhöhe und die Arbeitszeit den Arbeitern dekretieren wollte, aus dieser Position zu verdrängen. Und das ist gelungen. Der 11. Augusttag, den die Herren unter allen Umständen aufrecht erhalten wollten, ist beieitigt; von jetzt an gilt die 10 1/2 stündige Arbeitszeit, vom nächsten Jahre an aber der 9stündigen als vereinbart. Der Stundenlohn, der bisher für Maurer und Zimmerer 43 Pf. betrug, wird sofort auf 47 Pf. erhöht und fürs nächste Jahr auf 50 Pf. festgesetzt. Die Bauhilfsarbeiter erhalten pro Stunde 10 Pf. weniger. Der Streik, der 10 Wochen währte, wurde hauptsächlich durch ergebirgische Bauarbeiter erschwert, die sich von jeher für die Organisation unzugänglich erwiesen und in Scharen nach Chemnitz kamen und Streikbrecherdienste verrichteten. Es kam infolgedessen oft zu Differenzen mit den Streikenden und eine Unzahl Prozesse wegen angeblicher Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung durch Streikende sind noch anhängig.

Eingegangene Druckschriften.

- Graf A. Sternberg. Appell an den Kaiser. Preis 2 M. Verlagsbuchhandlung Hermann Volker, G. m. b. H., Berlin W. 30.
- Architektur-Konkurrenzen. Band 2. Heft 78. Herausgegeben von Herrn Schurebrandt. Verlag Ernst Bachmann, A.-G., Berlin.
- Der Mensch und die Erde. Die Entstehung, Entwicklung und Verwertung der Erde als Grundfragen der Kultur. Heft 28, 29 und 30. Herausgegeben von Hans Kraemer. Preis pro Lieferung 60 Pf. Mit Illustrationen. Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W. 57.
- Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der sozialdemokratischen Partei Leipzig für das Jahr 1906/7. Verlag des Agitationskomitees der sozialdemokratischen Partei Leipzig.
- Dr. W. Dörich. Der Einzelne und die Gesellschaft. 120 Seiten. Verlag von Carl Neihner, Dresden.
- „Morgen“. Nr. 9. Wochenheft für deutsche Kultur. Preis 50 Pf. Verlag von Marquardt u. Co., Berlin W. 50.
- Maharni an die Franzosen. Preis 50 Pf. C. Pierfons Verlag, Dresden.
- Dr. Georg Wilhelm. In Ruh und frommen leidender Witwen und solcher, die es werden sollen. 72 Seiten. Verlag von Carl Neihner, Marburg a. L.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom ober-schlesischen Vergarbeiterstreik.

Zabrze, 7. August. (B. L. B.) Laut Mitteilung der königlichen Bergwerksdirektion sind zur heutigen Mittagschicht auf dem Ofelfelde der Königshütte von 840 Mann der Belegschaft 475 und auf dem Marienschacht von 47 Mann 14 eingefahren; im ganzen also von 887 Mann 489. Heute mittag fand im Rathaus zu Königshütte eine Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der königlichen Bergwerksdirektion Geheimrat Wiggerl, dem Oberbürgermeister von Königshütte Stolle und den Landräten von Beuthen und Kattowitz statt, in der wegen Verkürzung der Sicherheitsmannschaften infolge der letzten Ausdehnungen beraten wurde. Es wurde beschlossen, schon für den heutigen Nachtschichtwechsel den Sicherheitsdienst um 18 Gewarman zu verstärken. Ferner ist zu berichten, daß auf der Deutschlandgrube in Schwien-todlowitz heute morgen infolge Zurückhaltung durch Streikende der Königshütte etwa über 100 Mann von der Einfahrt abfahen.

Unwetternachrichten.

Wien, 7. August. (B. S.) Seit gestern nachmittag rühten schwere Gewitter in verschiedenen Landesteilen bedeutenden Schaden an. In Nordböhmen ist die ganze Obsternte vernichtet. Die Telephon- und Telegraphenleitungen sind vielfach zerstört.

Salzburg, 7. August. (B. S.) Ein heftiges Gewitter mit starkem Sturm hat hier großen Schaden an Häusern und Kulturen angerichtet.

Eine Schiffskatastrophe?

Stockholm, 7. August. (B. S.) Bei Helsingfors wurde ein Klischenepost mit folgendem Inhalte gefunden: „27. Februar 07. Sanft Schiff Carolina mit Mannschaft, Kapitän Braune aus Berlin.“

Der verkommte Papst.

Rom, 7. August. (B. L. B.) Wie der „Corriere d'Italia“, das offiziöse Organ des Vatikan, meldet, hat der Papst infolge der antikerikalen Agitation den Empfang der Kardinalen verschoben, der morgen stattfinden sollte und bei welchem dem Papste eine Glückwunschadresse aus Anlaß seines Namensfestes überreicht werden sollte.

Das fünfundzwanzigjährige Jubiläum des Brüsseler „Maison du Peuple“

Brüssel, den 5. August.

Seit Sonntag steht das Brüsseler Maison du Peuple im Flagenschmuck. Das Gebäude ist mit Girlanden und Motiven elektrischer Glühlampen umzogen; eine aus Lichtern gebildete Borte und verschiedene „Willkommen“ grüßen den Ruhenden. Zwei große Ziffern — 1882—1907 — zeigen, was die Brüsseler Arbeiterschaft diese Woche feiert: das fünfundzwanzigjährige Jubiläum ihrer Kooperation.

Trotz seiner Armut und seiner Not weiß kein Volk mit solcher Gründlichkeit und solch breiter Fröhlichkeit feste zu feiern, wie das belgische! Freilich der Geist der alten Stimmfröhlichkeit hat sich gewandelt und in anderer Richtung weiter gebildet — wenigstens in der sozialistischen Arbeiterschaft. Die sozialistische Idee, das sozialistische Ideal einer besseren Weltordnung hat dem Volk eine andere sittliche Grundlage gegeben, und der erteilte Sinn für kräftige Fröhlichkeit, für das Farbige und Malerische, zeigt sich bei ihm jetzt hauptsächlich in den freudigen Ereignissen, die der sozialistische Kampf und die sozialistische Arbeit bringen. Die aus kleinsten Anfängen mit einem Bestand von 84 Familien gegründete einstige armenliche Kooperationsgesellschaft ist heute, nach 25 Jahren des Ringens und Strebens, ein ansehnliches Werk, und mit seinen 20 000 Mitgliedern, seinen 6 Schwesterhäusern, seinen 25 Filialen, seinen 4 Fleischereien, seinen modernen Bäckereien und großen Kohlenlagern, seinen mannigfachen Unterhaltungs- und Pensions-einrichtungen der Stolz der Brüsseler Arbeiterschaft geworden. In allen großen Kämpfen ist das Brüsseler Maison du Peuple der Arbeiterschaft nie ein Helfer gewesen. Seine Bibliothek, seine belehrenden und unterhaltenden Veranstaltungen haben Tausende der Ärmsten ergrübt und erzoget. Ueberflüssig zu sagen, was das Maison du Peuple als Konsumgenossenschaft leistet; seine Umfänglichkeit von rund 5 Millionen Frank jährlich spricht dafür, daß die Arbeiter in der sozialistischen Kooperationsgesellschaft in jedem Sinne ihren Vorteil finden.

Sonnabend durchzog ein imposanter Fadelzug, von vier Musikkapellen begleitet, die Stadt. Was das in Brüssel bedeutet, kann sich nur der vorstellen, der das Volkstreiben hier kennt. Aus solch einem Fadelzug wird im Nu ein Volksfest mit Gesang und Tanz. Den höchsten Reiz bot das Bild auf dem giebelförmigen riesigen Marktplatz mit dem buntenfarbigen Turm des mächtigen Rathhauses als der in laufenden Lichtern strahlende Zug durch die fröhliche Menge zog. Unbeschreiblich war der ausbrechende Jubel, als der Zug beim Maison du Peuple ankam, und der Volkspalast plötzlich aus der Dunkelheit in hellem Licht aufblühte.

Das war das Vorbild. Der Sonntagvormittag brachte den großen Umzug, an dem hunderttausende von Arbeitern aus allen Provinzen teilnahmen. Nach vielen verregneten Wochen ein strahlender Augustmorgen. Ueber die inneren Boulevards mußte man sogar zu Fuß laufen, weil der Tramwagenverkehr eingestellt war. An beiden Seiten der Boulevards saßen dicke Barrieren von Menschen, viele mit roten Blumen geschmückt, die massenhaft feilgeboten werden. Nach langem Warten ertönt das Signal, die Fahnen bewegen sich, der Zug rückt an. Vor ihm berittene Polizisten, die erst den Platz säubern müssen. Den Zug eröffnet die „Harmonie“ des „Genter Vooruit“, die den Tanzhäusermarsch spielt, darauf kommt die Gruppe der Streikenden aus Welken bei Gent. Die Stimmung schlägt bei ihrem Anblick um. Zu Hause stehen seit 10 Wochen 1200 Arbeiter im Kampf. Ihre Löhne sind 8—10 Frank geringer als die der Genter. Jeder lang nach einer der für 10 Centimen feilgebotenen Karten mit dem Bildnis der Streikenden vor dem Schloß des Unternehmers. Dann kommen weitere Gruppen aus Gent, Alost, Brügge und Courtrai, aus Antwerpen, Lüttich und den übrigen Provinzen; alle mit Musik, Fahnen und Standarten. Zwischendurch „Jeune Gardes“-Gruppen und Vertretungen der verschiedenen sozialistischen Kooperationsgesellschaften.

Doch das Richtige kommt erst noch: der historische Festzug, der mit Wildern, Inzichten, Allegorien und Festwagen die Geschichte des Maison du Peuple, seinen Anfang, seine Kämpfe, seinen Aufschwung und seine Taten erzählt. Nun rücken die Wäder des Maison du Peuple an, in weißen Gewändern und Hüben, denen ein großer Wagen der Wäder mit einer Allegorie folgt. Dann kommen die gelbgekleideten Protowagen und Spezerettwagen, dann ein Schiff mit Lebensmitteln, ein Kohlenwagen, auf dem eine Arbeitergehalt lehnt, wie sie Reunier gemeißelt, dann der Wagen, der die medico-pharmazeutischen Einrichtungen symbolisiert, darauf der originale Festwagen der Preise mit einer Tabelle aller sozialistischen Blätter der Welt. Weiter folgen schmutzige Kindergruppen, „Enfants de Peuple“, die Schar der weiblichen Angestellten mit ihren munteren blamischen Gesichtern.

Alle Seitenstraßen und der Platz waren schwarz von Menschen. Ein wilder Wirbel von Musik, ein dumpfes Brausen der Menge. Am Sonntagnachmittag fand die Aufführung der für das Jubiläum komponierten Festsinfate mit 1000 Sängern statt, und der Abend brachte Ballspiele, Konzerte und Theateraufführungen. Für Montag sind Ausflüge zu Schiff geplant. Wie man sieht: die belgischen Genossen verstehen noch sauren Wochen frohe Feste zu feiern.

Ziegeleiarbeiter.

Wie groß die Zahl der in den Ziegeleibetrieben beschäftigten Lohnsklaven ist, die noch zur Organisation herangezogen werden muß, ersehen wir aus dem soeben erschienenen Geschäftsbericht der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft pro 1906, der uns einigermaßen ein Bild der Lage dieser Arbeiterkategorie gibt.

Versichert waren im Jahre 1905: 11 693 Betriebe mit 289 675 Arbeiter, 1906: 11 692 „ 288 831

Der Bestand ist also gegen das Vorjahr ziemlich gleich geblieben.

Der Bericht erwähnt wohl die Gesamtzahl der verdienten Löhne, nicht aber den Durchschnittslohn pro Kopf der Arbeiter. Die Vereinsgenossenschaft hatte allerdings alle Ursache, auf die „Details“ dieser Frage nicht einzugehen, sondern lieber große Gesamtzahlen zu nennen, das steht schoner und wirkungsvoller aus. Anders wirkt die Berechnung pro Kopf, wie folgende Aufstellung zeigt:

Table with 4 columns: Sektion, Zahl der Versicherten, Gesamtlohn, Durchschnittslohn pro Kopf. Rows include I (Ebing), II (Pofen), III (Stettin), IV (Berlin), V (Breslau), VI (Dresden), VII (Magdeburg), VIII (Hildes), IX (Hannover), X (Dortmund), XI (Höln a. Rh.), XII (Bielefeld), XIII (Mannheim), XIV (München).

Man beachte diese Hungerlöhne in den einzelnen Sektionen und wird sich dann über die Rückständigkeit der großen Mehrzahl der zement Ziegeleiarbeiter nicht wundern. Im Berichtsjahr wurden 6972 Unfälle mit 162 Todesfällen gemeldet gegen 6647 im Vorjahre. Die Zahl der Unfälle ist gegen das Vorjahr um 425 gestiegen. Der Bericht bemerkt hierzu: „Die ständige Zunahme der Unfälle dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter von Jahr zu Jahr wächst.“ Das stimmt doch nicht ganz! Gegen das Vorjahr ist doch die Zahl der beschäftigten Personen zurückgegangen und trotzdem die Zunahme der Unfälle. Die Vereinsgenossenschaft erklärt sich aber die Zunahme der Unfälle „durch die genauere Beachtung der Unfallmeldung“, — die mehr und mehr in alle Kreise der arbeitenden Bevölkerung eindringende bessere Kenntnis der Arbeiterschutzgesetze, und im engen Anschluß daran die Tätigkeit der Arbeiterinspektoren, Auskunftsstellen usw.“ Ferner „das Bestreben zahlreicher Arbeiter, möglichst jede Verletzung, auch wenn sie mit dem Betriebe nichts zu tun hat, als einen Betriebsunfall hinzustellen.“ Diese Nebenarten haben wir schon besser gehört! Sehr naim meint der Bericht: „So gelangten im Berichtsjahre 210 Unfälle zur Anmeldung, die einen Leistenbruch zur Folge haben sollen.“ Leistenbrüche haben doch sehr wohl etwas „mit dem Betriebe zu tun“ und werden dank unserer „verbesserten Rechtsprechung“ trotzdem nicht mehr entschädigt.

Der Wagemut viel näher kommt der Satz: „Schließlich mag noch die in den Ziegeleibetrieben übliche Akkordarbeit erwähnt werden, bei welcher die Arbeiter mit dem Hasten und Streben nach möglichst hohem Verdienste nicht immer die nötige Vorsicht verbinden.“ Akkordarbeit ist also doch Mordarbeit!

Und trotz „Hasten und Streben“ nach „hohem Verdienste“ diese Jammerlöhne? Ferner heißt es im Bericht: „Daß die zahlreichen ausländischen Arbeiter in den genossenschaftlichen Betrieben den Unfallverhütungsvorschriften fast keine Beachtung schenken, ist eine Tatsache, die in den Unfallziffern jedenfalls zum Ausdruck kommen muß!“

Auch die „einheimischen Arbeiter“ stehen den Vorschriften „völlig gleichgültig gegenüber.“ Zahlreiche Unfälle hätten vermieden werden können, wenn auch die Vereinsgenossen (Unternehmer) den Unfallverhütungsvorschriften stets die notwendige Beachtung schenken würden.“ Wie ja!

Aus dem beigelegten Bericht der Aufsichtsbemten der Vereinsgenossenschaft sehen wir, daß die Mohnung der Vereinsgenossenschaft viel deutlicher sein konnte. Es heißt da: „In 1128 von 1177 besichtigten Betrieben mußten Schutzvorrichtungen angeordnet werden.“ In 96 Proz aller besichtigten Betriebe mußten also Mängel beseitigt werden! Interessant ist deshalb der Gedankengang der Beamten über die Ursachen der Unfälle usw. Sie berichten:

„Manche Arbeitgeber wie Arbeitnehmer verhalten sich der Unfallverhütung gegenüber noch ablehnend, da sie in den erforderlichen Maßnahmen eine Erschwerung der Arbeit erblicken. Vielfach erklären Arbeitgeber, daß Achtsamkeit das beste Mittel zur Verhütung von Unfällen sei.“

Je doch auch die Arbeitnehmer haben sich noch nicht an die Unfallverhütungsvorschriften gewöhnt; sie lassen dieselben vielfach gänzlich außer acht. So wurde z. B. gesehen, daß Arbeiter mit den Händen in die Arbeitsschneidemaschinen griffen; auf Vorkantungen kamen sie nur mit Widerstreben der an sie gestellten Aufforderung zur Benutzung der Schutzmittel nach. Kamenlich beim Abbau in Sand- und Tongruben antworten die Versicherten auf den Hinweis der Vorkehrungswidrigkeit, daß sie den Abbau in der Weise bereits jahrelang betreiben und daß während dieser Zeit ein Unfall noch nicht vorgekommen sei. Ein Arbeiter bezog sogar folgendes zur Antwort: „Weshalb sollen wir uns das Leben durch Befolgung der vielen Vorschriften besonders erschweren, kößt jemandem ein Unfall zu, so muß der „Unfall“ (bevorzugter Ausdruck der Arbeiter) für uns sorgen. Bei etwaigem Todesfalle steht die Familie unter Umständen besser da als zu Lebzeiten des Vaters, da dieser recht häufig den größten Teil des Verdienstes für sich verbraucht.“

Die Veseitigung der Schutzvorrichtungen durch die Arbeiter wurde auch in diesem Jahre häufig festgestellt.

Daß die Arbeitnehmer den Schutzmaßnahmen so wenig Interesse entgegenbringen, fällt in unserer Industrie noch mehr ins Auge als bei anderen Erwerbszweigen. Dieser Umstand ist wohl darauf zurückzuführen, daß gerade in den Ziegeleibetrieben ein Arbeiterlamm selten vorhanden ist. Der häufige Wechsel der Arbeiter, deren Bildungsgrad ein Interesse für die Angelegenheiten des Betriebes nicht aufkommen läßt, sowie die Gleichgültigkeit der zahlreichen ausländischen Arbeiter erschweren die Wohlfahrtsbestrebungen des Unternehmers erheblich.“

Der „Vater“ brandt wahrlich kein Krankenbold zu sein, wenn er den „größten Teil des Verdienstes für sich verbraucht“. Viele Ziegeleiarbeiter arbeiten weitentfernt von Weib und Kind, a la Sachengänger und haben für Wohnung, Kost und Kleidung usw. selbst zu sorgen. Kann da bei diesem Durchschnittslohn von 600 M. viel übrig bleiben? Ist es nicht ein Hochn auf die soziale Lage dieser Ärmsten, daß die Hinterbliebenen aus der Unfallrente mehr beziehen als bei Lebzeiten des Vaters? Das Rechenzempel ist ja nicht schwer. Bei einem Durchschnittslohn von 600 M. pro Jahr würde eine Witwe mit zwei Kindern 396 M. Hinterbliebenenrente pro Jahr erhalten. Der Vater konnte diesen Betrag bei Lebzeiten nicht erbringen! Da „lohnt sich das Sterben“ für die arme Familie!

Aus der Statistik fällt uns noch auf, daß nach der Zahl der Unfälle in den einzelnen Monaten des Jahres unsere modernen Dampfziegeleien das ganze Jahr hindurch in Betrieb sind und deshalb die Durchschnittslohne der Arbeiter noch mehr auffallen. Die gemeldeten Unfälle ereigneten sich nach Monaten:

Jan. Febr. März April Mai Juni Juli August Sept. Okt. Nov. Dez. 463 867 537 536 777 718 699 819 555 545 483 448

nach Wochentagen: Sonntag Montag Dienstag Mittwoch Donnerstag Freitag Sonnab. 104 1178 1065 1135 1054 1150 1179

Von den Wochentagen ist der Sonnabend am meisten bebelastet“, bemerkt der Bericht hierzu. „Von den Tagesstunden fallen die Vormittagsstunden von 9—12 durch die hohe Zahl von 1768 Unfällen auf; diesen Stunden zunächst steht die Zeit von 3—6 nachmittags mit 1601 Unfällen.“

Alter der Verletzten:

14—20 21—40 40—60 über 60 Jahre nicht angegeben 1319 3252 2044 290 87 Fälle

Interessant sind auch folgende Zahlen:

Von den angemeldeten 6972 Unfällen haben ihre Erledigung gefunden:

- 1. durch Heilung innerhalb der ersten 18 Wochen . . . 4246 Fälle
2. durch Entschädigungsfeststellung . . . 1706
8. durch Ablehnung der Ansprüche . . . 866

25,7 Proz. der gemeldeten Unfälle wurden also nur entschädigt.

Obstetiver als die Statistik vieler anderer Berufsgenossenschaften scheint uns die der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft bezüglich der Ursachen der entschädigten Unfälle zu sein.

Von den entschädigten Unfällen sind zurückzuführen auf mangelhafte Betriebseinrichtungen . . . 144 Fälle
Fehlen von Schutzvorrichtungen . . . 49
Handeln wider bestehende Vorschriften oder erhaltene Anweisungen . . . 152
Leichtsinn (Vulgerei, Trunkenheit) . . . 11

Table with 2 columns: Category, Count. Includes Ungeschicklichkeit, Unachtsamkeit (801 Fälle), Fehlen von Schutzvorrichtungen, Schuld von Mitarbeitern, sonstige angegebene Ursachen, nicht zu ermittelnde Ursachen, höhere Gewalt.

Der Bericht in seinen nackten Tatsachenangaben ist eine tüchtige Demonstration für besseren Schutz dieser geplagten Arbeiterkategorie.

Achter Internationaler Wohnungskongreß.

London, den 5. August.

Unter außerordentlich starker Beteiligung von Delegierten aus der ganzen Welt wurde heute in der Carlton-Hall der 8. Internationale Wohnungskongreß eröffnet. Der Kongreß ist dem permanenten internationalen Wohnungskomitee einberufen, dessen Vorsitzender der Direktor der Belgischen Nationalbank Lepere-Brüssel ist, und dem als Vertreter Deutschlands Prof. Dr. Albrecht-Berlin, Oberbaurat Dr. Stäbgen-Berlin und Prof. Fuchs-Freiburg i. V. angehören. Der Kongreß steht unter dem Ehrenpräsidium Sir Campbell-Bannermans, Ehrenvorsitzenden sind der Erzbischof von Canterbury, Balfour W. P. u. a. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen die wichtigsten Fragen der Wohnungsinspektion, des Baues und der Verwaltung von Häusern und der Organisation des öffentlichen Archits zur Erleichterung der Wohnungsbefaffung, ferner die Wohnfrage, das Verkehrswesen und schließlich die ländliche Wohnungsfrage.

Die Kongreßhandlungen wurden mit einer programmatischen Ansprache des Präsidenten des National Housing Councils Baronet John Dixon-Bownder M. P. eingeleitet. Er wies auf das Zusammenströmen großer Bevölkerungsmassen in den Großstädten als einer Folge der industriellen Entwicklung hin. Die Entwicklung hat in allen Ländern die Wohnungsfrage zu einem brennenden Problem gemacht. Der Austausch der Gedanken der verschiedenen Nationen über ein solches Problem auf einem internationalen Kongreß ist deshalb zu begrüßen. Aber er hat noch eine tiefere Bedeutung. Die Nationen reichen sich auf solchen Kongressen die Hände, die Bande der Freundschaft werden befestigt und die Möglichkeit internationaler Zwistigkeiten schwindet immer mehr.

Namens der englischen Regierung begrüßte John Burns M. P. den Kongreß mit einer inhaltreichen Ansprache. Auch er verwies einleitend auf die Schwierigkeit der Lösung der Wohnungsfrage. Sie sei nicht nur eine Frage, die die alten Städte betreffe, sondern in viel höherem Maße die heranwachsenden großen Gemeinwesen, wie New York und das verhältnismäßig junge Berlin. Er verglich in humorvoller Weise eine Londoner Straße aus Dickens mit den Straßen von heute und fuhr dann fort: Die Wohnungsfrage ist ein viel größerer und tieferer Problem als das, gute Wohnungen zu schaffen. Die Wohnungsfrage enthält das ganze Problem der Armut und das große Problem der ungelerten Arbeiter. Es ist nicht der Mittelstand, es sind nicht die gelehrten Arbeiter, die uns Schwierigkeiten machen, sondern es sind die ungelerten Arbeiter. Ungelernte Wohnungen wird es geben, so lange es schlechtestenlohnige ungelerte Arbeiter gibt. Die Erhöhung des Standard of life des ungelerten Arbeiters, die Veseitigung ihrer menschenwürdigen Lebenshaltung wird uns auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge weiterbringen. Es ist nicht einzusehen, weshalb viele ungelerte Arbeiter schlechter leben müssen als die Gefangenen in den Gefängnissen, als die Irren in den Irrenhäusern. (Beifall.) In London sind in dieser Beziehung schon große Fortschritte erzielt worden: man hat Logishäuser für die ungelerten Arbeiter errichtet. Es muß nun dahingetreibt werden, auch den ungelerten Arbeitern die Möglichkeit zu geben, mit einer Familie in einem eigenen Hause zu leben. (Beifall.) Die Flucht vom Lande in die Städte läßt sich nicht aufhalten. Vielleicht hat eine bessere Erziehung der Völker zur Folge, daß sie einsehen, daß es besser ist, draußen auf dem Lande mit 35 Schilling ein sicheres Einkommen zu haben, als mit 45 Schilling wüstenhaft in den Städten das Meer der ungelerten Arbeiter zu vermehren. Auch dafür ist die Entwicklung des Verkehrswezens von größter Bedeutung. Ein weiteres Problem, das mit der Wohnungsfrage aufs engste verknüpft ist, ist die Frauen- und Kinderarbeit. Redner stellte zum Schluß für das nächste Jahr die Einbringung eines Wohnungsgesetzentwurfes in Aussicht (großer Beifall), warnte aber davor, alles dem Staate und den Gemeinden zu überlassen: Ermutigen Sie auch das Individuum, auf daß es im Verein mit Staat und Gemeinde zusammen das schwierige Problem der Wohnungsfrage löst. (Lauter Beifall.)

Nachdem der Präsident des Kongresses, Sir Aldermann W. Thompson, die Aufgaben des Kongresses vorgezeichnet hatte, wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt betraf die „Wohnungsinspektion und die Verbesserung der Wohnungen der ärmeren Bevölkerungsklassen“. — Haber-Holland schilderte die Tätigkeit der Wohnungsinspektoren in Holland, deren Tätigkeit von den Hausbesitzern der schärfste Widerstand entgegengekehrt werde. Besonders die kleinen Städte wehrten sich gegen die Sanitäts- und Baubehörden, teils um selbst Kosten zu sparen, teils um eine Belastung der Hausbesitzer zu vermeiden. Nun lasse sich aber eine Belastung der Hauseigentümer bis zu einem gewissen Grade nicht vermeiden. Viel schwerer fielen weitgehende baupolizeiliche Vorschriften auf die Schultern der Ärmsten der Armen, die meist kein Geld haben, um ihre schlechten Wohnungen, Höfen oder Schuppen zu verbessern. — Harold Shaveroff-England verbreitete sich über die Wohnungsinspektion in England. Man sei nun auch in England dazu übergegangen, Frauen zur Wohnungsinspektion mit heranzuziehen. Leider sei die Wohnungsinspektion auf dem Lande noch zurückgeblieben, was sich aus der nicht genügend garantierten Unabhängigkeit der Inspektoren erkläre. Man solle deshalb dem Beispiel Hollands folgen und die Inspektoren als Staatsbeamte anstellen.

Prof. Albrecht-Berlin: Ueber Deutschland kann ich nichts Erfreuliches berichten. Eine technische und Sachverständigen-Wohnungsinspektion kennen wir in Deutschland nicht, die Inspektion ist Sache der örtlichen polizeilichen Verwaltungen, sie liegt in den Händen des Schutzmannes. Wir sind also noch außerordentlich rückständig und bilden mit Reid auf Länder wie England, wo man bedeutend weiter ist als bei uns.

Den nächsten Punkt „Die Wohnfrage“ behandelte Dr. Meves-Düsseldorf. Die Wohnfrage sei in Deutschland eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme. Alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig berührend, sei die Wohnfrage eine Nebenerscheinung der lebhaften Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat. Einzelne Städte hätten sich geradezu förmlich entwickelt, so Berlin von 1871 mit 898 000 Einwohnern auf 2 Millionen im Jahre 1905. In derselben Zeit wiesen Hamburg von 300 000 auf 800 000, Charlottenburg von 19 500 auf 237 000, Nürnberg von 83 000 auf 294 000 und Mannheim von 40 000 auf 162 600. Damit hänge eine enorme Preissteigerung des Grund und Bodens zusammen. 1890 besaß ein Terrain von 70 Hektar am Sturfürstendam in Berlin den reinen Adwert von 100 000 M., 1880 kostete dasselbe Stück Land 5 Millionen Mark. Der Gesamtbodenwert von Charlottenburg betrug 1865 6 Millionen Mark, 1897 300 Millionen Mark. In Wänden wurde das Gelände des städtischen Schlachthofes 1872 für 4,91 M. pro Quadratmeter gekauft. 1890 war der Wert 50 M. pro Quadratmeter. In Freiburg i. Br. kaufte man Baugelände bis 1870 durchschnittlich für 5,40 M. pro Quadratmeter. Jetzt muß

man 25 M. bezahlen. Selbst in kleinen Städten wie Bielefeld ist der Bodenwert eines Quadratmeters in den letzten 3 Jahren von 0,50 M. auf 22 M. gestiegen. Diese Preissteigerung hat zu einer lebhaften Bodenpekulation geführt. In allen größeren Städten bildeten sich Zertaingesellschaften. An sich sei die Bodenpekulation ebenso berechtigt wie jede andere spekulative Geschäftstätigkeit. Bekämpfungswert seien nur ihre Auswüchse. Solche Auswüchse seien allerdings in ziemlich großer Ausdehnung hervorgetreten. Das lange Festhalten an unbebautem Boden sei allerdings erleichtert worden durch die überaus geringen Lasten, die damit verbunden waren. Die laufende Besteuerung des unbebauten Bodens erfolge in Deutschland meistens auf der Grundlage des Ertrages und zwar des niedrigen landwirtschaftlichen Ertrages. Zu begrüßen sei daher die Einführung der Steuer nach dem gemeinen Wert, die in vielen preussischen Kommunen bereits erfolgt sei. Noch besser sei die Wertzuwachssteuer, die in den letzten Jahren in rascher Aufeinanderfolge in Frankfurt a. M., Köln, Essen, Berlin eingeführt worden sei. Im Großherzogtum Hessen werde ihre Einführung geplant. Die Steuer sei heftig bekämpft worden, aber grundsätzliche Bedenken konnten gegen sie nicht vorgebracht werden.

Das gedruckt vorliegende Referat Dr. Dewes', der erkrankt ist, vertrat Geheimrat Reht-Düffeldorf.

Hierauf wurden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Aus der Partei.

Internationaler Sozialisten-Kongress Stuttgart 1907.

Diejenigen Delegierten, die sich bislang in Stuttgart nicht angemeldet haben, sollten dies nunmehr ungefäumt (bei S. Diez, Furtwachsstraße 12) tun, gleichviel, ob sie Logis begehren oder nicht.

Der Parteivorstand.

Die Parteibeiträge im Königreich Sachsen.

In unserer Notiz der Nummer 179 über die Entwicklung der sächsischen Parteiorganisation war angegeben, daß die monatlichen Mitgliedsbeiträge zwischen 15 und 30 Pf. variieren. Der Höchstbeitrag ist indes infolge eines Druckfehlers zu niedrig angegeben. Er beträgt im sächsischen Wahlkreis pro Woche 10 Pf. Es haben den Wochenbeitrag von 10 Pf., meist schon seit einer ganzen Reihe von Jahren, der 4. (Dresden-Kleiststadt), 5. (Dresden-Altschloß), 6. (Dresden-Land), 11. (Döbeln-Gröden), 12. (Leipzig-Stadt) und der 13. (Leipzig-Land) sächsische Wahlkreise.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Kassel-Messungen hielt am verflossenen Sonntag zu Kassel seine dritte Generalversammlung ab, die von 70 Delegierten besucht war. Dem vom Vorstand erstatteten Jahresbericht entnehmen wir die folgenden Angaben: Die Mitgliederzahl erhöhte sich bis zum Schluß des Berichtsjahres auf 2367; in der Stadt Kassel wohnen 1650 Genossen, in 20 Landorten 707. Zu Beginn des vorigen Jahres waren 1023 Mitglieder vorhanden, so daß der Zuwachs 224 beträgt. Ein wie ungeheuer weites Agitationsfeld unserer Partei auch in diesem Kreise noch offen steht, beweist die Tatsache, daß 90 Orte noch der politischen Organisation entbehren. Anlässlich der Reichstagswahl wurden rund 100 Versammlungen abgehalten und vier Flugblätter in je 40 000 Exemplaren verbreitet. Zwei weitere Flugblätter betrafen die Steuervollmacht und die allgemeine Steuerung. Der Kassenerbericht verzeichnet nie erreichte Zahlen. Eingenommen wurden 17 700,29 M., ausgegeben 17 889,61 M., es verbleibt ein Kassenbestand von 480,68 M. In der Abrechnung ist diejenige für die Reichstagswahl enthalten; insgesamt verursachte die Wahl 11908,15 M. Kosten.

Ein Antrag, in Zukunft möglichst in jedem Vierteljahr ein Flugblatt zu verbreiten, in dem die politischen Tagesfragen behandelt werden, fand Annahme. Zum Delegierten für den Parteitag in Essen wurde Genosse Hauschild bestimmt. Beschlossen wurde folgender Antrag an den Parteitag:

Der Parteitag hat die Ausgabe einheitlicher Mitgliedsbücher und die Einführung einer Einheitsmarke für ganz Deutschland vorzubereiten und dem nächsten Parteitage Vorlage zu machen.

Für den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg fand am 3. August die Kreisversammlung im Rittersgutgarten zu Driesen unter guter Beteiligung statt. — Anwesend waren außer dem Kandidaten Genossen Eugen Bräuner die Genossen Leo Rucht und Hansich von der Agitationskommission, Delegierte von Friedeberg, Woldenberg, Altkarbe, Anspach, Erbach usw. und ein Vertreter vom Agitationsverein Arnswalde-Friedeberg in Berlin.

Der Vorsitzende, der den Bericht des Zentralvorstandes erstattete, konnte u. a. die erfreuliche Tatsache melden, daß der Wahlkreis in noch nicht einem Jahre um 100 Mitglieder zu genommen hat.

Zum ersten Vorsitzenden der Kreisorganisation wurde Genosse Fritz Waldheim-Driesen, Altkarbe 4 I, gewählt, ebenso als Vorstandsmittglied des Verbandes der Wahlvereine der Provinz Brandenburg. Sodann hielt Genosse Bräuner einen prächtigen, von den Delegierten mit spontanen Beifallsbekundungen begleiteten Vortrag über unsere und der Sequer Taktik mit besonderer Berücksichtigung der Tagesordnung des Essener Parteitages. Zum Delegierten wurde Genosse Bräuner gewählt.

Ueber den Preuentag und die Provinzialkonferenz sprach Genosse Rucht.

Als Delegierte zum Preuentag werden die Genossen Peritz-Driesen und Boh-Friedeberg gewählt, zur Provinzialkonferenz die Genossen Waldheim-Driesen, Wendland-Friedeberg, Hoffmann-Arnswalde.

Nach einem Referat des Genossen Schmidt über die Presse wurde ein Antrag des Genossen Rodmann (vom Agitationsverein in Berlin) in folgender Fassung angenommen:

„Die Generalversammlung beschließt, den Antrag des Agitationsvereins dem Zentralvorstand zu überweisen mit der Mahnung, bei bevorstehenden Aktionen in der Landagitation, falls Kräfte gebraucht werden, sich rechtzeitig mit dem Agitationsverein in Berlin zwecks Mitarbeit in Verbindung zu setzen.“

Nach einem begeisterten Schlusswort des Kandidaten und einem dreimaligen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie schloß die Konferenz.

Unsere Taten. Ein alter Parteiveteran, der Genosse Armbruster, Schuhmachermeister in Augsburg, ist am Sonntag dort von den Augsburger Parteigenossen zu Grabe getragen worden. Armbruster hat fast ein Menschenalter der Partei gedient. Als überzeugter Sozialdemokrat hat er auch, ohne Rücksicht auf Polizeiverfolgungen, während des Schandgesetzes gegen die Sozialdemokratie wader und unerfrocken seinen Mann gestellt.

Die italienischen Delegierten zum Stuttgarter Kongress.

Rom, 3. August. (Fig. Ver.)

Der Parteivorstand hat die folgenden fünf Genossen zum Stuttgarter Kongress delegiert: Enrico Ferri, Luigi Rongini, Odbino Morgari, Gabriele Galantara und G. Ronchetti.

Enrico Ferri ist den Lesern des „Vorwärts“ längst bekannt. Seine für Italien so segensreiche Kampagne gegen die Rührbräue in der Marinewerwaltung, die ihm eine Verurteilung zu 14 Monaten Gefängnis eintrug, ist auch im Auslande mit Interesse verfolgt worden. Seit vier Jahren ist Ferri Chefredakteur des „Avanti“, den er aus einer sehr kritischen Finanzlage rettete und finanziell bedeutend hob, ohne allerdings das Blatt dauernd dahin bringen zu können, pelamär auf eigenen Füßen

zu stehen. Seiner innerparteilichen Haltung nach gehörte Ferri auf dem Parteitag von Florenz (1896), dem Parteileben noch ziemlich fremd, noch zu den Unentschiedenen, wurde dann aber bald der bekannteste und beliebteste Führer des revolutionären Flügels, bis er im vorigen Oktober auf dem Parteitage von Rom zum integralistischen Reformismus übertrat.

Rongini ist seit vielen Jahren Reformist. Langjähriger administrativer Sekretär der Partei, hat er sich große Verdienste erworben. Morgari, politischer Sekretär, ist Abgeordneter eines Turiner Wahlkreises. Er hat sich besonders wegen seiner tapferen Stellungnahme gegen die von der Regierung protegierte Korruption in Südtalien im Parlament allgemeine Achtung und Verehrung erworben. Trotz seines eminent revolutionären Temperaments ist Morgari der sogenannte „Vater des Integralismus“. Galantara ist der auch den Lesern des „Vorwärts“ bekannte geistreiche Karikaturzeichner des „Avanti“ und des „Affino“. Genosse Ronchetti ist Gewerkschaftler und ist gleichzeitig von der Konföderation der Arbeit delegiert. Sämtliche Delegierte gehören zu der in Rom siegreichen Fraktion.

Die Konföderation der Arbeit hat außer dem Genossen Ronchetti die Genossen Cabrini, Premoli und Quaglino delegiert.

Die Syndikalisten haben bis jetzt ihre Vertreter noch nicht ernannt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der polnisch-sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Posen, der am Sonntag zu Hohenfalsa tagte, ist polizeilich aufgelöst worden.

Aus Industrie und Handel.

Ueberweisungs- und Scheckverkehr.

Der Deutsche Handelstag tritt in Eingaben an die Reichs- und Staatsbehörden, in einem Rundschreiben an seine Mitglieder und in einem für die weitesten Kreise bestimmten Flugblatt für die Förderung des Ueberweisungs- und Scheckverkehrs ein. In dem Flugblatt wird unter anderem gesagt: „Es ist eine Verschwendung an Nationalvermögen, wenn zur Vermittlung der Umläufe mehr Geld verwendet wird, als dazu erforderlich ist. Eine Ersparnis läßt sich dadurch erzielen, daß mehr und mehr das Geld in den Banken angesammelt und die Zahlung statt durch Uebergebung von Geld durch Ueberweisung zwischen Bankkonten bewirkt wird. Auf solche Weise werden auch für den einzelnen die Mühe, die Kosten und die Gefahr vermieden, die mit dem Halten größerer Barbestände, dem Abzählen und der Beförderung des auszusahenden und dem Empfangen und Abzählen des einzunehmenden Geldes verbunden sind, und es erwächst ihm außerdem aus den Zinsen für das Guthaben auf dem Bankkonto ein Gewinn. Weiter bringt die Ansammlung des Geldes in den Banken, namentlich der Reichsbank, es mit sich, daß größere Geldbeträge zum Ausleihen verfügbar sind und hierdurch, besonders zugunsten der wirtschaftlichen Tätigkeit und daher zur Förderung des allgemeinen Wohls, der Zinsfuß, dessen Höhe im laufenden Jahre zu lebhaften Klagen Anlaß gegeben hat, sich ermäßigt.“

Welche Einfachheit, Bequemlichkeit und Sicherheit bietet der Ueberweisungs- und Scheckverkehr! Niemand braucht einen größeren Vorrat harten Geldes im Hause zu haben. Wenn S (Schuldner) und G (Gläubiger) beide bei der Bank A ein Konto haben und S an G 100 Mark zu zahlen hat, so schreibt er nur der Bank, daß diese den Betrag in seinem Konto ab- und dem Konto des G zuzuschreiben möge (Ueberweisungsverkehr, Giroverkehr). Ueber die erfolgte Zuschreibung erhält G eine Nachricht von der Bank. Ein Empfangsbescheinigung (Quittung) von G an S ist nicht erforderlich, da die Bücher der Bank den Nachweis über die Zahlung enthalten. Hat nur S bei der Bank A, hingegen G bei der Bank B ein Konto, so tritt dem geschriebenen Vorgang ein Schreiben der Bank A an die Bank B und eine Verrechnung zwischen den beiden Banken hinzu. Dieser Verrechnungsverkehr (Ausgleichsverkehr, Clearing) kann, wie die Hamburger Einrichtungen zeigen, derart entwickelt werden, daß auch zwischen den Banken ein Hin- und Hersenden von harem Gelde nur in geringem Maße eintritt. Für die Ueberweisungen von Ort zu Ort bildet der schon jetzt vorzüglich ausgebildete Giroverkehr der Reichsbank, an dem nicht nur die Inhaber von Konten bei der Reichsbank — wohl alle Banken und Bankiers —, sondern mittelbar auch deren Kunden teilnehmen können, eine vortreffliche Grundlage.

Statt des Ueberweisungsverkehrs, bei dem der Schuldner unmittelbar seiner Bank Auftrag erteilt, und neben diesem Verkehr kann der Scheckverkehr gepflegt werden, bei dem S dem G eine Anweisung, Scheck, auf sein Guthaben bei der Bank A gibt. G legt den Scheck der Bank A vor und läßt sich entweder das Geld auszahlen oder den Betrag seinem Konto zuschreiben, sei es, daß dies Konto bei der Bank A oder der Bank B sich befindet. Im letzteren Falle wird G von vornherein den Scheck der Bank B übergeben, damit diese das weitere veranlasse. Hat G überhaupt kein Bankkonto, so kann sich S ihm gegenüber nur des Scheckverkehrs, nicht des Ueberweisungsverkehrs bedienen. Mit dem Scheckverkehr ist eine gewisse Gefahr insofern verbunden, als ein Unbefugter den Scheck in die Hände bekommen und sich das Geld darauf auszahlen lassen kann. Diese Gefahr läßt sich vermeiden, indem man durch den Zusatz auf dem Scheck „nur zur Verrechnung“ verbietet, daß der Scheck bar bezahlt werde. Einen solchen Scheck kann man unbedenklich einem Voten übergeben oder als Brief ohne Versicherung übergeben. Allerdings ist der Scheck „nur zur Verrechnung“ nur dann verwendbar, wenn G ein Bankkonto hat oder den Scheck an jemanden überträgt, für den dies zutrifft.

Im allgemeinen und im eigenen Interesse sollte nun jeder, der nach den Verhältnissen seiner Einnahmen und Ausgaben irgend in Betracht kommen kann, an dem Ueberweisungs- und Scheckverkehr sich beteiligen. Voraussetzung hierfür ist, daß er ein Bankkonto hält und dafür sorgt, daß es bekannt wird; durch Aufdruck auf den Briefbogen und Rechnungen, Aufnahme in das Adreßbuch und so weiter. Auf das Konto sollte man alles nicht unmittelbar notwendige Geld einzahlen, und es sollte nach Möglichkeit die Ausführung der zu leistenden Zahlungen durch Ueberweisung oder Scheck bewirkt und dafür Sorge getragen werden, daß auch die zu empfangenden Zahlungen dem Konto zugehen.

Die Mahnung richtet sich nicht allein an die Kaufleute und sonstigen Gewerbetreibenden, sondern auch an die Angehörigen aller übrigen Berufe, an Landwirte, Beamte, Offiziere, Lehrer, Geistliche, Ärzte, Künstler usw., ferner an die Rentner, Hypothekengläubiger und -schuldner, an die Vereine und Körperschaften und an die Behörden.

Schließlich ist noch ein besonderes Wort über die den Banken und Bankiers zufallende Aufgabe zu sagen. Wenn das Ziel der weitesten Verbreitung von Bankkonten erreicht wird, kommt dies ihnen zweifellos zu statten. Dafür wird es ihre Sache sein, aufs Beste für die Durchführung des Ueberweisungs- und Scheckverkehrs zu wirken. Insbesondere wird von ihnen für die äußeren Vorkehrungen, z. B. die Beschaffung von Ueberweisungsformularen, die Einrichtung der Scheckbücher und die Herstellung besonderer Formulare für Schecks „nur zur Verrechnung“, zu sorgen und die weitere Ausbildung des zwischen einander stattfindenden Verrechnungsverkehrs herbeizuführen sein; vor allem aber werden sie den Ueberweisungs- und Scheckverkehr dadurch fördern können, daß sie ihren Kunden für deren Guthaben eine angemessene Verzinsung gewähren und Gebühren (Provisionen), soweit solche für jenen Verkehr in Betracht kommen, in mäßigen Grenzen halten.

Preisrückgänge. Der Kupferrohverband hat, wie die „A. Volksztg.“ meldet, den Grundpreis von 258 auf 250 M. ermäßigt. — Der Preis des englischen Roheisens ging um 1 M. auf 77 M. pro Tonne frei Hafen Ruhrort zurück.

Ausfuhrvergütung. Nach der „A. Volksztg.“ sandten die reinen Drahtzieherinnen ein Rundschreiben an alle Rohstoffverbände. Sie fordern eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung von 7,50 M. auf 20 M. pro Tonne.

Kohlenausfuhr. Nach dem Ausweise des statistischen Amtes stellt sich die Ausfuhr in Kohlen im Juli 1907 auf 16 1/2 Millionen Doppelzentner, gegen 13 1/2 Millionen Doppelzentner im Juli 1906. Die Ausfuhr ist demnach bedeutend gestiegen und überwiegt auch um 2 1/2 Millionen Doppelzentner die Einfuhr. Angesichts der Klagen über drohenden Kohlenmangel sind diese Ziffern sehr interessant, als Beleg für die Marktregulierung durch das Kohlenhydrat.

Fusionen. Aus Hamm wird über die Absicht einer Fusion der Westfälischen Drahtindustrie mit dem Wöhniß berichtet. — Die Firma Schöns u. Eißler in Magdeburg hat das böhmische Braunkohlenwerk Joffe-Schoft kauftlich erworben. Angeblich sollen beide Werke durch eine Aktiengesellschaft mit Hilfe einer französischen Finanzgruppe übernommen werden.

Ein unruhiger Börsentag. Von der New Yorker Börse am Dienstag wird berichtet: Die Besorgnisse der Spekulation, daß seitens des Bundesgerichtes und der Gerichte der Einzelstaaten weitere Verfolgungen wegen Verletzungen des Antitrustgesetzes in die Wege geleitet werden dürften, ermutigten die Baissiers zu erneuten scharfen Angriffen. Da diese auf keinen Widerstand stießen und zudem umfangreiche Liquidationen vorgenommen wurden, die teils aus Lösungen von Hauspositionen, teils aus Ezeutionen bestanden, war die Börse während der ersten Stunde bei sehr erregter Stimmung flau. Besonders stark war das Angebot in Industrieaktien, die nahezu durchweg über 1 Proz. verloren. Nachmittags wurde die Tendenz ruhiger, es erfolgten abwechselnd Baissenangriffe und Deckungen. Schluß erregt und unregelmäßig. Für Rechnung Londons wurden per Saldo 10 000 Stück Aktien gekauft. An Aktien wurden 900 000 Stück umgesetzt.

Soziales.

Wie muß das Zeugnis sein?

Die Buchhalterin Frida H. war ein halbes Jahr in dem Strumpfwarengeschäft von Max Mühl tätig. Bei ihrem Abgang erhielt sie ein Zeugnis, in welchem es hieß: „Sie war fleißig, strebsam und war stets bemüht, den Anforderungen des Chefs gerecht zu werden, was ihr jedoch nicht durchweg gelang.“ Fräulein H. behauptete nun, mehrere Chefs hätten an dem letzten Satz Anstoß genommen, so daß sie mit diesem Zeugnis keine Stellung finden konnte. Erst jetzt, wo sie einem Prinzipal das Zeugnis verschwiegen, habe sie Engagement finden können. Die Buchhalterin hat ihren früheren Chef, den letzten Sach im Zeugnis dahin zu ändern: „Was ihr auch im allgemeinen gelang“, und da ihr Wunsch abgelehnt wurde, klagte sie auf Abänderung. Der Beklagte führte in der gestrigen Verhandlung aus, daß er zwar bestimmte Tatsachen, die das mangelhafte Gelingen der Arbeit der Klägerin illustrieren, nicht erbringen könne, ihre Tätigkeit habe aber öfter honoriert werden müssen, so daß der Zusatz: „was ihr nicht durchweg gelang“ berechtigt sei.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Firma, das Zeugnis dem Antrage der Klägerin gemäß dahin zu ändern, daß es am Schluß heißt: „was ihr auch im allgemeinen gelang“. Der § 78 des Handelsgesetzbuchs ist sinngemäß dahin auszuliegen, daß der Chef das Zeugnis über die Leistungen in positiver Form auszufüllen gehalten ist. Gebrauch er Ausdrücke, die sich negativ ausdrücken, so ist er verpflichtet, den Beweis dafür zu erbringen, wenn der Angestellte die Ausdrücke beanstandet. Der Beklagte wurde im Falle der Weigerung, das Zeugnis in der gewünschten Form auszustellen, die Verhängung hoher Geldstrafen angedroht.

Welt, wie bist du so schön!

In Hof in Bayern kam dieser Tage zu Fuß eine Familie an, bestehend aus Mann, Frau und 4 kleinen Kindern. In einem elenden Karren, den die müde Frau leuchtend dahinschob, saß auf den wenigen Armseligen das kleinste Kind, während die anderen drei hungrig nebenher tröteten. Der Mann wurde vor einiger Zeit aus seiner Heimat Schlesien nach dem westfälischen Industriegebiet angeworben. Dort angekommen, mußte er Streifbrennerdienste verrichten. Als die Arbeitsplätze wieder mit jungen kräftigen Leuten besetzt waren, konnte man den älteren ausgemergelten Arbeiter nicht mehr brauchen, er wurde entlassen. Nun wandert die Familie seit Wochen in Deutschland umher. Der Mann findet nirgends Arbeit, man kann ihn nicht brauchen, man will gesunde, kräftige Arbeiter. Schließlich hätte er doch wo in Arbeit treten können, aber es gibt ihm niemand Kredit, seine Verhältnisse sind zu wenig vertrauenswürdig. — Er wandert mit seiner Familie weiter, bis die Aermsten vor Hunger umfallen und liegen bleiben — oder wegen Versteckens eingesperrt werden.

Stillschließen für Mütter der minderbemittelten Klasse hatte die Stadtverwaltung in Rürth vor einiger Zeit eingeführt. Weil nun diese kommunale Einrichtung außerordentlich stark in Anspruch genommen wurde, hat die Stadtverwaltung in geheimer Sitzung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Satz von 8 M. auf 1,50 M. herabgesetzt.

Agrarier und Landarbeiter.

Wenn irgendwo die Agrarier mit ihren Wünschen nach der Anordnung der Landarbeiter den weitgehendsten Erfolg gehabt haben, so in dem kleinen Quodrigste Braunschweig, wo sie sich als Mehrheit im Landtage ein vom 10. Dezember 1900 datiertes Kontraktbruchgesetz für die Landarbeiter geschaffen haben, mit welchem jeder Arbeiter, der ohne Aufkündigung den Agrarier verläßt, mit Geldstrafe bis zu 30 M., oder mit Haft bis zu 10 Tagen, jeder Verleiher zum Kontraktbruch mit Geldstrafe bis 150 M., oder mit Haft bis zu 6 Wochen und jeder Kontraktbrüchige Arbeitgeber mit Geldstrafe bis zu 60 M., oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft wird.

Jetzt will die braunschweigische Landwirtschaftskammer zu einem neuen System der Arbeiter-Innechtung greifen. Sie will ein System der schwarzen Liste auf folgende Weise einführen. Es soll in der „Braunschw. landw. Ztg.“ eine besondere Rubrik eingeführt werden, in welcher die Namen, Heimatsort, Kreis, bezw. Bezirkshauptmannschaft oder Gouvernement derjenigen Landarbeiter aufgeführt werden sollen, die aus irgendeinem Grunde die Gefilde ihrer „Arbeitgeber“ ohne Kündigung des Arbeitsverhältnisses verlassen. Die Namen der Arbeitgeber, welche kontraktbrüchige Arbeiter meiden, sollen nicht mit bekanntgegeben werden, dafür aber solche Arbeitgeber, welche kontraktbrüchige Arbeiter in Arbeit nehmen. Die Agrarier sollen dadurch veranlaßt werden, die Kontraktbrüchigen ausfindig zu machen, worauf die früheren Arbeitgeber der Kontraktbrüchigen telegraphisch über den Aufenthalt ihrer entlaufenen Sklaven benachrichtigt werden sollen. Auch die landwirtschaftlichen Korporationen der angrenzenden Bundesstaaten sollen gebeten werden, ähnliche Einrichtungen zu treffen.

Aus der Frauenbewegung.

Die neue Direktrice!

Ein schrilles Klingelzeichen und das Surren und Klattern der Maschine verstummte. Der Motor ist abgestellt und nach dem ohrenbetäubenden Lärm tritt eine wühlende Ruhe ein. Frauen und Mädchen reinigen sich die Hände und setzen sich in Gruppen zusammen, ihr Frühstück auspackend. Obgleich es erst 1/10 Uhr morgens ist, herrscht doch in dem weiten Raum eine stidige Stille. Die Fenster sind geschlossen und die Gardinen vorgezogen, der Sonne wegen. Auch nicht es nach Leder und saurem Kleister. So sitzen die Arbeiterinnen beisammen, vergehen ihre Stunden und tauschen ihre täglichen Erlebnisse aus. Soeben öffnet sich die Tür und die Jüngste erscheint mit einer Markttasche. Sie hat Etwas für die anderen eingeholt. Mit wichtiger Miene

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskammer-Gesellschaft, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Gedächtnis und eine Fühl als Werkzeugen beizufügen. Verlässliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Vogelkund. Und nicht bekannt. Wenden Sie sich an einen Vogelhändler. — **N. N. 81.** Hierüber kann Ihnen nur ein Fachmann Auskunft geben. — **N. N. 2.** Offenbacher Krankenkasse, Brünnenstr. 66 bei Linze. — **N. N. 2.** Dr. Kurt Rosenfeld, Alexanderstr. 22. — **G. Z. 36.** Schlagen Sie selbst in der Expedition des „Vorwärts“ nach. — **G. Z. 700.** Sie müssen dem Wirt oder irgend einer anderen Person die Schlüssel über-

geben, damit in Ihrer Abwesenheit die Wohnung besichtigt werden kann. **Notter.** Rein. — **N. N. 1.** Diese Frage kann nicht beantwortet werden, da Ihr Vorhaben strafbar ist. 2. u. 3. Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft kann Ihnen jeder Arzt angeben. — **N. N. 19.** Rein. — **N. N. 100.** Nur die noch lebenden Invaliden haben eine Erhöhung ihrer Unterstützung erhalten. — **Streitfrage.** 1. Das Gebrauchsmuster will einem bereits vorhandenen Gegenstande eine erhöhte praktische Verwendbarkeit geben, während ein Patent einen neuen schöpferischen Gedanken schützt. 2. Beim Gebrauchsmuster dauert der Schutz 3 Jahre, kann aber bei Zahlung einer Gebühr vor Ablauf der Frist auf weitere 3 Jahre verlängert werden. Der Schutz eines Patents beträgt 15 Jahre. 3. Die Kosten für Gebrauchsmuster betragen 15 M., für Patentschutz 30 M., im zweiten Jahre 50 M., in jedem folgenden Jahre je 50 M. mehr. — **O. N. 100.** Rein. — **N. N. 12.** Sie haben beide Kirchensteuer zu zahlen. Der Betrag läßt

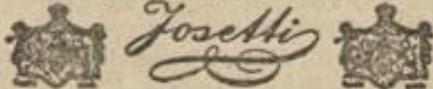
sich nur feststellen nach dem Maße der Staatseinkommensteuer, zu der Sie Mann veranlagt ist. — **G. N. 56.** Sie haben kein Anrecht auf Prozent Gewinnanteil, wenn Sie zu Recht ausgeschlossen sind und der Ausschluß schon gültig war zu der Zeit der Ablegung des Todes. Gerichtsurteile ähnlicher Art sind uns unbekannt. — **G. N. 61.** Gegen Vorlegung der Rechnungen ist die Krankenkasse zum Ertrag verpflichtet. — **N. N. 100.** Strafe. In Nr. 174 des „Vorwärts“, 1. Beiblatt, sind diese Fragen ausführlich behandelt. — **N. N. 83.** Wir würden empfehlen, in der Breslauer Kasse zu bleiben, da eine Berliner Kasse wohl kaum eine Frau in dem hohen Alter noch aufnehmen würde. — **N. N. 10.** 1. Balanzblatt der Militärärzte. 2. Hojmarjhallam. — **Seite 5.** 1. Nicht verbunden. 2. Rotationsdruck.



Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten:

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist unsere Sache. Eins nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke



tragen. Dafür zu sorgen ist Ihre Sache. Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten.

Die Marke *Josetti* ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke Josetti garantiert ist.

Josetti Juno 10 St. 20 Pf.
Josetti Vera 10 St. 30 Pf.



Baufirma Bestgen,

Bestehend aus 4 vierstörigen und 2 dreistöckigen Petrolmottentürmen, ferner 1 sechsstörigen Gasmotor, 6 Winden und 6 kompletten elektrischen Hochspannungsmotoren. Ist für den billigen Preis von 20 000 Mark bei geringer Anzahlung zu verkaufen.

Paul Bestgen, Stallherstr. 1.

Neubau Armin-Hallen

Kommandantenstraße 58/59.

Eröffnung am 1. Oktober 1907.

Festsaal verschiedener Größe, bis 1150 Personen fassend.

5 Vereinszimmer. 8 moderne Parkettfußbodenbahnen.

Gedr. Mielitz.

Nur noch kurze Zeit
dauert der

Grosse Ausverkauf

Steppdecken, Deutsche und Perser Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, Tischdecken, Läuferstoffe, Diwanddecken und Matten.

Wegen Umbaus und Hinzunahme der I. Etage muß das Lokal vollständig geräumt werden, und soll das Warenlager in Höhe von zirka 150 000 Mark auf das mindeste ausverkauft werden. Um dieses zu erreichen, sind die Preise effektiv zirka **40%** herabgesetzt und neben d. früheren deutlich vermerkt.

Teppichhaus B. Hurwitz

An der Stechbahn 1-2. **Rotes Schloß** vis-à-vis dem National-Denkmal.

Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingen die wertvollen Eigenschaften von Knorr's Hafermehl als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfall vorbeugende Kindernahrung.

Nähre mit „Knorr“.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 53588*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Konstruktionslehre.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Wir empfehlen:
Sozialdemokratie und Schule.
Von Heinrich Schulz. Preis 75 Pf., billige Ausg. 50 Pf.
Gott?
Gottglaube oder Atheismus?
Von J. Stern. Preis 20 Pf.
Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin?
Von Wally Zepler. Preis 10 Pf.
Der Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung.
Von Friedrich Kleels. Preis 1 M.
Sozialdemokratische Gemeindepolitik.
234/18* Seit 6.
Die städtische Regie.
Von Dr. H. Lindemann. Preis 40 Pf.
Expedition des „Vorwärts“.
SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Wegen Inventur und Geschäfts - Uebergabe bleibt mein Geschäft von heute den 8. bis incl. 16. August **geschlossen.**

Beginn des grossen Räumungs - Ausverkaufes:

Sonnabend, den 17., Vormittags, pünktlich 10 Uhr.

Rudolf Moses, Metzger Strasse 41.

Die neue Eisenbahnkatastrophe zwischen Tremessen und Gnesen.

Abermals kommt die Kunde von einem entsetzlichen Eisenbahnunglück. Auf einer der größten Verkehrslinien, Eydtsbahn-Vorlin, ist gestern am frühen Morgen ein Schnellzug entgleist. Die Zahl der Toten beträgt 8, außerdem sind 5 schwer und 5 leicht verletzt. Noch ist in aller Gedächtnis die furchtbare Eisenbahnkatastrophe bei Spremberg am 7. August vor zwei Jahren, die eine Anzahl Menschenleben forderte. In voller Fahrt waren damals zwei Schnellzüge auf einander gerannt. Der Schuldige wurde ein Stationsassistent, der den Nachzug übersehen hatte. Welcher Art die Ursachen bei dem letzten furchtbaren Ereignis sind, läßt sich bisher noch nicht feststellen. Eine amtliche Meldung über das Unglück lautet:

Von dem Schnellzug Nr. 52 sind heute nacht auf offener Strecke zwischen Tremessen und Gnesen beide Lokomotiven, Postwagen und vier Personenwagen entgleist. Acht Reisende sind tot, fünf schwer und, soviel bekannt, fünf leicht verletzt. Die schwer Verletzten sind im Krankenhaus Bethesda in Gnesen untergebracht. Zwei Zugbramen sind leicht verletzt. Beide Lokomotiven, Postwagen und zwei Personenwagen schwer, zwei Personenwagen leicht beschädigt. Die Untersuchung ist im Gange. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt; beide Gleise wurden stark beschädigt. Die D-Züge werden umgeleitet, der übrige Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich an Ort und Stelle begeben.

Die Unfallstelle liegt zwischen den Stationen Tasse und Tremessen. Der Zug hatte in Tremessen um 12⁰⁰ nachts knapp eine Minute vorfahrtsmäßig gehalten und war dann in der Richtung nach Gnesen weitergefahren. Vor Gnesen liegt, 8 Kilometer von dort entfernt, die Station Tasse, an der nur Personenzüge halten. Zwischen Tasse und Tremessen ist eine Entfernung von 7,8 Kilometer; auf dieser letzteren Strecke entgleiste der aus Thorn herankommende D-Zug 52 und stürzte die mehrere Meter hohe Böschung hinab.

Witterungsmeldungen zufolge soll die Entgleisung des Berliner D-Zuges darauf zurückzuführen sein, daß sich die Schienen und Eisenbahnschwellen auf der Station Tremessen infolge von Reparaturarbeiten gelockert hätten. Nach einer anderen Darstellung ist der Zug fälschlich über ein in der Reparatur befindliches Gleis gelassen worden. Er sollte das bereits wiederhergestellte passieren. Es wird angenommen, daß sich die Schienenschrauben an der Unfallstelle infolge der gestrigen Hitze gelockert hätten.

Schilderung eines Augenzeugen.

Von einem Augenzeugen, der von Gumbinnen über Posen nach Breslau fahren wollte, geht dem „Berl. Tagebl.“ folgende Schilderung der Katastrophe zu: Ich war eben etwas in meinem Coupé eingeschlafen, als ich durch einen jähen Ruck aufgerissen wurde. Es erfolgte ein lautes Krachen, ein Dröhnen und Klängen des gesamten Zuges. Dann eine atemlose Stille. Die zweite Maschine des D-Zuges explodierte bei der Entgleisung. Die der Maschine nachfolgenden fünf Wagen fuhren ineinander und zermalnten alles, was sich in ihnen befand. Zwei Hilfszüge sind eingetroffen. Der Zug bestand aus 44 Wägen. Unter den Verunglückten befinden sich mehrere Kinder, die vom Ferienurlaub nach Hause reisen wollten. Die Ursache der Katastrophe wird der übergroßen Fahrgeschwindigkeit auf der im Umbau befindlichen Strecke zugeschrieben. Es spielten sich herzzerreißende Szenen ab.

Die Opfer der Katastrophe.

Die Namen der bei dem Eisenbahnunglück bei Tremessen getöteten Personen sind nach amtlicher Meldung folgende: 1. Kadett Graf Heine v. Kaiserlingk; 2. Kadett Graf Gilla v. Kaiserlingk aus Mitau; 3. Hauptmann Sodow, russischer Topograph und Ingenieur; 4. Fürst von Konstantin Alexander Wogotow aus Petersburg; 5. Julius Isak, Reisender bei Hoppenheim-Berlin; 6. Abramowitsch, Kaufmann, Wohnort unbekannt; 7. dessen Frau und 8. dessen Kind. Schwerverletzt sind: 1. Distriktskommissar von Henning aus Ostrowo; 2. Geheimreferendar Sekretär Kracke im Finanzministerium aus Charlottenburg; 3. Moriz Feiglin aus Petersburg; 4. Heizer Veyer aus Gnesen. Als Ursache der Katastrophe ist starke Auskofferung als Vorbereitung zum Gleisumbau, der nach Durchfahrt des Zuges 52 fortgesetzt werden sollte, anzunehmen.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die General-Versammlung des Verbandes findet am

Sonntag, den 11. August, 12 Uhr mittags, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29, statt.

Die Legitimationskarten für die Delegierten sind den Kreiswahlvereinen bereits zugegangen.

Die Denkschrift der Proskommission (über die Verbilligung des „Vorwärts“ und Einführung des Wochenabonnements) wird heute an dieselben Adressen, welche das Mitteilungsblatt erhalten, versandt und ersuchen wir die Bezirksführer die Proskuren von dort abzuholen und den Delegierten sofort je ein Exemplar zur Information zu übermitteln.

Die Versammlungen, welche sich mit dem Essener Parteitag, der Brandenburger Provinzialkonferenz und Wahl der Delegierten zu beiden Veranstaltungen beschäftigen, finden in den sechs Berliner Wahlvereinen am Dienstag, den 13. August, statt, die Lokale werden am Sonntag im „Vorwärts“ bekannt gegeben.

Mittwoch, den 14. August, ist der fällige Zahlabend für Groß-Berlin.

Der Aktionsausschuß.

Wahlverein Eichwalde. Am Sonntag, den 11. August, von nachmittags 3 Uhr ab Sommerfest im „Waldschloßchen“ (Witte) in Eichwalde. Bei gutem Konzert sowie Gesangsvorträgen des Gesangsvereins „Kreuzberger Harmonie“ (Berlin) verspricht gemüthliche Stunden und erwartet zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Zeigel. Sonntag, den 11. August, findet in Krapps Festsälen das diesjährige Sommerfest des Wahlvereins statt. Spezialitäten-

aufführungen, Konzert, Ball, Kinderfahrgelug usw., Reigenfahrten des Radfahrervereins „Kette“-Zeigel sorgen für Unterhaltung. Die Kaffeefläche steht den verehrten Damen von 2 Uhr an zur Verfügung. Eintrittskarten sind an der Kasse zu haben. Das Komitee.

Hohen-Neuendorf und Stolpe. Der Diskutierabend des Wahlvereins findet diesmal schon am Sonnabend, den 10. August, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal der Witwe Bergemann in Stolpe statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Der soziale Fortschritt und — die „einzigen Steuerzahler“.

In Hamburg sind in diesen Tagen Vertreter des Hausagrarierturns aus allen Teilen des Deutschen Reiches versammelt, um auf ihrem „Verbandstag des Zentralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands“ darüber zu beraten, wie man der bitteren Not der armen Hausagrarier abhelfen könne. Den Vorsitz führt ein Berliner, der Stadtverordnete Fährndrich. Dieser Herr Fährndrich wird künftig bei den Hausagrarier das Amt des Verbandsdirektors bekleiden, das der Verbandstag jetzt ihm übertragen hat. Herr Fährndrich-Vorlin avanciert hiermit zum Nachfolger des vielgenannten bisherigen Verbandsdirektors Baumeister Hartwig-Dresden, der wegen Krankheit sein Amt niedergelegt hat. Nur der Verband der Hausagrarier Deutschlands darf fortan „ihnen, einen waschechten Berliner Kommunalfreiwilligen an seiner Spitze zu haben.

Der Nachweis der Befähigung, einen Hartwig zu ersetzen, war von dem neuen Verbandsdirektor längst erbracht worden, so daß er nicht nötig gehabt hätte, ihn jetzt aus neue zu erdringen. Er hat das aber dennoch getan, und zwar in der Ansprache, mit der er als Vorsitzender des Verbandstages die Teilnehmer begrüßte. In der üblichen Notstandsrede, die er seinen verständnisvoll lauschenden Gefinnungsfreunden vortrug, gedachte er speziell der Reichshauptstadt Berlin, deren nothleidende Hausagrarier ihm ja ganz besonders am Herzen liegen müßen. Herr Fährndrich erzählte seinen Leidensgefährten, im Interesse der „unteren Klassen“ seien immer neue soziale Wohlfahrtsanstalten geschaffen worden. Durch sie seien aber auch immer neue Steuern nötig geworden, und da habe man dann immer mehr „einen einzigen Steuerzahler“ belastet, den Hausbesitzer. In Berlin habe man die Umsatzsteuer erhöht, sodann aber sei man auch auf die vermaledeite Wertzuwachssteuer verfallen, die den „einzigen Steuerzahler“ noch weiter belasten solle. Der zum neuen Verbandsdirektor der Hausagrarier ausersehene Herr Fährndrich äußerte seine Befriedigung darüber, daß viele Gemeindevvertretungen sich kräftig gegen diese Steuer gewehrt haben, und daß es in manchen Städten tatsächlich gelungen sei, ihre Einführung zu verhindern. Er sprach schließlich die Hoffnung aus, daß auch in Berlin das noch gelingen werde.

Im Hinblick auf diese hoffnungstreudigen Ausführungen, die von den versammelten Hausagrarier mit begeistertem Beifall aufgenommen wurden, verdient eine Mitteilung beachtet zu werden, die Herr Fährndrich im ersten Teil seiner Ansprache dem Verbandstag machte. Er bedauerte, daß häufig Mitglieder von Magistratskollegien, nur um nicht sozial rückständig zu erscheinen, Maßnahmen billigen, die sie gar nicht für wünschenswert halten. Durch einen Druck von oben und von unten würden sie hierzu verleitet. Herr Fährndrich, der freisinnige Stadtverordnete von Berlin, kennt natürlich sehr genau die Stimmung, die im Berliner Magistratskollegium herrscht. Offenbar hat er bei diesen Ausführungen auch in erster Linie auf den Magistrat der Reichshauptstadt anspielen wollen. Was der „Druck von oben“ bedeuten soll, ist nicht recht klar. Wir wüßten nicht, daß von „oben“ die Berliner Kommunalverwaltung jemals eine Anregung erhalten hätte, den sozialen Fortschritt zu fördern. Mit dem „Druck von unten“ meinen die Hausagrarier und ihre gutfeinsinniger neuer Verbandsdirektor die Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Kommunalverwaltungen, die dem Liberalismus ebenso unbehagen ist wie dem Hausagrarierturn.

Herr Fährndrich kennt noch besser als die Stimmung unschwer Magistrats die Anschauungen und Wünsche der freisinnig-hausbesitzerfreundlichen Stadtverordnetenmehrheit, zu der er selber gehört. Den sozialen Fortschritt „mal zu fördern, dafür sind auch freisinnige Stadtverordnete höchstens dann zu haben, wenn sie es für ratsam halten, sich nach außen hin nicht allzu rückständig zu zeigen. Wir denken hier nicht an Wiederwähler, wie Herr Fährndrich einer ist. Diese Menschenforie hält es längst nicht mehr für nötig, ihre soziale Rückständigkeit noch irgendwie zu bemänteln. Es gibt aber eine gewisse Spezies von Freisinnigen, die bei all ihrer sozialen Rückständigkeit angänglich noch den Schein zu wahren suchen, daß sie den sozialen Fortschritt wollen. Bei Stadtverordnetenwahlen sind diese Kommodianten dem Berliner Freisinn unentbehrlich, wenn er vor die Wähler der dritten Abteilung hintreten und um deren Stimmen werben muß.

Auf dem Standesamt. Schon des öfteren haben wir an dieser Stelle Beschwerde darüber geführt, daß das Publikum auf diesem oder jenem Standesamt im Kaisermenton angehäuft wird. Diesmal ist es das Standesamt Genthinerstr. 4, worüber uns eine Klage zugeht. Der in Betracht kommende Standesbeamte ist ein Herr Driesemann. Vor einigen Tagen hatte der bis dahin Kulmsr. 13 wohnende Herr Driesemann, der bis dahin Kulmsr. 13 wohnt, die Wohnung des Standesbeamten in der Zone angefahren, ob er nicht deutlich verstände. Wie der Beamte zu dieser Frage kommen konnte, ist unverständlich, denn Sch. versteht nicht nur, sondern befrechtigt sich sogar eines guten Deutsch. Indes, wenn dem auch nicht so wäre, so kann es nicht die Aufgabe eines Standesbeamten sein, mit dem Publikum in dieser Weise herumzuspringen. Das Standesamt ist kein Ort, an welchem der Unteroffizierturn dominiert, sondern in ein der Würde des Amtes entsprechendes Form das Publikum abgefertigt werden sollte.

Im städtischen Familienobdach wurden am 1. Juli d. J. 29 Familien mit 97 Köpfen und außerdem 84 Männer und 69 Frauen beherbergt; am 1. d. Mts. nur noch 13 Familien mit 65 Köpfen, sowie 80 Männer und 34 Frauen. Im Laufe des Juli kamen

56 Familien hinzu, während 72 Familien anderweit ein Unterkommen fanden. Die Frequenz im nächtlichen Obdach belief sich im Juli d. J. auf 27 914 Personen, darunter 821 Frauen. Von diesen wurden 114, darunter 5 Frauen Krankenanstalten und 375 Personen, darunter 17 Frauen der Polizei überwiesen. Bäder wurden an 9316 Personen verabreicht.

Mit der Fernphotographie nach dem Systeme Prof. Korn wurden Dienstag abend in der Ausstellungshalle am Zoologischen Garten neue Versuche angestellt. Ein einleitender Vortrag des Assistenten Prof. Korn, des Herrn Dr. Gayel, der die hiesige Station leitet, gab einen Ueberblick über die Vorgeschichte und die Technik der Fernphotographie. Im Prinzip war sie gelöst, nachdem es gelungen war, für die Lichtwellen korrespondierende elektrische Wellen und umgekehrt mit Hilfe des Selen einzuleiten. Das Selen wird beinahe ausschließlich für Elektrizität in dem Grade der Lichtbestrahlung leitend. Es genügt also, auf der Geberstation durch einen Film (Diapostiv) Licht zu senden, das mittels einer Selenzelle entsprechende elektrische Ströme zur Leitung bringt. Diese passieren in der Empfängerstation wieder eine Selenzelle, die entsprechende Lichtwirkungen auf einen anderen Film auslöst. Die Fernphotographie wurde durch verschiedene Verbesserungen Prof. Korns, vor allem durch den Selenkompensator, der die Selenzelle überwindet, aus einem Laboratoriumsobjekt zu einer praktisch brauchbaren Erfindung. Mittels des Projektionsapparates vorgeführte Fernphotographien bewiesen, wie genau und scharf der Apparat bereits zu arbeiten vermag. Die Entfernung spielt dabei keine Rolle. Zur Fernleitung wird die Telephonverbindung benutzt, die gleichzeitig ohne weitere Störung telephonischen und fernphotographischen Zwecken dienen kann. Für die Experimente, die nach dem Vortrage vorgenommen wurden, stand ein Draht der Telephonverbindung Berlin-München zur Verfügung. Nach telephonischer Verständigung mit der Münchener Station, die sich in der Universität befindet, wurden der Münchener und Berliner Apparat gleichmäßig eingestimmt und dann begann München eine Photographie nach Berlin zu übermitteln. Man sah den Empfängerapparat in Tätigkeit; je nach den elektrischen Reizen, die der Selenzelle von München übermittelt wurden, öffnete und schloß sich der Lichtverschluß und wurde der rotierende Film belichtet. Nach 12 Minuten war die Photographie übermitten. Man kann auch bereits in 6 Minuten fernphotographieren. Die Bilder werden aber dann größer. Da Gewitter die Leitung störten, gelang das erste Bild nicht recht. Erst ein zweiter Versuch führte zu besseren Resultaten. Atmosphärische Störungen sind noch ein Haupthindernis dieser Erfindung, die zweifellos eine große Bedeutung hat.

Dreizeh Schaulakenmarder haben in der vorgefrigten Nacht in der Potsdamerstraße gehaust. Die frechen Wurschen zertrümmerten die große Schaulakenstube des Optikerlabors von Schuler in der Potsdamerstraße 131 und stahlen von den Auslagen eine größere Anzahl Operngläser sowie Optikerwaren im Gesamtwerte von etwa 1000 M. Trotz des starken Verkehrs, der in der fraglichen Gegend des Nachts zu herrschen pflegt, wurde von dem ganzen Vorgang nichts bemerkt.

Ein schwerer Unfall ereignete sich Dienstag nachmittag vor dem Hause Kottbuserdamm 24. Der Schlosser Ernst Döschler, Friedlstraße 30 wohnhaft, versuchte vor dem genannten Hause, auf einem Ameitabe fahrend, das Straßenbahngeleis zu kreuzen und fuhr dabei fälschlich gegen die Vorderplattform eines Motorwaggons der Straßenbahnlinie 47 (Niederschönhausen-Bez.) D. wurde zur Seite geschleudert und stürzte so unglücklich, daß er schwere innere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde in beunruhigendem Zustande nach dem Krankenhaus Am Urban übergeführt.

18 Grad Celsius sind am Dienstag als mittlere Lufttemperatur ermittelt worden, die größte Hitze in diesem Sommer. Auffälligerweise trat jedoch bereits um 2 Uhr nachmittags ein starker Rückschlag in der Tagestemperatur ein, der innerhalb zwei Stunden fünf Grad betrug. Diese ungewöhnliche Erscheinung sieht jedenfalls im Zusammenhang mit schweren Gewittern, die in der Mittagsstunde in der Provinz Sachsen niedergingen und dort eine rapide Abkühlung herbeiführten. Durch den Südwind wurde und bald die abgekühlte Luft zugeführt und dadurch der schnelle Temperatursturz veranlaßt.

Beim Baden ertrunken. Vor einigen Tagen ist der achtjährige Knabe Fritz Ladewig, Goldenerstraße 55 wohnhaft, in dem an der Banlower Grenze an der Binzigstraße liegenden Tümpel ertrunken. Dieser Tümpel ist durch die vielen Regenfälle sehr angeschwollen und für Kinder äußerst gefährlich. Der Kleine hatte sich beim Baden zu weit gewagt und ertrank. Im weiteren Unglücksfällen vorzubeugen, erwächst für die Eltern die Pflicht, ihren Kindern das Baden in dem Tümpel zu verbieten und für die Beamten die Aufgabe, die Kinder von demselben fernzuhalten.

Der Plan zur Errichtung eines Lokalverkehrs der Spree scheint nunmehr endgültig gescheitert zu sein. Bekanntlich hatte zuerst die „Stern“-Gesellschaft die Absicht gehabt, eine Lokalfahrt einzurichten, doch zerlegten sich die diesbezüglich angestrebten Unterhandlungen, weil die Polizei es ablehnte, eine angewiesene Einfahrt des Schlepperverkehrs für die die Spree befahrenden Jollen anzuordnen. Bei der gegenwärtigen Schiffsfahrtsordnung aber erschien der Passagierverkehr schon deshalb ausgeschlossen, weil bei den Durchfahrten unter den Brücken zu häufig Störungen herbeigeführt werden würden. Dann hat eine Hamburger Verkehrs-gesellschaft den Plan wieder aufgenommen und unternehm am Versuchsfahrt mit einem Dampfer auf der Strecke Mühlendamm-Salause-Roabit. Diese hatten sich aber aus den oben erwähnten Gründen nicht bewährt und da auch die Verwendung kleinerer Dampfer und Motorboote bei der ständig wachsenden Verkehrszunahme an Lastzügen für den Passagierver. nicht geeignet erschien, hat auch diese Gesellschaft das Projekt aufgegeben.

Zu dem Massenüberfall in der Sonntagnacht teilen uns einige Laubentkolonisten an der Koloniestraße mit, daß die 15-20 Wurschen bereits wegen tumultuarischen Auftretens aus einer Gastwirtschaft gewiesen worden seien. An der Koloniestraße respelten sie einige junge Leute, die von der Kolonie kamen, an. Dieselben flüchteten, von den Nowdys verfolgt, nach dem Laubengelände zurück. Bereits am Eingang seien die wechselnden Leute, hierbei auch der 19 jährige Albert, lebensgefährlich verletzt worden. Die erst jetzt durch den Tumult herbeigelockten Kolonisten brachten den Schwerverletzten in einer Laube unter und sorgten für einen Krankenwagen, der den halb Bewußtlosen nach dem Virochow-Krankenhaus brachte. Daß zu dem Vorgang ein Mädchen die Veranlassung gegeben habe und nachher Hilfe herbeigerufen hätte, treffe nicht zu. Ebenso treffe nicht zu, daß, wie bürgerliche Blätter gemeinbet, sich auf der Kolonie recht fragwürdige Elemente herumtrieben. Diese würden sich die Kolonisten schon vom Halle zu schaffen wissen.

Die Gesellschaft für Elektrische Hoch- und Untergrundbahnen hat zur Entlastung ihres Bahnhofs am Halleschen Tor den Verkauf von Fahrkarten der Firma A. Jandorf u. Co., Velle-Alliancostraße 1/2, übertragen.

Straßensperrungen. Die Leipzigerstraße vom Potsdamerplatz bis zum Ende des Leipzigerplatzes ist behufs Vornahme von Bauarbeiten für den Tunnel der Untergrundbahn Potsdamerplatz-Spittelmarkt bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Während der Dauer der Sperrung geht der Fuhrwerkverkehr über die nördliche und südliche Umfahrt des Leipzigerplatzes. Gleichfalls gesperrt wird die Neue Königstraße von der Meyerbeerstraße bis zur Friedenstraße behufs Umpflasterung vom 12. d. M. ab bis auf weiteres.

Die Bevölkerungszahl Berlins stellte sich, nach den Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes, am 1. Juli auf 2 089 923 Personen. Sie war hiermit um 1876 niedriger als am 1. Januar. Im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1907 ist die Bevölkerungszahl abnehmend gestiegen und herabgegangen, wieder gestiegen und aufs neue herabgegangen. Dieses Auf und Ab zeigt sich zwar alljährlich, aber das Endergebnis der ersten Jahreshälfte ist meist doch ein Plus. So hatte das erste Halbjahr von 1906 den recht beträchtlichen Zuwachs von 17 627 Personen gebracht, trotz aller Schwankungen. Diesmal aber ist ein Minus herausgekommen. Man kann nicht sagen, daß es in diesem Jahre an Geburtenüberschuss gefehlt hätte. Er ist sogar ziemlich hoch, aus den ersten sechs Monaten sind um 9018 mehr Geburten als Sterbefälle gebucht worden. Diese Zahl wird aber reichlich aufgewogen durch einen bedeutenden Leberüberschuss an Wegzügen. Das statistische Amt nimmt an, daß um 10 894 mehr Weggezogene als Zugezogene in Rechnung zu stellen sind. Mehr lehrreich ist es nun, hierbei die männliche und die weibliche Bevölkerung getrennt zu betrachten. Für 1. Juli stellte sich die männliche Bevölkerung auf 1 010 268 Personen, die weibliche auf 1 079 655 Personen. Vom 1. Januar bis zum 1. Juli hat die weibliche Bevölkerung sich noch um 1581 Personen vermehrt. Desto stärker hat dafür die männliche Bevölkerung sich vermindert, um 2907. Der Geburtenüberschuss war bei der männlichen wie bei der weiblichen Bevölkerung nahezu derselbe, dort 4621, hier 4497. Dafür betrug aber der Wegzugsüberschuss bei der männlichen Bevölkerung 7428, während er sich bei der weiblichen Bevölkerung auf nur 2968 stellte. Eine Hauptursache dieses Mehrwegzuges männlicher Personen liegt in den großen Bewegungen, die der Winter und das Frühjahr uns gebracht haben.

Zu dem Automobilunfall auf dem Wittenbergplatz teilt uns der Chauffeur des Wertheimischen Geschäftsautomobils mit, daß er, bevor das Unglück passierte, langsam gefahren ist.

Feuerwehrbericht. Gestern früh kam im Hotel de Rome, Unter den Linden 39, Ecke der Charlottenstraße, Feuer aus. Es brannte der Dachstuhl. Der 19. Zug besetzte die Gefahr schnell. Vor dem Hause Lindenstraße 44 wurde ein Kutscher überfahren und schwer verletzt. Ein Radfahrer war unter seinen Wagen geraten, der Kutscher stieg ab, um den Radfahrer zu befreien. Als er neben seinem Wagen stand, wurde er von einem vorbeifahrenden Wagen der Firma Degner erfasst und kam unter die Räder. Der Mann mußte nach dem Urban-Krankenhaus geschafft werden. Er soll mehrere Rippenbrüche haben. Der Radfahrer kam mit leichten Verletzungen davon. In der Eisenbahnstraße 40 brannte Schwefel und anderes, in der Artilleriestraße 48 eine Wohnung. Auf dem Roabiter Güterbahnhof stand eine Loke mit Kohlen in Flammen. Ferner hatte die Behr in der Chauffeurstraße 86, Wilsonstraße 86, Meimstraße 84, Wienerstraße 10 und anderen Stellen zu tun.

Der Zoologische Garten hat seine zurzeit aus etwa 70 Arten bestehende Sammlung von Nagetieren um zwei merkwürdige Formen vermehrt. Zu dem nordamerikanischen kurzschwänzigen Baumstachelschwein, dem Arizon, sind jetzt noch zwei brasilianische Verwandte hinzugekommen, die, beide mit einem langen Greifschwanz ausgestattet, sich leicht dadurch unterscheiden, daß bei dem wolgigen Baumstachler die Stacheln von dichtem Wollhaar umgeben und fast verdeckt sind, während bei dem Greifstachler das Stachelkleid unberührt zutage tritt. Durch den eigenartigen Bau der Nase und der Klammerrufe sind diese kletternden Stachelschweine noch besonders interessant.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Erntefest in den Rixdorfer Lauben.

Ein ungemein frühliches Kräusen herrschte am letzten Sonntag in den Laubengärten, die, durch die intensive Bautätigkeit der letzten Jahre allerdings schon weit zurückgedrängt, sich von Rixdorf bis Treptow erstrecken. Die Laubenkolonisten feierten „Erntefest“, und dabei pflegt es stets hoch herzugehen. „Erntefest?“ wird mancher fragen; „was wird da viel zu ernten sein!“ Allerdings, wenn man die winzigen Partellen der einzelnen Besitzer sieht, schrumpft die Vorstellung, die man sonst bei der Bezeichnung „Ernte“ hegt, erheblich zusammen. Und doch wird geerntet im wahren Sinne des Wortes, und wenn Mutter die ersten selbstgezeugenen Kohlstrahl in der dampfenden Schüssel auf den Tisch stellt, ist auch dem leisesten Zweifel der Boden entzogen. Nebenbei nicht zu vergessen: Kartoffeln, Erbsen, Bohnen, Mödchen, Gurken, Kürbisse und anderes mehr wird dem spröden, sandigen Boden unter Aufwendung von viel Schweiß und Mühe in den wenigen Ruhestunden abgerungen. Und wenn der Besitzer dann die reibliche Arbeit reichlich gelohnt sieht und inmitten seines kleinen, blühenden und reifenden Feldes mit Stolz das gelungene Werk betrachtet, so ist diese Freude vollumfänglich berechtigt. Besonders in diesem ungünstigen Sommer hat er so manche bange Stunde durchlebt. Aber trotz alledem geht der Humor diesen kleinen Landwirten nicht aus. Am Sonntag, nachdem der Wettergott ein etwas freundlicheres Gesicht aufgezeigt hatte, schwamm alles in eitel Lust und Freude. Die Lauben waren mit unzähligen bunten Fähnchen und Papierlaternen geschmückt, und Männer, Frauen und Kinder hatten sich farbige Papiermützen fast aufs Haupt gedrückt. Viele waren malerisch maskiert und brachten ihre Kostüm zur Geltung, indem sie gravitätisch durch die Reihen stolzierten. Auch ein Gendarm war da, der ab und zu einen „verschleierte“ und zum Laubendubler brachte. Letzterer nahm sich selbstverständlich des Arrestanten mit gewohntem Eifer an. Ueberall drehte sich Alt und Jung nach den fernen Klängen der Musik, und in die schmetternden Weisen mischte sich der ungewohnte Jubel der Kinder.

Nach und nach senken sich die Schatten des Abends über den Festplatz, und nun entwickelte sich ein prächtiges, fesselndes Bild. All die vielen bunten Lampen wurden angezündet und gongelten und wiegten in der Luft und dazwischen prasselten zischend und sprühend brennende Feuerwerkskörper durch das nächtliche Dunkel. Erst in später Abendstunde erreichte das Fest sein Ende. Die Teilnehmer rüsteten sich in froher Stimmung zum Aufbruch, um noch einige Stunden der Ruhe zu pflegen, bis die frühe Morgenstunde zu hacter Fron und Arbeit lief.

So trotz das arbeitende Volk selbst den kleinsten und engsten Verhältnissen noch ein Stückchen Feste ab und erhebt sich, wenn auch nur für einige Stunden aus dem ewigen Einerlei des Alltags, um sich zu stärken und zu rüsten für den Kampf um eine bessere, glücklichere Zukunft!

Wie lange aber wird es dauern, und hohe, nächtliche Lichter werden an Stelle der Laubengärten entstehen, und hinten im engen, düsteren Hofe wird man ein Rasenrondell anlegen, auf das der Eigentümer, der meist mit einer ungläublichen Phantasie begabt ist, auf seinen Vermietungsplakaten „helle, freundliche Gartenwohnungen“ anpreisen kann.

Noch einen langen Blick werfen wir zurück und „Behmut schleicht uns ins Herz hinein“.

Im Teufelstanz liegen düster und schweigend lange Lastkähne. Ein alter Schiffer spielt, die Augen andächtig geschlossen, auf einer Ziehharmonika. Ein kleiner weißer Spitz liegt zusammengerollt wie ein Fasel neben ihm und träumt von einem schönen, süßigen Knochen, durch das monotone, schläfrige Geplätscher der Wellen klingt es weich und schwermütig: „Denst Du noch an die frühe Zeit? Lang, lang ist's her —!“

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge hat gestern in der Hermannstraße stattgefunden. Ein Motorwagen der Linie 28 fuhr von hinten kommend gegen einen Straßenbahnzug der Linie 29 auf und zwar mit solcher Gewalt, daß an beiden Wagen schwere Beschädigungen entstanden. Einige der Fahrgäste wurden durch umherfliegende Glassplitter der zertrümmerten Fenster Scheiben im Gesicht und am Kopfe erheblich verletzt.

Schöneberg.

Die Kinderferienausflüge, welche wie im vorigen so auch in diesem Jahre von Parteigenossen unseres Ortes veranstaltet worden sind, nähern sich mit dem bevorstehenden Schluß der Ferien ihrem Ende. Der Zweck derselben, nämlich unsere Kinder in den paar Wochen bei fröhlichem Spiel draußen in der freien Natur wenigstens für kurze Zeit des Lebens Sorg' und Mühen, die gar zu früh schon auch an die kleinen Proletarier heranreten, vergessen zu lassen, konnte bei den zur Verfügung stehenden knappen Mitteln, die unsere Genossinnen und Genossen im Interesse der Sache aufgebracht hatten, nur einem verhältnismäßig geringen Teil der kleinen Schar zuteil kommen. Immerhin war es möglich, durchschnittlich rund 200 Kinder pro Tag zu Lust und Spiel hinaus in den Grunewald zu befördern. Freitag, den 9. August, ist nun Schlußtag der Ausflüge; an diesem Tage versammelten sich „unsere Ferienkolonisten“, um für diese Jahre Abschied von einander zu nehmen. In dem fröhlichen Gefühl, sich wohlgeföhlt und vergnügt gemacht zu haben, wird manches der Kleinen sich von seinen Spielgefährten trennen mit der Hoffnung im Herzen: „Auf Wiedersehen im nächsten Jahr!“ — Genossen, die noch im Besitz von Sammelkarten sind, werden ersucht, dieselben nunmehr abzurechnen. —

Ober-Schöneweide.

Der Abschluß der Kinderspiele findet am Sonntag, den 11. d. M. statt. Gekloppt wird wie gewöhnlich auf dem Spielplatz an der Adenider Chauffee. Da in diesem Jahre keine Spielpartie gemacht wird, soll den Kindern durch Belustigungen aller Art ein Ersatz für die Partien geboten werden. Bei anbrechender Dunkelheit mit brennenden Stocklaternen Juridmarisch zu den Sammelplätzen. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder an den Spielen teilnehmen zu lassen und selbst eingeladen.

Röpenitz.

Durch ein bissiges Pferd rufschickl zugerichtet wurde Dienstag abend der 42jährige Kutscher Wilhelm Ragnow, der in einem Fuhrgeschäft in der Schloßstraße beschäftigt war. J. hatte eines der Pferde pugen wollen. Als der Kutscher die Vorderbeine des Pferdes reinigte, schnappte dieses plötzlich zu und biß dem J. ins Gesicht. Der Unglückliche wurde sichtlich zugerichtet. Die Unterlippe, das Kinn und ein Teil des Baums waren fortgerissen worden. In bedenklichem Zustande wurde der Schwerverletzte nach dem Krankenhaus in Orly gebracht.

Weißensee.

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern nachmittag ereignet. Der Kutscher Hermann Wäsche, Gartenstr. 1, hatte eine Fuhr Korn aufgeladen, um sie nach der Scheune seines Herrn zu schaffen. Auf dem Wege zur Scheune mußte das hochbeladene Gefährt einen kleinen Abhang passieren. Durch den schweren Wagen vorwärts getrieben, legten sich die Pferde an der gefährlichen Stelle in schnelle Bewegung und P., der oben auf dem Erntewagen gesessen hatte, rutschte infolge der heftigen Erschütterung nach vorn ab und stürzte unglücklichweise unter das Gefährt. Die Räder gingen dem Bedauernswerten über Kopf und Brust hinweg, so daß der Tod auf der Stelle herbeigeführt wurde.

In der am Dienstag abgehaltenen Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Grunwald-Friedenau über den bevorstehenden Parteitag. Das Einverständnis der Versammlung mit seinen Ausführungen zu der bis jetzt festgesetzten Tagesordnung wurde die Mehrheit erörtert, und gewünscht, daß der Parteitag keine Verschlechterung derselben, sondern die Arbeitsruhe noch mehr denn je beizubehalten möge. Ferner gelangte folgender Antrag zur einstimmigen Annahme: „Der Parteitag möge beschließen, zwecks besserer Bildung der Landarbeiter allmonatlich eine Agitationschrift zur Kreisverteilung auf dem Lande herauszugeben.“ — Weiter entwickelte Genosse Fuhrmann einen gefaßten Plan zur Verbesserung der örtlichen Agitation. Hiernach wird der Wahlverein gemeinsam mit dem Gewerkschaftsverein zwecks Ausbildung tüchtiger Genossen arbeiten. Auch sollen die einzelnen Abteilungen noch verkleinert werden. Bezüglich des Lebens der Parteipresse entspann sich ebenfalls eine kurze Debatte, in welcher die Genossen aufgefordert wurden, mehr wie bisher für den „Vorwärts“ zu agitieren.

Friedrichshagen.

In der Notiz vom Dienstag: „Mit dem Revolver bedroht“ ist eine Druckstempelverwechslung enthalten. In dem Satz: „Als B. erwiderte, daß er bisher von ihm nichts gewollt habe, forderte ihn W. auf usw.“ muß es heißen, forderte ihn R. auf.

Nowawes.

Eine neue Methode, bestimmte Maßregeln in der Gemeinde zur Durchführung zu bringen, ohne erst die maßgebenden Instanzen hierüber zu befragen, scheint der Gemeindevorstand in Nowawes einführen zu wollen. Es wird darüber folgendes berichtet: Bei der Zusammenlegung der Gemeinden Nowawes und Neuendorf im April dieses Jahres wurde unter anderem auch eine Reorganisation des Fortbildungsschulwesens in die Wege geleitet. Während die Lehrlinge, welche in Neuendorf arbeiteten, früher von einem Fortbildungsschulbesuch befreit waren, da Neuendorf sich bei seiner rückschrittlichen Verwaltung nicht dazu aufschwingen konnte, ein derartiges Institut zu errichten, mußten diese nun ebenfalls an dem Unterrichte teilnehmen. Die Unterrichtszeit, welche bisher von 7—9 Uhr abends währte, wurde in die Stunden von 5—7 Uhr verlegt. Dieser vernünftige Beschluß erregte natürlich die heile Entrüstung sowohl der Großindustriellen als auch der kleinen Unternehmer, welche die Interessen des heiligen Profits aufs schwerste bedroht glaubten, da sie an den Schultagen die jugendlichen Arbeiter einige Stunden vor der sonst üblichen Arbeitsbeendigung entlassen mußten. Der Verein für Handel und Gewerbe und die Fabrikbesitzer wurden bei der höheren Aufsichtsbehörde vorstellig, um eine Verlegung der Unterrichtsstunden in die späteren Abendstunden zu erreichen. Die Regierung veranlaßte darauf eine Zusammenkunft der Unternehmer, welcher der Kreis-Schuldirektor und der Gemeindevorstand beizuhöhen. In dieser Sitzung wurde man sich darüber einig, die Unterrichtsstunden wieder in die Zeit von 6—8 Uhr zu verlegen, da sich der Kreis-Schuldirektor gegenüber den Wünschen der Unternehmer, die Unterrichtszeit noch weiter hinauszuschieben, ablehnend verhielt. Anstatt nun diesen Beschluß dem Vorstand der Fortbildungsschule vorzulegen, erließ der Gemeindevorstand einfach eine Bekanntmachung, laut welcher nach den großen Ferien die veränderte Schulzeit mit Genehmigung des Ministers des Innern in Kraft tritt. Dieses Verfahren wird allerdings dadurch verständlich, als der Gemeindevorstand wahrte, daß diese Maßregel im Schulvorstand auf Widerspruch stoßen würde, da ja auch ein Sozialdemokrat in dieser Korporation sitzt. Und da eine Opposition immer etwas Unangenehmes an sich hat, so schiebt man den Schulvorstand einfach beiseite. Wegen ein derartiges Verfahren muß aufs schärfste protestiert werden, um eine Wiederholung und eine Ausdehnung desselben auf andere Bezirke zu verhindern. Wenn wir auch keinen Zweifel darüber hegen, daß der Schulvorstand in seiner Mehrheit dem vorgenannten Beschluß zugestimmt hätte, so müssen wir doch verlangen, daß bei derart wichtigen Fragen nicht nur der eine Teil der Interessenten, die Unternehmer, sondern auch der andere Teil, die Arbeiter, gehört werden, denn deren Söhne sind es doch, die unter solch reaktionären Beschläüssen zu leiden haben. Daß die Verlegung der Schultunden in die spätere Abendzeit mit den Grundfäden einer vernünftigen Pädagogik im Widerspruch steht, be-

darf keiner längeren Erörterung. Jedenfalls hat der Gemeindevorstand gezeigt, daß ihm die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter höher steht als eine gebiegene Fortbildung unseres Nachwuchses.

Kossen.

Am Sonntag, den 11. August, hält der Arbeiterturnverein sein Sommerfest bei Schinke, Paruthstr. 10, ab. Der Vorstand des Wahlvereins bittet die Genossen, sich daran zahlreich zu beteiligen. Nachmittags 8 Uhr beginnt der Festzug durch die Stadt nach dem Festlokal. Festkarten sind zu haben beim Genossen Rasow, Berlinerstraße 4.

Gerichts-Zeitung.

Die Klage der Konfektionsfirma S. Böhm gegen den Vorstand des Schneiderverbandes und den „Vorwärts“ wegen des Boykotts zur Verteilung der Heimarbeit wurde gestern in der Berufungsinstanz vor dem zweiten Referenten des Kammergerichts verhandelt. In der Urteilsbegründung wird erklärt:

„Das Gericht hat angenommen, daß die Klageaufstellung an Range zu Recht erfolgt ist. Wenn dem Entsch. des Reichsgerichts in ähnlichen Fällen im weitesten Maße gefolgt wird, so leitet sich daraus für irgend eine Person oder dergleichen kein Recht her, jemand anderes durch den Boylott wirtschaftlich in erheblichem Maße zu schädigen und zu beeinträchtigen. Die wirtschaftliche Schädigung ist vom Verband der Schneider, der gar nicht dazu berechtigt war, beabsichtigt und erzielt worden. Die Beeinträchtigungen hat das Gericht erblickt in dem im Flugblatt enthaltenen Worten: „Schundlöcher“, „Zammerlöcher“. Durch die im Flugblatt mitgeteilte Zustimmung der sozialdemokratischen Organisationen zum Boylott sei auf gewisse Personenkreise ein Terrorismus ausgeübt, der sich als unzulässiger Zwang qualifiziere. Demgemäß hätte das Kammergericht das Urteil des Vorberichters umzuändern und die einstweilige Verfügung zu bestätigen. Gegen das Urteil wird Revision angemeldet. Sobald das Urteil schriftlich vorliegt, werden wir näher darauf eingehen.“

Der Kampf der Polizei gegen den Austritt aus der Kirche

befähigte gestern das Kammergericht. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ vom 30. April d. J. hatte der Rechtskonsulent Paul Fiedler in die nach der Strafe gehenden Fenster seiner Wohnung in der Lettstraße 1 Plakate ausgehängt, mit dem Wortlaut: „Hier werden die gerichtlichen Formulare zum Austritt aus der Kirche für einen Pfennig per Stück ausgegeben und auf Wunsch ausgefüllt. Der Agitationsausschuss der Freireligiösen Gemeinde.“ Hierin erblickte die Polizei eine Übertretung des preussischen Preheseges vom 12. Mai 1851 und erfernte die Plakate mit Gewalt. J. wurde vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, vom Landgericht aber freigesprochen. Gegen das freisprechende Urteil des Landgerichts legte der Erste Staatsanwalt Revision ein, womit sich das Kammergericht gestern befaßte. Die Kammergerichtsentscheidung ging dahin: Die Sache wird zur nochmaligen Verhandlung in die Vorinstanz zurückverwiesen, weil die Vorinstanz nicht den ganzen Inhalt der Plakate geprüft zu haben scheint. Denn die Unterschrift der Plakate: „Der Agitationsausschuss der Freireligiösen Gemeinde“ gibt zu dem Bedenken Anlaß, daß die Plakate doch einen anderen Inhalt als eine gemeinliche Anündigung enthielten und die Worte „für einen Pfennig per Stück“ nur zur Umgehung des Gesetzes aufgetragen sein könnten. Mithin müsse der weitere Inhalt geprüft werden.“

Flugblattverteilung am Sonntage. Die Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 27. Oktober 1895 verbietet zum Zwecke der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Festtage im § 1 schlankweg jede öffentlich bemerkbare Arbeit. Auf Grund dieser Bestimmung wurde der Arbeiter Schulz, weil er am Sonntag, den 6. Januar cr. in der Ortschaft Schmiedingen Wahlflugblätter von Haus zu Haus verteilt hatte, vom Schöffengericht zu 6 M. und zu 20 M. eventuell 4 Tagen Haft verurteilt. Auf die von ihm eingelegte Berufung ist von der Strafkammer des Landgerichts zu Halberstadt dieses Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen worden. Der fraglichen Bestimmung der Oberpräsidentenverordnung wurde die Rechtsgültigkeit versagt, weil sie ganz allgemein jede öffentlich bemerkbare Arbeit verbietet, während nach der Rabinetsorder vom Jahre 1837 den Oberpräsidenten nur das Recht eingeräumt ist, Vorschriften zum Schutz der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Festtage zu erlassen, also nur Verbote solcher öffentlichen Arbeiten, durch die das religiöse Empfinden der Allgemeinheit verletzt werde. Es lassen sich aber sehr viele öffentlich bemerkbare Arbeiten denken, welche die Sonntagruhe in keiner Weise beeinträchtigen. In der Sache selbst hat auch das Berufungsgericht in dem Verteilen der Flugblätter eine öffentlich bemerkbare mit Anstrengung verknüpfte Arbeit erblickt. Die Staatsanwaltschaft sucht die landgerichtliche Entscheidung mittels der Revision als von Rechtsirrtum diktiert an und verwies auf die ständige Rechtsprechung des ersten Strafsenats des Kammergerichts, nach der die bezüglichen Oberpräsidentenverordnungen für rechtsgültig erachtet worden sind. Es sei auch stets angenommen worden, daß das Verteilen von Flugblättern von Haus zu Haus die sonntägliche Bestimmung der örtlichen Bewohner gefährdet hat, mithin zu hören geeignet war. Mit dem Oberstaatsanwalt nahm der Referent des ersten Strafsenats an, daß die für rechtsgültig zu erachtende Oberpräsidentenverordnung nur diejenigen öffentlich bemerkbaren Arbeiter treffe, die geeignet sind, die Heilighaltung des Sonntags zu gefährden. Es war daher das Berufungsurteil aufzuheben und die Sache unter Aufrechterhaltung der tatsächlichen Feststellung in die Vorinstanz zurückzuverweisen.

Vermischtes.

Ein Raubanfall auf eine Verkäuferin. In einem Seifen-geschäft in Hannover wurde Dienstagabend die Verkäuferin von einem jungen Manne überfallen und gewürgt, so daß sie bewußtlos zusammenbrach. Der Täter räumte dann die Ladenskasse aus, die etwa 100 M. enthielt, und entkam. Das Mädchen ist gestorben. Wie ein Braunschweiger Blatt meldet, ist ein des Mordes an der Verkäuferin verdächtiger Biergastler Wilhelm Pfefferhof aus Hannover verhaftet, der bei einer Prostituierten in Braunschweig zu Besuch weilte. In seinem Besitze wurden circa 50 M. vorgefunden, über deren Erwerb er sich nicht ausweisen wollte. An seinen Kleidern wurden Blutspuren entdeckt.

Reiseexplosion. Amlich wird aus Hannover vom gestrigen Tage gemeldet: Heute vormittag 10 Uhr 44 Minuten explodierte auf dem Personenbahnhof Hannover der Hauptluftbehälter der Schnellzug 136 übernehmenden Lokomotive 502, als der Zug noch am Bahnsteig 4 hielt. Der Luftbehälter wurde in die Höhe geschleudert, durchschlag beim Niedersinken das östlich gelegene Hallendach und fiel etwa 50 Meter von der Lokomotive auf einen vor dem Zug stehenden Reisenden namens Max Weiz, Geschäftsreisender in Hannover, Hildesheimerstraße 80, diesen sofort tödend. Weitere Verletzungen und Beschädigungen, auch an der Lokomotive, sind nicht vorgekommen.

Reber einen Eisenbahnunfall wird amtlich aus Diesdorf vom 6. August gemeldet: Heute nachmittags 4 Uhr 30 Minuten fuhr auf Bahnhof Diesdorf, Rathenow, der Arbeitszug 63 auf den daselbst stehenden Güterzug 7815 auf, wobei der Lokomotivführer und der Heizer des Arbeitszuges verletzt wurden. Der Materialschaden ist nicht bedeutend. Der Verlehrs ist nicht gestört.

Verunglückte Tourist. Der beim Abstieg vom Matterhorn verunglückte Tourist heißt Knuth und stammt aus Stargard in Pommern. Der Tod ist plötzlich durch Steinschlag erfolgt.

Wegen Unterschlagung verhaftet. Der Kaufmann Eduard Weinfeld, der die Budapest-Filiale der Berliner Grammophon-Gesellschaft Siegmund Weiß vertritt, ist wegen Unterschlagungen zum Schaden dieser Firma und einer anderen Berliner Gesellschaft sowie mehrerer ausländischen Gesellschaften in Budapest verhaftet worden.

Todessturz vom Kirchturm. Ein aus Amsterdam gebürtiger Kaufmann namens Simons hat sich gestern von der obersten Plattform der Kathedrale in Antwerpen in die Tiefe gestürzt. Der Sturz, der aus einer Höhe von 91 Metern niedersauste, schlug mit einem schrecklichen Knall vor einem Passanten auf, der mit Blut und Schreien befrachtet wurde. Das Motiv der Tat ist in geschäftlichen Schwierigkeiten zu suchen.

Cholera in Rußland. In Samara sind in der Zeit vom 16. Juli bis zum 4. August im ganzen 35 Erkrankungen an Cholera erfolgt, von denen 10 einen tödlichen Verlauf nahmen. In Petersburg werden Vorsichtsmaßnahmen gegen die Cholera getroffen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktverwaltung. (Großhandel.) Weizen Ia 70-72 pr. 100 Stb., Ha 64-66, Ma 59-60, Buchweizen Ia 63-70, Ha 55-64, Rogge, fett 52-60, do. mager 49-50, Preßer 54-56, Weizen, bin. 56-64, do. hell 1.00, Halbhefe, Doppelender 100-120, Weizen Ia 75-85, Ha 69-74, Ma 69-74, Gerste Ia 75-79, Ha 69-74, Schale 64-68, Schweinefleisch 63-68, Rindfleisch Ia per Stb. 0.60-0.75, Ha 0.30-0.50, Rindfleisch 0.40-0.58, Dampfschmalz 0.45-0.53, Weizenmehl 0.00, Roggenmehl per Stb. 0.30-0.45, do. australische 0.00, Weizenmehl per Stb. 0.65-1.50, Weizenmehl per Stb. 0.65. Haber, alte, per Stb. 1.40-2.15, Ha 0.80-1.30, do. junge 0.90-1.15, Tausen 0.30-0.50, italienische 0.00, Weizen per Stb. 1.00-2.75, do. Hamburger per Stb. 2.30-3.00, Weizen per Stb. 0.92-0.70, do. per Stb. 2.00-4.80, do. Hamburger per Stb. 0.00, per Stb. 0.00, do.

Oberbrücker per Stb. 0.00, Weizen per Stb. 0.75, Weizenmehl 0.00, Rogge per 100 Stb. 116-130, do. matt 0.00, do. mittel und groß 0.00, do. groß 0.00, Jander, mittel 0.00, do. matt 105 bis 125, Schleie, mittel 0.00, do. groß 117-121, do. 128-138, Haie, groß 95-103, do. klein und mittel 85-93, mittel 93-100, do. unsortiert 0.00, do. groß-mittel 94-100, do. klein 0.00, Weizen, matt 0.00, Rindfleisch 101-102, Weizen 0.00, do. matt 61-70, Butte Pfäffe 70, Paris 0.00, dito matt 0.00, dito klein 0.00, Rindfleisch 96-97, do. klein 0.00, Weizen 20-40, Weizen 62, Weizen 0.00, Amerikanischer Weizen Ia neuer, per 100 Stb. 110-120, do. Ha neuer 90-100, do. Ma 60, Seelachs 10-20, Rindfleisch, Kieler, Steige Ia 3-6, mittel per Stb. 2, Hamb. Steige 4-6, halbe Steige 2-3, pommer. Ia Steige 2-3, Ha 1.00, Weizen, Kieler per Stb. 2-3, Strahl, 3.50-5.00, Sorgho, 0.00, Haie, groß per Stb. 1.10 bis 1.40, mittelgroß 0.80-1.10, klein 0.60-0.80, Heringe per Stb. 5-9, Scharfsteig 3-4.00, 1/2, Steige 1.50-2, Sardinen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90-95, Schottische Heringe 1905 0.00, large 40-44, tall 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-44, Heringe, neue Weizen, per 1/2, To. 50-120, Sardinen, russ., per 100 Stb. 1.50-1.70, Broderinge per Stb. 1.20-1.40, do. Weizen (4 Liter) 1.40-1.70, Rindfleisch, Schottisch 11, do. kleine 5-6, do. kleine 14, Eier, Land, unsortiert per Stb. 8-3.25, do. große 4.00, Krabbe per Stb. 4-9, do. mittelgroße 13.50-15.50, do. kleine 3-4, do. unsortiert 4-9, do. Weizen groß 0.00, do. unsortiert 0.00, Butter per 100 Stb. Ia 114-117, Ha 108-114, Ma 100-108, abfallende 90-95, Saurer Gurken, neue, Schod 3.50-4, Pfeffergurken 3.50-4, Kartoffeln per 100 Stb. weiße runde 2.25-3.25, blaue 2.75-3.75, Rosen 2.00 bis 2.50, Weizen 2.75-3.00, Gurre, Schod 0.50-1.00, Weizenmehl, Schod 5-15, Spinal per 100 Stb. 25-30, Sellerie, per Stb. 2.00-6.00, Zwiebeln per 100 Stb. 5.50-6.50, do. kleine 0.00, do. biefge (Beil) 0.00, Charlotten 0.00, Weizenmehl, grün, Schod 0.75-1.00, Rohrohr Schod 0.75-1.00, Weizen, neue Stb. 0.07-0.10, do. biefge, Schod 3-4, Weizen, Schod 1.50 bis 2.50, Karotten, biefge, Schod 2.00-3.00, Weizenmehl per Stb. 4.00 bis 8.00, Weizen, Schod 6-12, Weizenmehl 6-8, Weizenmehl, biefge 100 Stb. 8-14, do. Hamburger 100 Stb. 0.00, do. Erwerter 100 Stb. 13-18, Rohrohr, Schod 4.00-6.00, Peterhennmangel, Schod 100 Stb. 5-10, Schoten per 100 Stb. 10-20, Pfefferlinge per 100 Stb. 5-10, Stempelringe per 100 Stb. 15-20, Rindfleisch per Stb. 0.75 bis 1.00, Salat per Stb. 1.50-3.00, Gurken, Gimmage, Schod 10.00-18.00, do. böhmische Schod 0.00, do. Weizen Schod 3.50-4.50, Bohnen, grüne, 100 Stb. 4-10, Stachelbeeren, per 100 Stb. 7-12, Himbeeren per 100 Stb. 28-30, Blaubeeren, per 100 Stb. 11-18, Johannisbeeren, per 100 Stb. 7-10, Kirchen, per 100 Stb. Schokolade 0.00, Berberische 0.00, Scharfsteig 14-16, Thüringer 8-16, Pfaffen 18-30, laure 14-18, Birnen, Hal, 100 Stb. 20-35, Mandarinen 0.00, biefge 10-16, Pfirsiche, per 100 Stb. 10-30, Aprikosen, Hal, per 100 Stb. 0.00, französl. 23-30, Apfel, italienische, per 100 Stb. 10-25, ung. 14-21, biefge 8-10, Pfäumen, Hal, per 100 Stb. 25 bis 32, Heineclauden 16-28, biefge 10-15, ungarische 8-13, Wein-

trauben, Ungar, per 100 Stb. 25-28, italienische 28-30, Ananas I, per 100 Stb. 1-1.15, do. II 0.60, Zitronen, Weizma, 300 Stb. 9.00-18.00, do. 300 Stb. 8.00-20.00, do. 200 Stb. 6.00-12.00, do. 150 Stb. 5.00 bis 8.00, Bananen, gelb, per 100 Stb. 15.00 bis 22.00, grün 0.00.

Witterungsüberblick vom 7. August 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temperatur
Stettin	757	SW	5 heiter	17
Danzig	758	SW	6 wolfig	15
Breslau	760	SW	4 wolfig	17
Frankfurt	763	SW	1 wolfig	16
Berlin	764	SW	2 bedekt	15
Wien	763	SW	1 wolfig	14

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. August 1907. | Rest heiter bei lebhaften nordwestlichen Winden; Temperatur nicht erheblich geändert.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 6. 8.	am 7. 8.
Remel, Mühl	220	-8
Bregel, Rastenburg	77	-7
Weiße, Thorn	150	-4
Ober, Ratibor	167	+31
Krossen	173	-1
Frankfurt	179	-9
Wartze, Schrimm	106	-7
Waldberg	113	-9
Rehe, Bordenau	96	-1
Elbe, Reitmeritz	23	-4
Darby	163	-10
Magdeburg	158	-8
Saale, Großh.	95	-7

+ bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 8. August, Anfang 8 Uhr.
Neues König. Operntheater. Traviata.
Deutsches. Das Wintermärchen. — Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Königstheater.) Die Afrikanerin.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Bühnen-Theater.) Der Weg zur Hölle.
Neues Schauspielhaus. Kaffee. Neues. Ein seltsamer Fall.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Weiten. Die lustige Witwe.
Kaufmannshaus. Harenreiter.
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Zentral-Theater. Tagebuch einer Verlorenen.
Kleines. Vater und Sohn.
Triumph-Theater. Fräulein Josefine — meine Frau.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Wohls. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Hofes Caprice. Geisteraus. — Anfang 8 1/2 Uhr.
Gebr. Herrnsfeld-Theater. Der Weg. Es lebe das Nacht leben.
Reichshallen. Steffiner Sänger.
Vaffage. Spezialitäten.
Urania. Tanzvorstellung 18/19.
Um 8 Uhr: Durch Dänemark und Schweden.
Sternwart. Invalidenstr. 57/62.
Ferdinand Bonn. Berliner Theater.
Heute und folgende Tage: Vater und Sohn.
Sherlock Holmes. Anfang 8 Uhr.
Kleines Theater. Anfang 8 Uhr.
Vater und Sohn.
Morgen und folgende Tage: Vater und Sohn.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustige Witwe. Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sinfarenfieber.
Zentral-Theater. Täglich 8 Uhr: Tagebuch einer Verlorenen.

Schiller-Theater O.

(Königstheater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Afrikanerin.
Freitag, abends 8 Uhr: Geküßel Heinrich Büchel: Die weiße Dame.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Geküßel Gertrud Runge: Carmen.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelms-Bühnen-Theater.
Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.
Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.

Gebr. Herrnsfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Wag.
Operetten-Parade von Anton u. Donat Herrnsfeld. Musik v. S. Hal.
Dazu die Separat-Vorstellung:
Es lebe das Nacht leben!
mit den Autoren Anton u. Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Bernhard Rose Theater

Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende August-Programm.
Sperdy 50 St. Entree 30 St.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte. Sommerpreise.

Brunnen-Theater

Sabstr. 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Heute:
Zum 50. Male Carmen.
Das erste August-Programm. P. Vondaro. Noitzler-Trio. Jack-Theo-Trio. Gebr. Damm.
Paul Coradali.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr. Großer Elite-Voll.
Rittwoch, den 21. August: Benefiz für Käthe Wille-Vogel. Einmalige Aufführung von Die Theater-Prinzeßin.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Sonnenstr. 16.
Benefiz-Vorstellung für Käthe Reich. Eine einmalige Aufführung:
Minn von Garuhelm.
Dazu die August-Spezialitäten.
Anf. 6 Uhr. Kaffeezeit 3 Uhr. Ball. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Schweden.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Fröbels Allerlei-Theater

Edgah. Alter 148, Kottbus-Wege 97/99.
Bestes Volkstheater Berlins.
Heute:
Benefiz für die Soubrette Klara Linz.
Einmalige Aufführung:
Kyritz-Pyritz
Emil Tillede Klara Linz.
Dazu der große August-Vorstellung mit der Ractingtruppe usw.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 St.

Schweizergarten

Am Königster. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 60, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 St.

Prater-Theater.

Kassanten-Wege 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges.
Aufführung der Löwenbräut.
Tilly Böbe mit ihren drei Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit in allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
Reisen-Lachergel.
Landsberger Allee auf Stelzen.
5 Allison, phänomenale Akrobaten. — The Reros, konkurrenzlose Reuheit. — Heinz Heuer, Sell Geldern, prolongiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 3 Uhr. Kaffeezeit. Volksbelustig. aller Art. Entree 20 St. Sonnt. 30 St.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114
Donnerstag, den 8. August cr.: Elite-Tag.
Großes Doppel-Konzert
Gala-Spezialitäten-Vorstellung
Monster-Feuerwerk
Anfang 5 Uhr. Tanz-Reunion. Anfang 5 Uhr.
Entree zum Konzertgarten 10 St.
Entree zum Theatergarten 50 St.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler Arturo

Bernardi

! und das neue großartige August-Programm.
14 Attraktionen 14.

Walhalla-Variete-Garten

Reinholdweg 19/20, Köpenick, Tor.
Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater

Gartenstraße 13/15.
Königliche Zeitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeezeit ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Belle-Alliance-Garten
6 Uhr: Konzert und Variété.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Steffiner Sänger.
Anfang
Bachstags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen
Garten
u. Rast: Gr. Militär-Konzert.

Volksgarten-Theater.

Bad-Bohmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Sellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original-Aufführungen u. Operetten-Parade in 2 Akten von W. Geide.
Musik von Alfred Sommerfeld.
Hierzu:
Das neue Riesen-Spezialitäten-Programm.
Vollbesetzungen.

Sanssouci, Kottbus

Str. 6
Direktion Wilhelm Reimer.
Bei günstiger Witterung auf der Gartenbahn.
Heute sowie jeden Sonntag und Montag:
Hofmanns Nordd. Sänger u. Tanzkränzchen.
Gertule.
Aufspiel in einem Akt.
Sonntags Beginn 5 Uhr, wochentags 8 Uhr.
In Vorder: In der Danzka. Rev.

Otto Pritzkow

Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neubeiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Braatz' Amerikanischer Affen-Zirkus

in der Brockmann.
Am Prenzlauer Tor.
Täglich: Gr. Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Wunderbar Sonntag, Freitag, Mittwochs u. Sonnabend nachm. 4 Uhr.
Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.

Hochwald

und Landparzellen direkt a. Hpt. Post u. Weizen-Wege, R. von 10 St. an
Hohen-Neuendorf (Nordbahn)
Gas- und Wasserleitung am Ort.
Verkauft täglich im unserem Verkaufspavillon direkt am Bahnhof.
Nieschke & Nitsche, Landsbergerstr. 66.
Alle Wanzen werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Rl. 50 St. u. 1.00. — Gerudo Schwaben, Ruffen, Franzosen, Weizenläuse usw. Schachtel 30 St. 60 St. u. 1.00. Zahlreiche Anerkennungen.
1000 Mark Belohnung gabte demjenigen, der mit einem Nichtigkeitsnachweis. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drägerstr., jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloßer Karl Mann am 2. August 1907 an Leberleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
123/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltung II Berlin.
Den Verbandskollegen zur Nachricht, daß unser freundes Mitglied, der Bretterträger Albert Gröschel am 4. August an der Proletarierkrankheit gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes an Rigdorf, am Wartenborfer Weg, aus statt. Die Verwaltung II.

Dankagung.

Hiermit sagen wir allen Teilnehmern bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe Frau Maria Mann nebst Kindern.

Stimmen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre, Berlin Süd. Seit 1882 nur Oranienstr. 158
Unter nirgends Filialen!
Gelegenheitskauf!
Bunt Cretonne Ersatz für 300 Deckbett
Similseide in den Farben (525 750
Wollatlas rot, blau, oliv (675 850
Bunte Normal-Schlafdecken 150 250 350
Wolldecken ganz dick 300 400
Reisetecken (engl.) 6, 8, 10 u.
Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat.
gratis und franko.

Freie Volksbühne

Sonntag, 1. September, 3 Uhr:

Neues Schauspielhaus
I. Abteilung

Fuhrmann Henschel

Schauspiel in 5 Aufzügen
von Gerhart Hauptmann.

Berliner Theater
19./20. Abteilung

Freiwild

Schauspiel in 3 Akten
von Artur Schnitzler.

Die Vorstellungen der zwanzig Abteilungen folgen an den Sonntagen, die aus den Mitgliedskarten ersichtlich sind und in den Donnerstags-Insertaten des „Vorwärts“ noch besonders angezeigt werden.

Die Monatsschrift „Freie Volksbühne“

Heft I und II

(Herausgeber: Dr. Conrad Schmidt, Verlag: G. Winkler)

erscheint in der letzten Augustwoche und ist Ende August in allen Zahlstellen für die Mitglieder unentgeltlich zu haben.

Die Konzert- und Festveranstaltungen im Mozartsaal

sowie die Kunstabende im Rathaus

beginnen für den Verein im Oktober unter Mitwirkung des Mozartsaal-Orchesters und hervorragender Solisten.

Die neuen Mitgliedskarten der alten Mitglieder müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden. Ueber Mitgliedskarten, die bis zum 20. August nicht abgeholt sind, verfügt der Vorstand anderweitig.

Umschreibungen in eine andere Zahlstelle aus der bisherigen können nur noch im August erfolgen.

Der Vorstand.

In Vortr.: Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung.
G. Winkler.

229/13

Rummelsburg.

Sonntag, den 11. August, im Waldlokal von Klugmann, Köpenicker Chaussee am Steuerhaus

Großes Kinderfest des Wahlvereins.

Garten-Konzert und Gesangsvorträge.

Ferner werden Kinderspiele aller Art veranstaltet.

Jedes Kind erhält 3 Geschenke.

Anfang 3 Uhr.

Die Kaffeefläße steht von 3 Uhr an zur Verfügung, a. Alter 60 Pf., 1/2, Alter 30 Pf.

Zahlreichen Besuch erwartet

9/8*

Im Saale: TANZ.

Entree 15 Pf.

Das Komitee.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Telephon: Amt IV Nr. 4493. Verbandsbureau: Engel-Nfer 16, pt. Telephon: Amt IV Nr. 4493.

Freitag, 9. August, abends 8 Uhr, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, am Friedrichshain 16-23, am Königstor:

Große Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion.

Verbandspapiere legitimieren.

Ohne dieselben kein Eintritt.

Recht zahlreichen Besuch erwartet

Die Zentralstreikleitung.

47/1

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands

Ortsverein Berlin.

Freitag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Germaniasälen“, Chausseestraße 103:

Anßerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Stand unserer Lohnbewegung.

130/18

Kollegen! In dieser Versammlung werden wichtige Dinge erörtert und ist es Pflicht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. V. N.: Gustav Zoglin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sinsetzer.

Freitag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Saal 4.

Tages-Ordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern über unseren Tarif.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 51271*
Haut- und Hautleiden,
Frauenkrankheiten,
Friedrichstr. 203, Ecke Schlegelstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neuester Katalog
u. Empfehlung Aerzte u. Prof. grat. u. f.
H. Fager, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstr. 21/22.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher und verw. Gewerbe zu Berlin.

Die 15. Abänderung des Statuts,
Art. 2, ist unter dem 4. Juni cr. vom
Bezirksamtamt genehmigt worden
und tritt hiermit in Kraft. Druck-
exemplare sind abzugeben beim
Sekretär Franz Werner, Mula-
straße 29/30.
275/13
Berlin, den 8. August 1907.

Der Vorstand.
V. N.: G. Ping, Vorsitzender.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Handgeleierten Fadern, Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Rauerhoff. +1

Steppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Rauerhoff. +1

Fahrräder, Teilzahlungen, Waldenstr. 20, Stallbesitzer 40. *

Herrenabrad, Damenabrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstr. 39 b. 26158*

Steppdecken (spottbillig), Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Gadenstr. Markt 4, Bahnhofsstr. 261/1*

Wandteppiche! Herrmannplatz 10. Gilt! Gilt! für jedermann! Spottbilligster Verkauf, Brautbetten, Knopfentwürfe, Verzierungen, Wandteppiche, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdeckenverkauf, Tischdecken, Goldschmuck, Schmuckwaren, Uhrenverkauf, Gadefanzüge, Geflügelzucht, Sommerpaletots. +114*

Monatsschilde und Sommerpaletots von 5,00, Dosen von 1,50, Geflügelzucht von 12,00, Frack von 2,50, sowie für korpusartige Figuren kleine Garderobe zu raumreichen Stellen, aus Wandteppichen verzierte Sofas, aus Wandteppichen verzierte Sofas, aus Wandteppichen verzierte Sofas, aus Wandteppichen verzierte Sofas. +11226*

Tüllbettedecken, volle Bettgröße 2,50, in Erdtönen 6,35, Tüllbetts 1,85, Erdtönen 4,35. Teppichhaus Emil Behre, Oranienstraße 158. *

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51.

Möbelfabrikerei liefert gediegen. Wohnnugeneinrichtungen äußerst billig. Gute Küchen. Auch Katenzahlung. Kein Laden. Harnack, Wäldermeister, Dresdenstraße 124, nahe Kottbuscher Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Gaststubehaus!!! Preislos! 3,00, geschlossene Spargelkeller! 5,00, Gasheizapparate! Waschtischen! Schneidemaschinen! Spottbillig! Gashydrant! 1 1/2, Wohlauer, Ballnertheaterstraße 32. 26078*

Möbelfabrik, Oranienstraße 58 direkt vor Kottbuscher Tor. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnnugeneinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachen bis zum Eleganteren. Besonders Gelegenheit bietet sich in verlebten gemieteten, fast neuen Häusern, die bedeutend herabgesetzt sind. Befichtigung erbeten, ohne Hauszahlung. Ausfallend billig verkaufe ich neue Gasheizungen 20, Schloßstraße 29, Sattelmacherstraße 45, Bismarckstraße 55, hochpreisige Garnituren 75, Satteltrapezium 32, Bettstelle mit Matratze 16, Auszieh-isch 18, Waschküchen, Bettsofa 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Rusterbusch gratis. 2613K*

Steppdecken. Großer Räumungs- und Verkauf, Simonsstraße 475, Waldstr. 5, 655. Spezialhaus, Dresdenstraße 8. 26158*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft spottbillig. Schneider, Kurfürststraße 172. 22478*

Wandtauktion! Kallgefunden. Eiliger spottbilligster Wasserverkauf zurückgekaufter Handtasche, Schmuckwaren, Taschenrechner, Uhren, Bettwäsche, Bettdecken, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Fenstervorhänge, Damen- und Herrenschuhe, Nähmaschinen, Kinderwagen, Regulator, Freischwinger, Bettmatten, Kissen, wäsche. Wandteppichhaus, Weidenweg 19. +130*

Küchge. Paletots und zurückgekauft. Rückstellungen kommen billig zum Verkauf Friedrichstr. 212, 1 Treppe. Händler verkaufen! 56/4*

Entscheidende Blüten, Kollmörche, Staudenmüch, selbstgeerntet, verkauft spottbillig Altauer, Drummenstraße 4, keine Wadenmiete. 21818*

Kanarienvogel, Koll Jungend, Papageien fingen, fressend. Restaurant Kottbuscherbänkenstraße 52. 25818*

Schönes Lokal, erforderlich 1200 Mark, Klavier, Warenbestand, großartige Wohnung am Lokal. Prospektstr. 27. +129

Fahrrad, gutes, billig veräußert. Riemerstraße 7. +114

Wandteppiche! verkauft Reinsberg, Mulastraße 5, Seitenflügel. +130

Obst, Gemüsegüter veräußert. Rusterbuschstraße 34. +196*

Grüntrangegeschäft, Kolonialwaren, Kasse, sofort billig veräußert. Schöneberg, Gutzkowstraße 8. +106

Wandteppiche, Ernte, Sommerlande, 20 Dämmer verkauft billig. Rusterbusch, Riemerstraße 7. +114

Wandteppiche zu verkaufen. Rusterbusch, Weiserstraße 24. +114

Zigarrengeschäft billig zu verkaufen. Liegnitzerstraße 14. +13

Grüntrangegeschäft, alles preiswert zum Verkauf. Riemerstraße 59 B. +130

Verschiedenes.

Verst die Mutter Sprache beherrschend! Gelehrten, leicht fähigen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wesentlich genügt. Gelegentliche Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Verantwortl. Brief, Götterstraße 94. 25538*

Wandteppiche! Geschäft, Henry Baigé, Manteuffelstraße 41. +13

Wandteppiche Manteuffelstraße 27. *
100 Mark Belohnung, wer Kaufensholt nachweist! Achtung auf Laubentkolonien! Abhandeln 20. April. Gleichmäßig lauffeindlicher langhaariger kleiner Spitzhund „Mumma“, weißbrüchig, Schnauze braun, Schwarz aufgesetzt. Große, Kottbuscherstraße 24.
Stellenerstraße 22 b findet sich jetzt Buchbinderei, Papierhandlung Walter Sieber. 21975*

Ed-Reparatur, Parkow, Kühlenstraße 38/39, an der Berlinerstraße, mit vielen Nebenräumen, großem Vorgarten, sofort zu vermieten, eventuell mit Einrichtung. Näheres daselbst. 21785*

Großer Saalraum für Restaurant oder Fabrikraum zu vermieten. Kreuzbergerstraße 13 L. 21946

Wohnungen.
Schöne Wohnung, Stube, Küche, Zubehör bei Bremer, Ritzdorf, Reuterstraße 95. +114

Zimmer.
Ballonzimmer (Wohnung), herrliche Aussicht, Baumgartenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhofs. 18946

Teilnehmer zum möblierten Zimmer gesucht. Belle-Alliancestr. 11, Seitenflügel I rechts. 17155

Schlafstellen.
Teilnehmer zum möblierten Schlafstelle (Ballonzimmer), Badebenutzung 11,00. Urbanstraße 65, rechter Ausgang II. links. 20585

Arbeiter-Sekretär.
Für das Arbeitersekretariat Kottbusch-Spreenberg wird zu bald möglichem Antritt ein Arbeitersekretär gesucht. Anfangsgehalt 2000 M. Bewerbungen sind unter Angabe bisheriger Tätigkeit bis zum 20. August mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Unterzeichneten einzusenden.
Paul Dörr, Kottbusch, Roßstr. 29.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Minder Stubenheuer bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgekauft. A. Götter, Mulastraße 27. 14685

Stellenangebote.
Hoher Nebenberuf. Offerten „Rad“, Postamt Schwedenstraße. *

Automobilfahrer! Vorzügliche theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Größter Stellennachweis gratis. Autotechnikum „Berlin“, Wilmersdorf, Hiltbergstraße 13. Bedeutendstes Lehrinstitut Deutschlands. Von Behörden bevorzugt. 26108*

Chauffeurschule „Am Wedding“, nur Vertriebsstraße 17, größte, bedeutendste, nimmt stets Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Kostenlose Vermittlung hochbezahlter Stellen. 264/5*

Korbmacher auf Gehstockhöhe bei hohem Lohn gesucht. Meldung 1 bis 7 Uhr Kottbuscherstraße 2, parterre bei Simon. 56/10*

Tüchtiger, tüchtige, verlangen Ludwig u. Gelpert, Ritterstraße 27. 21965

Tüchtige Handwerker verlangen Goldleistenfabrik, Ritzdorf, Wälderstraße 18. 21965

Arbeiter auf Galvanisiermaschine sofort verlangt Engel, Sonnenmarkt 8/10. 21965

Schleifer-Lehrling, tüchtig, sucht Stahlwarenfabrik, Sebastianstraße 7. 21965

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Wegen Streit und Differenzen ist gebietet:
Für Vergolder u. Leistenpolierer die Firma Mackensen, Ritterstraße 47. 56/17*

Für Bodenleger gebietet der Bauarbeiter 121/122, Firma Mittag, Bau Wälderstr. 3, Firma Pimplan, Bau der Firma Petsch, Rosenhainerstraße, Ecke Kottbuscherstraße.
Für Korbmacher Schmidt, Dresdenstr. 82.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Ostde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.